DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

306 27. JAHRGANG März 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ANARCHISMUS 2.0

Ulrich Klemm beschäftigt sich in seinem Beitrag »Wende und Ende der Bildungspolitik« mit der Chancenungleichheit als staatlichem Dauerprogramm. Prägendes Merkmal deutscher Bildungspolitik ist immer noch Selektion statt Integration und Ulrich Klemm kommt zu dem Schluss, Bildungsreform bedeute auch immer Gesellschaftsreform, aber der Staat sei unfähig, Schule und Bildung zu verändern. Er müsse sich selbst abschaffen, um Bildung zu reformieren, weil er und seine Organe vor allem damit beschäftigt sei, über bürokratisierte und herrschaftliche Strukturen, sich selbst zu erhalten. Unser »Nachschlag« zum Februar-Schwerpunktthema. Seite 3

SERBIEN

Der Verein Sozial-Management e.V. (SoMa) entstand aus der Motivation der Verantwortung gegenüber einer serbischen Gesellschaft, die traumatisiert wurde durch den Überfall der Nationalsozialisten 1941 und dem Natoüberfall unter deutscher Beteiligung 1999 mit verheerenden Folgen für Land und Leute und dem Impuls dort, wie auch hier, brückenbauende Projekte zu starten, um dadurch freundschaftliche Beziehungen von Menschen in Serbien und in Deutschland zu fördern und zu pflegen. Seite 5

SPANIEN

»Kan Pasqual« gehört zu den ältesten Besetzungen in Barcelona. Seit Ende 1996 versuchen sich die BewohnerInnen in selbstbestimmtem Wohnen, Arbeiten und Leben. Mit beachtlichem Erfolg, krisenresistent und mit immer mehr NachahmerInnen in der Hügelkette Collserola. Das Landgut gehört formal der Stadt Barcelona und real zu den ältesten Hausbesetzungen Barcelonas. Seite 6

UMSONSTLADEN

Auf dem Gelände des Leipziger Vereins für Stadtteilförderung, Wohn- und Kultur e.V. befindet sich ein alternatives Wohn- und Kulturprojekt, ein Info-Büro, Atelierräume für Bands aus der Szene und ein Umsonstladen. Den BetreiberInnen geht es um eine Anlaufstelle für Leute, die nicht mehr Gebrauchtes verschenken wollen. Seite 11

SELBSTORGANISATION

Zum Jahreswechsel 2007/2008 luden zapatistische Frauen zum »Ersten Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt« in das selbstverwaltete Aufstandsgebiet der EZLN ein. 5.000 Frauen und Männer folgten diesem Aufruf. Ein Team von Zwischenzeit e.V. aus Münster nahm an dieser großen Veranstaltung teil und wird in diesem Monat eine Buch-DVD-Edition zum Thema herausgeben. Wir veröffentlichen ein Interview mit Nikola Siller, Teilnehmerin des Treffens. Seite 13

www.contraste.org

PHOTOVOLTAIKGENOSSENSCHAFTEN

Energiewende mit Bürger-Energie

Seit zwei Jahren lässt sich in der Bundesrepublik ein kleiner Gründungsboom bei den Energiegenossenschaften beobachten. Schwerpunkte liegen eindeutig im Bereich Photovoltaik und an zweiter Stelle folgen Genossenschaften im Bereich der Nahwärmelieferung, teilweise verbunden mit deren Erzeugung. Hintergründe sind das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) und die Freistellung der Genossenschaft von der Prospektpflicht. Der vorliegende Schwerpunkt Energiegenossenschaften konzentriert sich auf Ansätze im Bereich Photovoltaik. Hier zeichnet sich eine Bürgerbewegung ab, bei der die spannende Mischung von ökonomischen, ökologischen, und sozialen Motiven erfolgversprechende Grundlagen für eine dezentrale Energieversorgung schafft (www.energiegenossenschaften-gruenden.de).

© Gerhard Mester

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die in den letzten Jahren entstandenen Photovoltaikgenossenschaften, rund 150 in Deutschland, unterscheiden sich durch ihre grundsätzliche Ausrichtung und die eingebundenen Akteure. Auffällig sind drei Grundtypen, die bei der Umsetzung viele Überschneidungen aufweisen: die bürgerschaftlichen, die sozialökologischen und die organisatorisch-institutionellen Photovoltaikgenossenschaften. Der Einstieg in den Überblick erfolgt über einen sozialökologischen Vorreiter. Innerhalb der Solarszene sind diese eher Exoten. Durch ihre solidarökonomische Ausrichtung erhalten sie aber zu Recht mehr Aufmerksamkeit als andere Solargenossenschaften.

Global-gemeinschaftliches Konzept

Die Münsteraner *fairPla.net eG* verknüpft seit Anfang 2007 den Bau von Stromproduktionsanlagen mit einem genossenschaftlichen Organisationsrahmen. Ihre GründerInnen und Mitglieder sehen Energieerzeugung, wechselseitige Solidarität und Klimaschutz im globalen Zusammenhang. Das drückt sich unmittelbar in den Projekten aus, die sie finanzieren: neben Photovoltaikanlagen in Deutschland beispielsweise ein Biomasse-Dorfkraftwerk in Bihar, einer der ärmsten Regionen Indiens. Bei der Umsetzung lässt sich fairPla.net von einer durchdachten Investitionsstrategie leiten: 75% der Genossenschaftsanteile werden in Erneuerbare-Energieanlagen und potentiell auch in Energieeffizienzprojekte in Deutschland investiert, 15% in nachhaltige Energie- und Entwicklungsprojekte in Armutsregionen.

Gegenstück dieser sozialökologisch motivierten Globalisierung ist der Slogan: »Odenwälder investieren in den Odenwald.« Mit dieser Philosophie macht gegenwärtig die *Energiegenossenschaft Odenwald* bundesweit auf sich aufmerksam. Von ihrer dynamischen Entwicklung kann viel gelernt werden. Sie verfolgt eine regionale Energieversorgung durch regionale, rückgebundene und vernetzte Strukturen. Im Mittelpunkt des Erfolgskonzepts steht die Einbindung sehr unterschiedlicher Zielgruppen – Bürger, Städte, Gemeinden und Unternehmen. Die *Energiegenossenschaft Odenwald* präsentiert in idealer Weise die Bündelung eines regionalen bürgerschaftlichen Engagements.

Kirchturmprinzip neu gedacht

Nach dem Motto »Jedem Dorf seine Energie eG« verfolgt die *Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG* noch wesentlich ausgeprägter ein kleinteiliges Konzept. Vorbild sind die Aktivitäten von Friedrich-Wilhelm Raiffeisen. Zu seiner Zeit befand sich der ländliche Raum in einer schier ausweglosen Situation. Die Not machte Raiffeisen erfinderisch. Als beispielhaft erwies sich seine Entwicklung und Verbreitung des genossenschaftlichen Systems nach dem Kirchturmprinzip. Genossenschaften funktionieren nach seinem Selbstverständnis nur in überschaubaren lokalen Strukturen. Entsprechend stellen die Initiatoren dieser Energiegenossenschaft ihren sehr ausgefeilten Ansatz – Zuordnung der Verzinsungen zu jeder einzelnen Anlage – preisgünstig zur Verfügung. Ziel ist die massenhafte Vervielfältigung.

Eine Weiterentwicklung bisheriger energiegenossenschaftlicher Ansätze stellt die erste *Wärme-Strom-Gemeinschaft eG* dar als zukunftsträchtiger Baustein – neben den bereits existierenden und im Einsatz befindlichen Bürger-Solar-Anlagen. Sie verfolgt das Ziel, Haushalten und Betrieben eine umweltverträgliche und effiziente Energieversorgung möglichst kostengünstig zu verschaffen. Ökonomie und Ökologie sollen sich zum Klimaschutz verbinden. Umgesetzt wird dies durch Beratung, Contracting und eigenständige Installation von Miniblockheizkraftwerken. Gegenwärtig noch ein schwieriger, aber schon bald ein unverzichtbarer Ansatz, um Energieversorgung dezentral und im Idealfall sogar autark zu gestalten.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

TARIFKONFLIKT ESKALIERT – FÜR FREIE GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG

Basisgewerkschaft: Verboten!

Das Solidaritätskomitee »Gegen De facto Verbot der FAU Berlin – Für freie gewerkschaftliche Betätigung« hat einen Appell an Gewerkschaftsmitglieder verfasst, der sich gegen die massiven Eingriffe Berliner Gerichte in den Tarifkonflikt im Berliner Filmtheater »Babylon« und gegen das Verbot gewerkschaftlicher Betätigung der FAU Berlin wendet und zur Solidarität aufruft (siehe auch Seite 12).

»In den letzten Jahren haben deutsche Arbeitsgerichte immer wieder versucht, das eh schon beschränkte Koalitionsrecht in Deutschland weiter einzuengen. 2007 traf es die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GdL), der wegen der »enormen Schadenshöhen« Streiks im Fern- und Güterverkehr der Bahn verboten wurden. Und wer hat noch den Überblick über all die Fälle, bei denen Unternehmer mit gerichtlichem Segen versucht haben, durch sog. Verdachtskündigungen die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb zu ersticken?

Diese unternehmergefällige Arbeitsrechtssprechung hat jetzt einen neuen Höhepunkt erreicht: Gerichte in Berlin haben massiv in einen Tarifkonflikt im Berliner Filmtheater »Babylon« eingegriffen. Zuerst untersagte das Landesarbeitsgericht der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union Berlin (FAU) den Aufruf zu einem Boykott ihres Unternehmers, den Kinobetreiber Neue Babylon GmbH. Hierzu hatten sich die Belegschaftsvertreter im Kampf gegen ihre Hungerlöhne entschlossen, nachdem der Geschäftsführer des Kinos jegliche Verhandlungen ablehnte.

In einer Einstweiligen Verfügung erklärten die Richter, dieses gewerkschaftliche Kampfmittel stehe der FAU Berlin nicht zur Verfügung, da sie keine Tarifmächtigkeit besitze. Die Einstweilige Verfügung des LAG wurde dann in einer neuen Einstweiligen Verfügung auf Antrag des Kinos noch weiter verschärft. Darin verbot das Landgericht der FAU Berlin sich weiterhin Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft zu nennen und sprach damit faktisch ein Verbot gewerkschaftlicher Betätigung gegen sie aus. Für den Fall, dass die FAU Berlin nicht in allen ihren Publikationen den Eindruck beseitige, sie mache gewerkschaftliche Arbeit, drohen ihren Sekretären ein Ordnungsgeld von 250.000 Euro oder sechs Monate Haft. Die Berliner Arbeitsrechtsentscheide betreffen nicht nur die FAU. Sie gehen alle an.

Nach ILO-Leitlinien und gemäß der Sozialcharta der EU ist eine Organisation eine Gewerkschaft, wenn sie von abhängig Beschäftigten freiwillig gebildet wurde, Gegnerfrei und sozialmächtig ist. All dies trifft für die FAU im Konflikt um den Haustarifvertrag im Kino Babylon zu. Eben deshalb hat das Unternehmen auch die Gerichte bemüht.

Wegen fehlender Sozialmächtigkeit auf überbetrieblicher Ebene stellt das Gericht jedoch die Gewerkschaftseigenschaft der FAU Berlin in diesem Haustarifkonflikt nun in Frage. Würde eine solche Argumentation zu europäischem Recht, wären wichtige Teile der real existierenden Gewerkschaften in Italien und Großbritannien illegal. Auch alle in Branchen organisierten Gewerkschaften, die nur in bestimmten Betrieben tatsächlich handlungsmächtig sind, werden nun bedroht, weil sie auf Branchenebene faktisch nicht durchsetzungsfähig sind.

Und die Bildung neuer Gewerkschaften in gewerkschaftlich nicht organisierten neuen Branchen im Kampf von Betrieb zu Betrieb wird damit völlig verhindert. Ebenso die Bildung allgemeiner Gewerkschaften, deren Tariffähigkeit vielleicht nur in anderen, als den umkämpften Branchen besteht.

In einer Zeit, in der Arbeitsverhältnisse immer prekärer werden, der gewerkschaftliche Schutz und die Tarifbindung in vielen Branchen oder Regionen schwindet, brauchen die

Fortsetzung auf Seite 2

EDITORIAL

Solidarität mit allen Frauen?!

Frauen mit Kopftuch irritieren mich. Ich kann mir schwer vorstellen, dass eine Frau das, was für mich ganz klar ein Symbol der Unterdrückung ist, freiwillig trägt. Es ist verlockend, diese Irritation mit der Selbstsicherheit christlicher Tradition und westlicher Kultur auf den rückständigen und daher abzulehnenden Islam zurück zu führen. Aber ist es wirklich so einfach?

Im christlichen Abendland wurden im Mittelalter massenhaft Frauen ermordet, denen Hexerei vorgeworfen wurde. Selbst die in der Französischen Revolution deklarierten Menschenrechte galten nur für Männer, so wurde zum Beispiel Olympe de Gouges 1793 für ihre Forderung nach Frauenrechten hingerichtet. Meine Großmutter wurde noch Anfang des letzten Jahrhunderts zwangsverheiratet und erst seit 1957 dürfen Frauen in Deutschland ohne Einwilligung ihres Ehemannes einen Arbeitsvertrag unterschreiben. Heute liegen die Durchschnittsgehälter von Frauen etwa 23% unter denen von Männern – die vollständige Gleichberechtigung der Frau, die mittlerweile eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist auch in Deutschland trotz des grundgesetzlich festgeschriebenen Gleichberechtigungsgrundsatzes noch längst nicht erreicht.

Aber ist das eine Frage der Religion? Wohl jeder Glaube hat das Potential, sowohl eine Quelle der Inspiration für Menschlichkeit und soziales Engagement oder sogar Widerstand gegen Unterdrückung darzustellen, als auch der Legitimation von Macht und Herrschaft zu dienen. Religion von oben – egal ob sie von Familienpatriarchen, politisch Machthabenden oder institutionalisierten Vertretern (seltener Vertreterinnen) höherer Mächte auf Erden ausgeübt wird – ist einem gleichberechtigten Diskurs nicht zugänglich. Sie beruft sich auf etwas, das durch nicht-irdische Gesetzlichkeiten vorgegeben und damit der demokratischen Kontrolle entzogen ist. Letztlich sind es patriarchale Herrschaftsstrukturen, die sich solcherart mit dem Mantel der Nichthinterfragbarkeit und Unangreifbarkeit umgeben.

Umso wichtiger scheint mir eine strikte Trennung von Staat und Religion. Warum muss in einer säkularen Gesellschaft der Staat die Kirchensteuern eintreiben? Was hat Religionsunterricht – egal ob christlich, muslimisch oder welch anderer Glaubensrichtung auch immer – an staatlichen Schulen zu suchen? Und warum werden in Süddeutschland flächendeckend SchülerInnen mit dem täglichen Anblick des Gekreuzigten behelligt? Warum werden aus Steuergeldern konfessionell gebundene Schulen, teilweise mit kopftuchtragenden Nonnen als LehrerInnen, und Sozialeinrichtungen finanziert, die von ihren MitarbeiterInnen entgegen der grundgesetzlichen Glaubensfreiheit ein christliches Bekenntnis fordern?

Warum kann nicht Religion Privatsache sein? Eine Frau, die ein Kopftuch trägt, hat einen Grund dafür, und diese individuellen Gründe können sehr unterschiedlich sein. Wenn sie dazu gezwungen wird, braucht sie Hilfsangebote und Unterstützung. Wenn eine kopftuchtragende Lehrerin Druck auf muslimische Mädchen ausübt, muss ein solcher Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Mädchen verhindert werden. Wenn eine Frau freiwillig das Kopftuch trägt – warum sollte ich ihr das verbieten wollen? Hat nicht jede Frau ein Recht auf Selbstdefinition und Selbstbestimmung? Es gibt muslimische Feministinnen mit und ohne Kopftuch. Ich muss ihre Entscheidung respektieren, egal ob mir das passt oder nicht. »Das Recht glücklich zu sein«, wie es die Zapatistinnen einfordern (Seite 13), steht ausnahmslos jeder Frau zu, und jede kann nur für sich selbst wissen, was sie für dieses Glück benötigt. Das Kopftuch ist nur ein Stück Stoff, entscheidend ist die Frau, die es trägt.●

Elisabeth Voß

FORTSETZUNG VON SEITE 1

abhängig Beschäftigten jedoch mehr denn je verlässliche Rechte, um sich dieser Entwicklung kollektiv zu widersetzen. Das Recht, sich in Gewerkschaften eigener Wahl zusammenzuschließen ist dafür von fundamentaler Bedeutung.

Die aktuelle Arbeitsrechtsprechung erweist sich immer mehr als Versuch, dieses grundlegende Recht einzuschränken, seine Ausübung zu erschweren und letztlich zu vereiteln. In Deutschland besteht das Gros der arbeitsrechtlichen Normen aus Richterrecht statt aus gesetzlich fixierten Normen, d. h. das Arbeitsrecht entwickelt sich ständig und ist beeinflussbar.

Deshalb appellieren wir an die Mitglieder und Funktionäre, an die gewerkschaftlichen Gliederungen und Vorstände der Gewerkschaften und besonders der DGB-Gewerkschaften: Verhindert, dass aus dieser Einstweiligen Verfügung endgültiges Recht wird. Übt Solidarität, auch wenn ihr mit der gewerkschaftspolitischen Orientierung der FAU nicht einverstanden seid. Es geht um gemeinsame Grundrechte, die nur gemeinsam verteidigt werden können.«●

Weitere Information: www.fau.org/verbot

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05

KORREKTUR

Leider wurde im Layout der Februarausgabe Nr. 305 im Beitrag »Subversive Klangwelten – RAGE against the death machine« der Vorspann beschnitten. Hier noch einmal der volle Wortlaut:
»Der Fall des seit über zwei Jahrzehnten inhaftierten und zum Tode verurteilten afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal beschäftigt die linke Szene weltweit strömungsübergreifend. Sein Prozess und die bei seiner Hinrichtung vorgekommenen »Verfahrensfehler» zu seinen Ungunsten erinnern an klassische Fälle von politischer Justiz im 19. und 20. Jahrhundert. Mittlerweile sind seine juristischen Möglichkeiten, eine Neuverhandlung seines Falls einzufordern, weitgehend ausgeschöpft. Als letzte Instanz kann nun noch das oberste Gericht des Landes seine Hinrichtung verhindern.«

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2010

Redaktion Heidelberg ● Bis zum Stichtag am 19.2.2010 gingen weitere Spenden in Höhe von 54 EUR ein, für die wir uns herzlichst bedanken. Nun benötigen wir für dieses Jahr noch weitere 2.379 EUR. Es gab ein neues Abo und leider sechs Kündigungen, darunter eine Fördermitgliedschaft über 77 EUR. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 146+ Abos.

Fördermitgliedschaft

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Adressänderungen

Nun noch etwas Wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt werden. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses aber fast nie funktioniert. Sowie es aussieht, wird unsere Zeitung vom Postbediensteten gelesen oder, was wahrscheinlicher ist – vernichtet. Deshalb bitten wir Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an unsere Anschrift Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg oder per Mail: contraste@online.de.

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2010

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 2.379 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 146+ Neuabos

JUBILÄUMS-TOUR DE NATUR 2010

... und kein bisschen leiser ...

»Erfolge ja – grundlegender Umbruch nein«, so kann man die Ergebnisse der hinter uns liegenden 19 Touren zusammenfassen. Und deshalb werden wir auch auf der 20. (!) Tour de Natur umso lauter unsere verkehrs- und klimapolitischen Forderungen zu Gehör bringen, und zwar vom 25.7. (Start in Biblis) bis zum 7.8.2010 (Ankunft in Lichtenfels).

Von Wolf von Bützingslöwen ● Wir werden wieder gelungene Beispiele für eine nachhaltige Lebens- und Arbeitsweise aufsuchen: »Es geht nämlich oft ganz gut, was angeblich alles nicht geht«. Vorhandene Lösungen bekannter zu machen und zu unterstützen, damit zunehmend mehr Menschen sie nutzen, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wir werden aber auch wieder Brennpunkte verfehlter Verkehrs- und Klimapolitik (Kopenhagen lässt grüßen) in Hessen und Franken anfahren (Atomkraftwerk Biblis, Kohlekraftwerk Staudinger, verschiedene überflüssige Straßenbauprojekte und verfehlte Bahnpolitik) und alle zehn Finger in die offenen Wunden der Politik legen – und das mit viel Spaß und Fantasie, mit Theater und Gesang, Musik und Politikerbefragungen auf den Marktplätzen der Städte.

Nicht zuletzt rollen wir – leise – durch schönste Landschaften, damit wir »erfahren«, was sich zu schützen und für uns und unsere Nachkommen zu erhalten lohnt: Die Ressourcen unserer Erde sind begrenzt und werden – auch hier in Deutschland – längst über alle Maßen ausgebeutet.

Wir zeigen – wie bei jeder Tour – wie es gehen kann: Mobilität ohne CO_2-Ausstoß, vegane, wohlschmeckende Ernährung aus biologischem, überwiegend regionalem Anbau, gemeinschaftliche Organisation unseres Zusammenlebens sind für uns inzwischen selbstverständlich geworden. Vieles davon lässt sich auch im Alltag verwirklichen.

Und was auf der Tour passiert, hängt von jedem Einzelnen ab: Wir sind kein Reiseveranstalter, der ein »Rundum-Sorglos-Paket« liefert, sondern eine basisdemokratische, selbstorganisierte Tour: »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!« – das gilt für jeden und jede TourteilnehmerIn. Die Strecken sind familientauglich, also auch für untrainierte Menschen zu bewältigen, die Preise sind sozial gestaffelt und für Alle bezahlbar.

Wer mehr über Streckenverlauf, Kosten, den neuesten Stand der Planung usw. wissen möchte, kann sich auf unserer homepage www.tourdenatur.net weiter informieren. Auch Anmeldung ist dort möglich.●

Auf zur Tour de Natur 2010!

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Murder.
Songs from the dark side of the soul

Einen gewissen Hang zum schwarzen Humor kann man der Crew vom Trikont-Label sicherlich nicht absprechen – Sampler über Katastrophen, Tod und Drogen. Auf der vorliegenden Compilation, die von dem Musikjournalisten Christoph Wagner zusammengestellt wurde, sind 23 Songs zum Thema Mord zusammengetragen.

Es wurde in Balladen immer wieder von Blues, R&B und Hillbilly-Bands ausgeschmückt. Sie besingen die Greueltaten, die vor dem Hintergrund einer idyllischen Landschaft stattfinden – ebenso die Outlaws, die z.T. zu modernen Robin Hoods stilisiert werden. Sie reihen sich somit in eine lange Tradition von Märchen, Fabeln und Sagen ein, die sich dieser Thematik widmen – und sie haben auch in der modernen Rockmusik bei Bands und Interpreten wie Nick Cave oder Grateful Dead Nachfolger gefunden.

Die hier versammelten Songs stammen aus den 20er bis 50er Jahren und beschreiben in wunderbarer Weise furchtbare Ereignisse. Dabei neigten Interpreten wie Armstrong und Jordan wiederholt zu humoristischen Äußerungen wie in »you Rascal You«: »I'm gonna kill you just for fun, you rascal you, // I'm gonna kill you just for fun, // The bugs

can have you when I'm done, // I'll be glad when you're dead, you rascal you.« Ebenso sang Bessie Smith charmant die humoristische Aufforderung: »Send me to the 'Lectric Chair«.

Für viele der Interpreten reichte als Inspiration für die Lieder bereits eine Headline aus der Boulevardpresse aus, um einen Song daraus zu machen. Anhand dessen wurden wunderschöne Musik und grausame Texte zusammengebracht. Ein Beispiel hierfür ist Archibalds Hommage an »Stack-A-Lee«, jenen Mörder, der auch für moderne Rockbands immer wieder Stoff bot. Mit Billie Hollidays »Strange Fruit« kommt aber auch eine explizit politische Ebene dessen zu Wort. Sie beschrieb in ihrem Song das Lynchen von Afro-Amerikanern in den USA. Die Sammlung besticht durch eine Reihe von sehr interessanten und schönen Songs zu einem grausamen Thema, die sich zwischen Blues, Hillbilly, R&B und Calypso bewegen.●

DJ Chaoz

Murder. Songs from the dark side of the soul
(Trikont / US-0399)
Weitere Informationen und Bestellung:
www.trikont.com

ANARCHISMUS 2.0: BEISPIEL BILDUNGSPOLITIK

Wende und Ende der Bildungspolitik

Chancenungleichheit als staatliches Dauerprogramm!?

Bis Anfang der 1960er Jahre war Bildungspolitik geprägt durch einen Willen zur Restauration, d. h. durch den Standpunkt, dass alles gut ist, so wie es ist. Diese Politik schien auch zunächst aufzugehen: Das so genannte »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre bescherte der BRD einen beispiellosen Wohlstand. Das Erwachen aus diesem bildungspolitischen Dämmerschlaf kam erst in den 1960er Jahren, als der gesellschaftliche Wandel zu ersten Krisenphänomenen führte: Fehlende Facharbeiter durch den Mauerbau 1961 einerseits und erste Massenentlassungen durch einen Wechsel in der Energiepolitik von Kohle auf Öl andererseits.

Von Ulrich Klemm ● In dieser unruhigen Situation wirkte eine Artikelserie von Georg Picht 1964 in der Zeitschrift »Christ und Welt« (Picht 1964) mit dem Schlagwort von der »Bildungskatastrophe« wie ein Donnerschlag auf die versteinerte Bildungsplanung. Für Picht bestand die Katastrophe vor allem in einem Lehrermangel und in einer zu geringen Zahl an Abiturienten und Studenten. Seine bildungspolitische These lautete: Die BRD ist derzeit nicht in der Lage, den Bedarf an qualifizierten Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu decken. Daran schuld ist vor allem das marode Bildungssystem, das gesellschaftliche und politische Entwicklung hemmt.

Mehr noch als Picht stellt Ralf Dahrendorf (1965) den Aspekt der Chancengleichheit in den Mittelpunkt seiner Analyse und betont das Grundrecht auf Bildung. Sie muss zu einem Bürgerrecht werden und entsprechend in einer offensiven und innovativen neuen Bildungspolitik verankert werden.

Wie Bildung zur Ware wurde

Ab den späten 1970er Jahren ist die bildungspolitische Situation, die sich seit den 1960er Jahren in einer unfruchtbaren Gesamtschuldebatte verbissen hat, zunehmend mehr durch einen *Widerspruch von Markt und Aufklärung* gekennzeichnet. Sowohl die Marktorientierung als auch der Aufklärungsgedanke erheben über unterschiedliche Interessengruppen einen Geltungsanspruch für Bildung und Erziehung als prägende Leitidee.

Zwei Grundtendenzen bestimmen seitdem die Bildungspolitik: Erstens finden wir eine deutliche Tendenz zur Deregulierung der Bildungsstruktur, d. h. Bildung erhält in einem kapitalistischen Markt von Angebot und Nachfrage einen Warencharakter. Und zweitens sind intensive Bestrebungen zur Installierung einer neuen Lernkultur im Gange, die sich durch die Wärmemetaphern lebenslang, informell, selbstgesteuert und global definieren. Folgende Konsequenzen haben sich daraus ergeben:

● Die abnehmende Qualität der Schulbildung erfordert eine stärkere »Nachbesserung« von Grund- bzw. Elementarbildung. Es geht um die These, dass ein sinkendes »Wissen und Können der Schulabgänger« die Versorgung der Gesellschaft mit hochqualifiziertem Nachwuchs gefährdet und zu ökonomischen Wettbewerbsnachteilen im globalen Kampf um Märkte führt;

● der Abstand zwischen den Bevölkerungsgruppen, die den Anforderungen an die Informations- und Wissensgesellschaft gewachsen sind und denen, die ausgeschlossen sind, wird größer. Eine so genannte *Bildungsarmut* entwickelt sich zusehends – seit den 1990er Jahren verlassen jährlich ca. 70.000 Jugendliche deutsche Schulen ohne einen Schulabschluss;

● es findet ein »Wandel der Lernkulturen« statt. Bedingt durch Entwicklungen der informations- und Kommunikationstechnologie, durch neue gesellschaftliche Anforderungen sowie durch neue Erkenntnisse in der Lehr-Lern-Forschung (Stichwort: Gehirnforschung), rücken Konzepte des lebenslangen, selbstorganisierten und globalen Lernens in den Vordergrund. Die gesellschaftliche Verantwortung für Bildung wird zurückgedrängt. Bildung wird zur »Privatsache«;

● als gesellschaftlich resonanzfähiges »Wissen« werden praktische Kompetenzen und Qualifikationen erwartet, die über eine hohe Viabilität hinsichtlich einer ökonomischen Verwertbarkeit verfügen. Gefragt sind in diesem Sinne technische und soziale Kompetenzen, die auch als »Schlüsselqualifikationen« bezeichnet werden und ein technologisches Bildungsverständnis zum Ausdruck bringen.

Über das nicht eingelöste Bildungsversprechen

Ende 2001 wurde der Bundesrepublik erneut ein bildungspolitischer Spiegel vorgehalten. Mit der Bildungsstudie PISA 2000 (Deutsches PISA-Konsortium 2001) der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) wurde der erste Teil (2003 und 2006 folgten weitere) einer internationalen Vergleichsstudie über die Schullandschaft aus 32 Mitgliedsstaaten der OECD vorgelegt.

Im Mittelpunkt des öffentlichen und politischen Interesses an PISA stehen dabei vor allem die Ergebnisse der Ranglisten zu den drei Kompetenzbereichen *Lesen, Mathematik* und *Naturwissenschaften*, in denen Deutschland deutlich schlecht abschneidet. So ist z.B. der Anteil derjenigen SchülerInnen, die das unterste Kompetenzniveau beim Lesen erreichen bzw. sogar noch darunter liegen, wesentlich größer als bei vielen anderen OECD-Staaten. Deutschland liegt hier an fünftletzter Stelle. Knapp 10% aller SchülerInnen erreichen nicht das unterste Kompetenzniveau. Im OECD-Durchschnitt sind dies ca. 6%.

Mit diesen Defiziten wird nicht nur die aktuelle desolate Verfasstheit der deutschen Bildungs- und Schulrealität beschrieben, sondern auch auf einen prägenden Zustand hingewiesen, der sich seit 1945 wie ein »roter Faden« durch die Geschichte der Republik zieht: Die Situation der *Chancenungleichheit* im Bildungswesen ist konstituierend für die Bildungsstruktur der BRD. Obgleich vor allem in den 1960er Jahren die Bildungsreform mit dem Anspruch auf Herstellung von Chancengleichheit antrat, ist davon bis heute nur wenig realisiert worden. Der Grund für dieses Scheitern wurde bereits früh erkannt, jedoch nicht weiter verfolgt, da dies auch Konsequenzen für das politische System der Bundesrepublik gehabt hätte – denn: *Bildungsreform muss immer auch Gesellschaftsreform sein*. Hier liegt ein entscheidendes Dilemma deutscher Bildungspolitik. Bildung als ein wesentlicher Teilaspekt gesellschaftlicher Realität der Neuzeit kann sich nur in dem Maße verändern, wie die Gesellschaft insgesamt bereit ist, sich zu verändern. Die Unfähigkeit zur Bildungsreform bedeutet in diesem Sinne vor allem eine Unfähigkeit zur Gesellschaftsreform. Die Frage der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit wird hierbei zum zentralen Gradmesser für Erfolg und Misserfolg einer Bildungsreform. Solange die Chancengleichheit nicht auf gesamtgesellschaftlicher Ebene realisiert werden kann, solange kann sie auch nicht im Bildungssystem erwartet werden.

Bildungsreform bedeutet Gesellschaftsreform

Der Zusammenhang von sozialer Schichtung und Bildungschancen ist in Deutschland in besonderer Weise feststellbar. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass es der BRD seit den 1960er Jahren nicht gelungen ist, soziale Ungleichheit gesamtgesellschaftlich abzubauen und scheinbar »schwächere« Schüler stärker zu fördern. Die bildungspolitische Idee einer kompensatorischen Funktion von Schule zum Abbau von gesellschaftlicher Chancenungleichheit, wie sie in den 1960er Jahren formuliert wurde, hat in der BRD nicht gegriffen bzw. ist in einem Reform- und Politikdschungel des Bundes und der Länder bis heute stecken geblieben. Statt Integration ist immer noch *Selektion* das prägende Merkmal deutscher Bildungspolitik. Nach wie vor gilt: Bildungsreform bedeutet immer auch *Gesellschaftsreform*. Die politische Erfahrung zeigt, dass der Staat unfähig ist, Schule und Bildung zu verändern. Er müsste sich selbst abschaffen, um Bildung zu reformieren. Staatliche Bildungspolitik in der BRD ist ein Paradebeispiel dafür, wie destruktiv staatliche Interventionen auf gesellschaftliche Verhältnisse wirken. Der Staat und seine Organe sind vor allem damit beschäftigt, über bürokratisierte und herrschaftliche Strukturen, sich selbst zu erhalten.●

Literatur

Dahrendorf, R.: Bildung ist Bürgerrecht. Hamburg 1965

Deutsches PISA-Konsortium (Hg.): PISA 2000. Opladen 2001 Picht, G.: Die deutsche Bildungskatastrophe. Olten/Freiburg 1964

EINREISE IN DIE USA VERWEIGERT

»No Fly List«

Unrast-Autor Gabriel Kuhn, unter anderem Herausgeber des Buches »'Neuer Anarchismus' in den USA. Seattle und die Folgen« (2008), wurde die Einreise in die USA verweigert. Gabriel Kuhn, der auch mit dem US-Verlag PM Press zusammenarbeitet und für CONTRASTE John Curl, Autor des Buches »For All the People: Uncovering the Hidden History of Cooperation, Cooperative Movements, and Communalism in America« interviewte (siehe CONTRASTE Nr. 302, Seite 3), hatte für März bis Mai 2010 eine ausgedehnte Lesereise in den USA geplant. Grund für die Einreiseverweigerung ist, dass sein Name auf der »No Fly List« der US-Regierung (auch bekannt als »Terrorist Watch List«) erscheint.

Informationen zu den Einträgen der »No Fly List« werden im Namen der »nationalen Sicherheit« nicht erteilt, aber es ist anzunehmen, dass dieser Eintrag in Zusammenhang mit einem FBI-Verhör steht, zu dem es während Kuhns letztem USA-Aufenthalt im Jahre 2005 gekommen war.

No Fly List

Im Zuge einer Antwort von FBI-Chef Robert S. Mueller an den Justiz-Ausschuss des Senats sind eine Reihe von interessanten Informationen über die amerikanische »Terrorist Watch List« bekannt geworden, berichtete die »Washington Post«.

Die Daten beziehen sich allesamt auf eine zwölf Monate lange Periode, die im vergangenen März zu Ende ging. In diesem Zeitraum wurden im Durchschnitt jeden Tag 1.600 neue Einträge von den amerikanischen Geheimdiensten für die Datenbank vorgeschlagen. Das FBI wies allerdings daraufhin, dass nicht jeder neue Eintrag für eine Person stehe. Vielmehr könne es sich auch um Pseudonyme oder Namens-Varianten bereites geführter Individuen handeln. Im gleichen Zeitraum stellten die Beamten täglich 600 Löschanträge und schlugen 4.800 Veränderungen in bestehenden Einträgen vor. Insgesamt enthält die immer weiter anwachsende Datenbank nun angeblich eine Million Einträge, die sich auf 400.000 Namen beziehen. Neun Prozent der in dieser Liste erfassten Personen stehen auch auf der »No Fly«-Liste der US-Regierung. Weniger als fünf Prozent der betroffenen Personen sind amerikanische Staatsangehörige oder haben eine permanente Aufenthaltsgenehmigung in den USA.

Die No Fly List wird zu einem immer weiter ausgedehnten Repressions- und Überwachungsapparat, der sich jedweder öffentlichen Prüfung entzieht. Die Möglichkeiten, die diese zur Unterdrückung und Bekämpfung politischer AktivistInnen und sozialer Bewegungen eröffnen, werden zunehmend deutlich.●

diego

Quelle: Pressemitteilung Unrast-Verlag, 29.1.2010

ARCHIV-CD.2

Surfen im linken Blätterwald

Auf unserer im November 2009 erschienenen CD-ROM sind die CONTRASTE-Jahrgänge 2005 bis 2008 im Original-Layout und die Texte der ersten drei »Wandelsblatt«-Ausgaben archiviert.

Der »Reader der Alternativ-Medien« mit den Adressen von ca. 500 alternativen und linken Zeitschriften aus der BRD und der Schweiz wurde aktualisiert und ist nun schon im zweiten Jahr fester Bestandteil der CD-ROM. Wer also mal gerne durch den alternativen und linken Blätterwald wandern möchte, kann dies bequem über die dazugehörigen Internet-Links machen.

In einem ersten Schritt wurde auch ein Teil der zuletzt als Printausgabe erschienenen BUNTEN SEITEN 2003+, eingearbeitet. So können sich die NutzerInnen über Infoläden, anarchistische, antifaschistische, antimilitaristische, MigrantInnen- und Flüchtlingsprojekte, Szenekneipen, Kulturzentren und -initiativen, selbstorganisierte Lebensgemeinschaften und Initiativen, die Antirepressionsarbeit machen, informieren. Eine weitere Datenbank enthält mehr als 400 Anschriften freier Archive.

Beim für das im Herbst diesen Jahres geplante Update sollen weitere Bestandteile der BUNTEN SEITEN hinzugefügt werden.

CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten diese als Erstbestellung für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Alle anderen bekommen sie für 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten. Das Update kostet für AbonnentInnen und Fördermitglieder 20 EUR, für alle anderen 30 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Für das europäische Ausland berechnen wir 4 EUR Versandkosten.

ISBN 978-3-924085-08-7

Bestellungen: Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de

PS: Für jedes neue Jahresabo, dass über unsere AbonnentInnen oder Fördermitglieder eingeworben wird, gibt es die ArchivCD.2 kostenlos.

FRANKREICH: 5. KONGRESS DER »SUD-RAIL« BAHNGEWERKSCHAFTEN IN ST. JEAN DES MONTS

Solidarische und libertäre Gesellschaftlichkeit leben

»Sud-Rail« veranstaltete Mitte Oktober 2009 ihren 5. Kongress in einer Phase, in der gerade auch im Bereich der Bahn in Frankreich der Privatisierungsprozess von Regierung und dem Bahn-Management beschleunigt vorangetrieben wird. 280 Delegierte aus ganz Frankreich waren zusammengekommen. Eingeladen waren auch GewerkschafterInnen aus England (RMT-TransportarbeiterInnengewerkschaft), Italien (ORSA), Spanien (CGT), aus der Schweiz (Officina aus Bellinzona), aus Westafrika und aus Deutschland (»bahn von unten« und die »Transparenz für die Basis« von der S-Bahn in Berlin zusammen mit »tie-global«).

von links: die KollegInnen von RMT England, ORSA Italien, Officina Bellinzona Schweiz — Foto: Peter Bach

Von Peter Bach, Köln ● In Frankreich steht die Privatisierung des Personen- wie Frachtverkehrs auf der Tagesordnung, einhergehend mit der Aufspaltung des einheitlichen Bahnunternehmens SNCF in viele Tochterunternehmen und Filialen. Die »Sud-Rail« organisiert alle Beschäftigten, die direkt bei der Bahn wie auch für die gesamten Aktivitäten im Bereich der Bahn tätig sind. Das sind Lokführer, technisches Personal und Bahnhofspersonal genauso wie die Sans-Papiers-KollegInnen des Wachpersonals an und in den Bahnhöfen, die bei privaten Unternehmen arbeiten, wie auch die Bahnreiniger in den Zügen.

Foto: Peter Bach

Von daher treffen sich bei einem solchen Kongress KollegInnen aus sehr verschiedenen Arbeitswelten, aber auch aus sehr unterschiedlichen lokalen und regionalen Zusammenhängen. Es ist einfach ein recht großer Unterschied, und der wird gerade auch auf einem solchen Kongress spürbar – und thematisiert, zwischen der Tätigkeit auf einem der großen Bahnhöfe in Paris oder Marseille oder in einem der eher kleineren Städte.

»Sud-Rail« hat einen föderalen Aufbau, die lokalen Gewerkschaftsgruppen sind autonom und sind keinem Zentralismus unterworfen. Aus den verschiedenen Regionen werden die VertreterInnen ins Föderalbüro gewählt.

Kern der Debatten waren:

● die Auswertung der großen Streikbewegungen 2007/ 2008 für die Beibehaltung der Rentenregelungen, die trotz hoher Mobilisierung nicht verhindern konnten, dass die Rentenregelungen für die Beschäftigten sich in Zukunft verschlechtern werden.

● die zunehmenden technischen und infrastrukturellen Mängel des Bahnbetriebs die – ähnlich wie bei der S-Bahn in Berlin – weitere Belastungen für die Beschäftigten erzeugen und zunehmende Unzufriedenheit sowie Spannungen unter den NutzerInnen der Bahn provozieren.

● In der Diskussion beim »Internationalen runden Tisch« wurde hörbar, dass in Italien, England und auch in der BRD eine ähnliche Situation besteht. Die Kollegen der »bahn von unten« berichteten von ihren Aktivitäten und die Kollegen der »Transparenz für die Basis« hatten einen Brief geschrieben, der von einem tie-Kollegen vorgelesen wurde. Im letzten Jahr hatte tie ein Treffen zwischen der Gruppe »Transparenz für die Basis« und der »Sud-Rail« organisiert und im Dezember 2009 kamen Kollegen der »Sud-Rail« nach Berlin, um den begonnenen Austauschprozess weiterzuführen. »Sud-Rail« ist ebenfalls sehr aktiv beim Aufbau eines internationalen Netzwerks der Bahngewerkschaften in Europa und Afrika.

Auffallend für uns waren die lebendigen und kritischen Debatten, geprägt von einem respektvollen und solidarischen Klima. Eine der Hauptfragen war es, organisatorische Antworten zu finden auf die schnellen Umstrukturierungen des gesamten Bahnunternehmens und Bahnbetriebs. »Soll die Organisation dieser unternehmerischen Betriebspolitik folgen oder versuchen, strategisch Formen der Organisierung zu entwickeln, die autonom werden gegenüber dem hektischen Umbau der SNCF?«

Es gibt große Unterschiede in der Verankerung und den Erfahrungen der lokalen Gewerkschaftsgruppen. Auch ist die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften – vor allem mit der CGT – ebenfalls sehr unterschiedlich, teilweise noch sehr geprägt von Konkurrenz und Spannungen. Dennoch gibt es auf nationaler und lokaler Ebene häufig Bündnisse. Es gibt auch Übertrittsbewegungen von BahngewerkschafterInnen aus anderen Gewerkschaften, besonders nach dem letzten großen Streik gegen die Rentenreform. Stark verankert ist »Sud-Rail« bei den Beschäftigten, die in Bahn-Einrichtungen arbeiten, die von den etablierten Gewerkschaften wie der CGT verwaltet werden und oftmals die selben Herrschaftstechniken anwenden wie ganz normale Unternehmensführungen.

Gleichzeitig wird eine Transportförderation, die »UST«, aufgebaut, die für Gewerkschaften, die im Bereich des Transports / LKW / Stadtverkehr (Bus, Metro, Tram) / Fähren / Taxis aktiv sind und »Sud-Solidaires«, als einheitliche übergreifende Gewerkschaftsbewegung, in der sich die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche öffentlicher Dienst, Industrie, Chemie usw. zusammenschließen.

Rundum, es war ein Kongress, bei dem die inhaltliche Ausrichtung einer Basisgewerkschaft auch seinen formalen Regeln entsprach: Alle Mitglieder des föderativen Rates bleiben maximal 2 Wahlperioden im Amt. Das Versammlungspräsidium wird zu jedem Tagesordnungsabschitt neu besetzt – manchmal 2mal am Tag. Es besteht für Machtspiele nicht nur kaum Anlass, ihnen sind dadurch auch die Instrumente weitgehend abhanden gekommen. Auf dem Kongress wurde nicht gewettert, gefordert und bekämpft, es wurde vorgeschlagen, erläutert und geworben – und das alles in einer ziemlich höflichen und oft lockeren Art. Und, für Frankreich ein Novum, fast immer werden die Beschäftigten in der weiblichen und männlichen Form angesprochen: travailleur/travailleuse, cheminot/cheminote, copaine/copine, citoyen/citoyenne, technicien/technicenne, usw.).

Foto: Peter Bach

Der Kongress brachte Akteure und Akteurinnen aus Dakar, Oran, Tunis, aus London, Bellinzona, Berlin, Köln, Marseille, Paris, Montreuil, Metz und vielen anderen Orten Frankreichs zusammen und ließ uns alle erleben, wie angenehm es sein kann, sich für 5 Tage als solidarisches Eisenbahnervolk Gedanken zu machen und zu streiten über die soziale Transformation und die emanzipativen Prozesse in der Gesellschaft und die Aufgaben einer Gewerkschaft, die als Werkzeug dienen soll, um genau diese kreative und kämpferische Selbsttätigkeit der EisenbahnerInnen zu ermutigen, zu fördern und praktisch zu unterstützen. Ziel des ganzen Tuns ist es, eine andere solidarische und libertäre Gesellschaftlichkeit aufzubauen und zu leben. Der Kongress war ein solcher Moment.●

Links:
Sud-Rail, Frankreich: www.sudrail.fr
CGT, Frankreich: www.cgt.fr
CGT, Spanien: www.cgt.org.es
Bahn von unten, Deutschland: www.bahnvonunten.de
Transparenz für die Basis, Deutschland: www.tfb-s-bahn-berlin.de

»KETTENRE-AKTION: ATOMKRAFT ABSCHALTEN!«

Die Anti-AKW-Bewegung macht mobil gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke: Für den 24. April ruft ein breites gesellschaftliches Bündnis unter dem Motto »KettenreAktion: Atomkraft abschalten!« zu einer 120 Kilometer langen Aktions- und Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel auf. Die Kette wird dabei auch quer durch Hamburg führen.

Initiatoren der Anti-Atom-Kette sind der »Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland« (BUND), die Anti-Atom-Organisation ».ausgestrahlt«, das Kampagnennetzwerk »Campact« und die »Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad«. An der Organisation der Aktion beteiligen sich Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbände, Gewerkschaften, Parteien, Jugendverbände, der »Bundesverband Erneuerbare Energien« und weitere Nichtregierungsorganisationen.

»Die Bundesregierung strebt Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke an. Doch eine Mehrheit der Bevölkerung will den Ausstieg aus dieser Risikotechnologie – besser heute als morgen. Deshalb werden wir am 24. April mit Zigtausenden gegen den Weiterbetrieb der AKW demonstrieren«, sagte Jochen Stay, Sprecher von ».ausgestrahlt«.

Die geplante Menschenketten-Demonstration soll nicht nur die beiden Pannen-Reaktoren in Krümmel und Brunsbüttel miteinander verbinden, sondern auch den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Blickpunkt rücken.

Die Aktions- und Menschenkette hat gleichzeitig einen bundespolitischen und einen regionalen Ansatz: »Brunsbüttel und Krümmel sind seit mehr als zwei Jahren vom Netz. Strom ist trotzdem genügend da. Die AKW und ihre Risiken sind also entbehrlich. Wir gehen auf die Straße, damit sie für immer abgeschaltet bleiben«, so Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz.●
www.ausgestrahlt.de/mitmachen/menschenkette.html

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Wohnen, Würde, Widerstand

Gegen Zwangsumzüge

In der Kampagne gegen Zwangsumzüge sind Menschen aus gewerkschaftsnahen Zusammenhängen, aus Mieterorganisationen, Erwerbslosenzusammenhängen und anderen Initiativen zusammengekommen. Ein Notruftelefon, welches gegenwärtig von zwei Sozialarbeiterinnen ehrenamtlich betrieben wird, ist eine erste Ansprechmöglichkeit für Menschen die von Zwangsumzug bedroht sind. Menschen denen eine »Aufforderungen zur Senkung der Kosten der Unterkunft« in den Briefkasten flatterte, werden hier zum richtigen Umgang mit den Schreiben beraten und auch emotional unterstützt. Die Kampagne leitet sie bei Bedarf an Beratungsstellen, RechtsanwältInnen, Schuldnerberatungsstellen oder Sozialämter weiter.

»Ausführungsvorschriften Wohnen« – was soll das sein? Wer ALG II bezieht, für den gelten spezielle – in entsprechenden »Ausführungsvorschriften Wohnen« (AV-Wohnen) – festgelegten Richtwerte für vermeintlich angemessene Mieten. Diese legen, unabhängig von der Wohnungsgröße, Miethöchstgrenzen fest. Wer diese überschreitet, erhält Post vom Amt. Da kann es unter Umständen schon genügen, dass die Tochter für ein Auslandssemester die Wohnung der Eltern verlässt oder der Sohn zur Bundeswehr muss. Für die Aufgeforderten heißt das, sich entweder nach einer billigeren Wohnung umzusehen oder die Differenz vom ALG II Regelsatz zu bezahlen. Die »Schonfrist« für eine Umzugsaufforderung beträgt 6 Monate. Dann folgt der Zwangsumzug. Für viele Hartz IV-Empfänger ist allein schon die kurzfristige Aufforderung, die Miete zu senken und die Ankündigung demnächst nur noch ein Teil der Miete finanziert zu bekommen, ein unlösbares Problem.

Die politische Dimension

Jede Aufforderung zum Umzug bedeutet ein persönliches Schicksal. Der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, der Offenlegung aller Einkommensverhältnisse, den regelmäßigen entwürdigenden Gängen auf das Amt, den unangemeldeten Hausbesuchen der SachbearbeiterInnen, folgt nun auch der Verlust der persönlichen Lebenswelt. Die eigenen vier Wände sind eben mehr als nur der Kostenfaktor Wohnraum, sie haben eine Geschichte und sind somit individueller Rückzugsort und Schutzraum. Der Zwangsumzug unterstellt den Betroffenen eine Mitschuld an ihrer Armut. Die persönliche Enteignung der Privatheit, erscheint als Strafe für persönliches Versagen auf dem Arbeitsmarkt. Gegen diese Form individueller Bestrafung von Armut, setzen die Mitstreiter der Kampagne auf Vernetzung, Beratung und Solidarität. Mit ihrem Motto »Wohnen, Würde, Widerstand!« unterstreichen die AktivistInnen, dass die persönliche Lebenswelt eines jeden unantastbar sein muss.

Die Notrufzeiten sind jeden Dienstag und Donnerstag von 10-13 Uhr aus dem Berliner Festnetz unter der Nummer (0800) 272 72 78.
www.gegen-zwangsumzuege.de

Ruben Wesenberg

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

ROMA IN SÜDOSTEUROPA – EIN REISEBERICHT

Land im Aufbruch in eine neue Zeit

SoMa (Sozial-Management e.V.) hat sich im Dezember 2007 gegründet. Der Verein entstand aus der Motivation der Verantwortung gegenüber einer serbischen Gesellschaft, die traumatisiert wurde durch den Überfall der Nationalsozialisten ab dem 6. April 1941 und dem Natoüberfall unter deutscher Beteiligung ab dem 24. März 1999 mit verheerenden Folgen für Land und Leute und dem Impuls, dort wie auch hier, brückenbauende Projekte zu starten, um dadurch freundschaftliche Beziehungen von den Menschen in Serbien und in Deutschland zu fördern und zu pflegen.

Von Gerhard Kern ● Ein Schwerpunkt war dabei die Sozialarbeit, in der die Gründungsmitglieder tätig waren und zum Teil auch noch sind. Die auch in anderen Ländern der Welt ungeklärte soziale Frage treibt bis heute maßgeblich SoMa an. Das bedeutet nichts anderes, als das, was auch immer unser Verein in Serbien oder Deutschland angehen wird, an den für uns maßgeblichen sozialen Standards gemessen werden muss.

Das erste Jahr war das Jahr der Recherche durch das Aufsuchen von Behörden und Organisationen in Deutschland und Serbien. Hindernisse entstanden u.a. durch die Sprach- und Schrifthürden, da nur drei Personen des Serbo-Kroatischen oder des Serbischen mächtig waren. Die Deutschen unter uns hatten kaum oder keine Kenntnisse von der Sprache und der kyrillischen Schriftform. Auch das Land selbst war für einige von uns im Wortsinne Neuland.

Serbien ist gemessen an einigen anderen europäischen Ländern nicht groß, aber es hat in jeder Hinsicht eine Vielfalt, die beachtlich ist. Seit der berühmten Schlacht auf dem Amselfeld (15. Juni 1389), des heutigen Kosova, begegneten sich hier Orient und Okzident. Diese Einflüsse sind bis heute sicht- und erfahrbar. Reichtum an Kultur und Armut bei dem größten Teil der Bevölkerung sind prägende Gegensätze.

Auch heute wird das Land durch Einflussnahme der westlichen oder östlichen Staaten in schwere Bedrängnis gebracht. Politisch ist Serbien nach wie vor geteilt in eine pro-westliche Gesellschaft und auf der anderen Seite pro-russische Gesellschaft. Die Annäherung an den Westen findet zwar statt, ist aber äußerst fragil und westliche Wirtschaftsunternehmen scheuen sich im Land Fuß zu fassen. Vertragsabschlüsse z.B. können sich nach einem Parteiwechsel als nicht einhaltbar erweisen, da die jeweils gewählte Partei sich nicht an die Verträge der Vorgänger halten muss.

»Serbien hat ein ineffizientes und demokratisch fragwürdiges Wahlrecht. Die Wahlregister sind veraltet und die Zuständigkeiten der Wahlkommission auf der Ebene der Republik sind nicht klar geregelt.« schreibt die Konrad Adenauer Stiftung, die es ja wissen muss. Dann kommt ein hohes Maß an Korruption hinzu, die Unternehmensgründungen fraglich werden lassen. In unseren Recherchen vor Ort konnten wir das auf allen Ebenen selbst erfahren, ob in Politik, Wirtschaft oder Kultur; der Filz und die negative Anarchie waren überall.

Landschaften und Orte sind zum Teil durch ständige Kriege, die nur einmal von serbischer Seite ausgegangen sind (der erste Serbisch-Osmanische Krieg begann am 30. Juni 1876), immer noch schwer beschädigt oder vergiftet und das Trauma, erfahren durch Kriege mit dem osmanischen Reich (1299 bis 1923), der Donau Monarchie (1867 – 1914), dann durch den Nazifaschismus (1933-1945) und 1999 durch den Natoüberfall haben die Menschen in Serbien auch seelisch beschädigt. Es wird noch lange dauern, bis ein Vertrauen zwischen den Menschen hier wie da wieder wachsen kann.

Große, lange und schwierige Reisen haben wenigstens eine gute Seite neben so vielen schlechten: Sie bewahren uns vor oberflächlichen Urteilen und billigen Reflexionen, gerade durch ihre Länge und Schwierigkeit. Wer die Weite und Verschiedenartigkeit der Welt sieht, wird vorsichtig bei Schlußfolgerungen und wählerisch im Ausdruck.

Ivo Andric*

Für uns waren mehrere Erlebnisse sehr prägsam. Im südlichen Serbien, dem fast ausschließlich von Serben bewohnten Gebiet, in Niš , der Geburtsstadt des Kaiser Konstantin, konnten wir ein ehemaliges SS-Lager unter Führung eines Serben besuchen. Hier waren ab 1941 Juden, Roma und serbische Kommunisten durch deutsche SS-Schergen umgebracht worden. Dieses Museum atmet noch heute den Geruch des Grauens aus.

In der Stadt selbst begegneten wir überall Roma, die an den Straßenrändern oder auf Märkten ihre Waren teils mit bloßen Händen anboten, da sie keine Verkaufstische oder Stände hatten: Gebrauchte Schuhe, Wollwaren, Küchenutensilien, Gemüse oder andere Dinge wurden gehandelt. Hier zeigte sich geballte existenzielle Not.

Ermordete im Lager Niš Foto: GK Morbach / JF Niš

Wir reisten durch die südliche Provinz über Smederevo, südlich von Belgrad, in eines der vielen Binnen-Flüchtlingslager, um dort einen jungen behinderten Rom mit seiner Mutter zu besuchen. Das Elend im Kamp Radinac war für uns unerträglich; die Herzlichkeit der Gastfamilie in ihrer ärmlichen Wohnung dafür um so angenehmer. Es war ein Informationsaustausch, der über ein Schicksal erzählte, welches aber so oder in etwas anderen Formen überall in den Lagern zu finden ist: Unvorstellbare Wohnverhältnisse, ärmliches Essen, Müllansammlungen, kaum Bildung und wenig therapeutische Möglichkeiten für die kranken Menschen. Auch dies sind die Überbleibsel des Nato-Angriffs auf Jugoslawien.

Zu diesem Phänomen hatten wir uns schon vor der Reise informiert und wollten eigentlich die Binnenflüchtlinge (aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien) kollektiv unterstützen. Es sollten möglichst alle Kinder in einem bestimmten Lager (z.B. 200 in Kamp Radinac) durch uns Bildungsmaterialien erhalten. Zu diesem Zwecke war die Künstler-Initiative »Young4Young« (junge Musiker für junge Menschen in Serbien) in Deutschland initiiert worden. Doch das real existierende Elend lehrte uns, dass unser junger Verein keine Chance hat, das Geld in absehbarer Zeit zusammen bringen zu können. Das Ergebnis: wir werden nun zunächst den einen jungen Rom unterstützen, damit er therapiert werden kann und eine Bildung erfährt, die ihm zumindest eine kleine Chance in Zukunft eröffnet.

Wir reisten über Beograd durch die Vojvodina bis zur ungarisch geprägten Stadt Subotica im nördlichsten Teil der Republik Serbien um auch dort wieder den Roma auf vielen Straßen zu begegnen.

In Beograd gab es bis vor einigen Wochen die sogenannte Karton-City, eine Wohnsiedlung im Müll direkt vor den Toren der Stadt an der Autobahnauffahrt. Viele Romafamilien lebten dort in fürchterlichen Verhältnissen. Die Kinder bettelten an der Auffahrt im Stau der vielen Autos und in der Stadt mussten Jugendliche auf Geheiß der Älteren Blumen und Anderes verkaufen. Karton-City, dieser Schandfleck für eine Möchtegern-europäische Hauptstadt, wurde in einer Nacht- und Nebelaktion mit schwerem Gerät von der Stadt platt gemacht. Was mit den Menschen geschah, entzieht sich bis jetzt meiner Kenntnis. Aber auch die Kriegsfolgen des Natoangriffs sind noch sichtbar. Das ehemalige Verteidigungsministerium liegt als museales Zeugnis in Schutt und Müll, mitten in der City. Es wurde auch das Polizeipräsidium zerbombt.

Zerbombtes Verteidigungsministerium Foto: GK Morbach / JF Niš

Auf der Fahrt nach Norden machten wir Halt bei einem von der USA gesponserten Ökoprojekt, dem Salaš 84*, einem ganz und gar ökologisch orientierten landwirtschaftlichen Betrieb mit Restaurant und Übernachtungsmöglichkeiten mit entsprechender Fischzucht und Stromerzeugung nördlich von Novi Sad. Der Vorzeigebetrieb lag einsam in den landwirtschaftlichen Weiten der Vojvodina und wurde von einem Serben geführt, der zuvor einige Jahre in Deutschland lebte. Ob er eine Überlebenschance in dieser Gegend haben wird, bleibt abzuwarten. Auch dort wurde von Roma erzählt, die gelagerte Baumaterialien klauen, um sie dann zu verkaufen.

In der ethnisch sehr vielfältig geprägten Stadt Subotica begegneten uns viele Romafamilien in den Straßen. Sie sind hier schon optisch ein wesentlicher Bestandteil der Bevölkerung. Auffällig war hier außerdem die Dominanz der Banken aus Österreich, die offenbar mit dem serbischen Wirtschaftssystem keine Probleme haben. Muslime und Juden waren dabei ihren Gebetstempel und die Synagoge wieder zu restaurieren.

Wir erlebten in jeder Hinsicht ein Land im Aufbruch in eine neue Zeit. Durch die Armut und das Chaos in vielen Bereichen, besonders aber durch die Situation der Roma haben wir uns nun vorgenommen, in dem uns möglichen Rahmen unterstützend einzugreifen. In Deutschland ist der Anfang gemacht durch die Benefiz-Konzertreihe »Young4Young«, mit deren Erlösen erste Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Das SS-Lager in Niš soll durch eine Dokumentation und mit einer Wanderausstellung die Erinnerung an die Untaten der Deutschen wachhalten.●

Im Internet:
www.sozial-management.net
http://de.wikipedia.org/wiki/Ni%C5%A1
www.beograd.rs/cms/view.php?id=301520
http://de.wikipedia.org/wiki/Op%C5%A1tina_Subotica
YouTube zum Lager in Niš:
www.youtube.com/user/bane030

Vida, eine 74jährige Romni aus Serbien, erzählt

Was haben Sie während des Krieges gemacht?

»Es war furchtbar! Unsere Roma wurden in die KZs gebracht, aber ich kam nicht hin. Wir trugen gelbe Bänder und mussten auf der Straße gehen, durften jedoch nicht in die Nähe von Häusern kommen. Es herrschte eine Gluthitze und unsere Köpfe waren glattrasiert, die Deutschen taten das. Wir durften nirgends im Dorf hingehen, um ein Stück Brot zu erbetteln. Die deutschen Polizisten befahlen uns, uns in einer Reihe aufzustellen, um uns zu erschießen und wir hatten eine solche Angst, dass wir in die Hosen machten. Jeder von uns hatte dieses gelbe Band an seinem Arm mit der Aufschrift: »Zigeuner«. Unsere Männer wurden in die KZs deportiert, und wir Frauen blieben zuhause und mussten dieses gelbe Band tragen.

Unsere Männer wurden am Markt getötet, erhängt. Mein Onkel wurde niedergeschossen und anschließend auf dem kleinen Markt von Zrenjanin erhängt. Während des Krieges lebte ich mit meinem Mann in Zrenjanin. Wir wurden mit einer riesigen Peitsche ausgepeitscht, wir mussten ihre Wohnungen reinigen und sie zwangen uns, im Schnee zu arbeiten. »Niederlegen, aufstehen« – und wer nicht wieder aufkam wurde mit einem Stock so auf den Kopf geschlagen, dass er zu bluten anfing.

Die Roma aus dem Banat hatten es noch viel schlechter. Meine Großmutter war in Mosorin verheiratet, sie erzählte uns, dass Roma getötet und unter das Eis geworfen werden. Und als der Sommer kam, mussten unsere Roma sie herausfischen und begraben. Auch die Frauen mussten dorthin gehen, aber wir hatten Glück hier in Pazova, weil unser Bürgermeister es nicht zuließ, dass wir getötet werden. Er war Slowake und hätte es nicht zugelassen, dass wir getötet werden. Im ganzen Flusslauf der Tisa konnte man den Gestank der Leichen riechen. Tote Roma aus Zabalj und Mosori schwammen im Fluss.«

Martin Auer

Quelle:
http://roma-und-sinti.kwikk.info/?page_id=178

Die Ziele des Vereins sind:

SOZIALES
Wir wollen im Rahmen einer Sozial-Ökologisch-Kulturellen Tätigkeit sowohl auf dem Balkan, aber auch in Deutschland Betriebe und Sozialtherapeutsche Projekte in erster Linie mit Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, benachteiligten Jugendlichen, aber auch mit behinderten Menschen, erwachsenen ehemaligen Strafgefangenen oder Ex-Prostituierten errichten. Eine wichtige Zielgruppe sollen auch die Menschen mit Kriegstraumata sein.

ÖKOLOGIE
Eine nachhaltige ökologisch/biologische Landwirtschaft sollte sich einbetten in die vorhandenen landschaftlichen Gegebenheiten und regionaltypische Produkte anbauen und vermarkten. Produkte und Sozialstandards müssen den Richtlinien der EU und Serbien gerecht werden.

KULTUR
Kulturelle Projekte sollen zum besseren Verständnis der Länder beitragen und gemeinsame Interessen fördern. Ob es sich um Institutionen, Künstlergruppen oder Einzelpersonen aus den beiden Ländern oder um deren Bildungsinitiativen handelt, die Begegnung traditioneller und moderner Kultur soll eine Verständigung der Menschen vertiefen und verbessern.

ÖKONOMIE
Wirtschaftlich arbeitende Unternehmen sollen sowohl in Serbien aber auch in der EU realisiert werden. In den Ländern der EU und auf dem Balkan sind Handelsorte geplant, an denen Waren aller Art, besonders aber aus dem Spektrum ökologischer und fair gehandelter Produkte vertrieben werden.

TECHNIK
Solartechnische oder andere umweltverträgliche nachhaltige Produkte sind durch ökologisch bewusste Verbraucher weltweit gefragt. Wir streben eine Produktionsstätte für solartechnische oder andere die Umwelt schonende Produkte in Serbien an.

SEKO-SELO / Sozio-Ökologische Gesellschaft
In Zusammenfassung der in 1 – 5 angedeuteten Bestrebungen soll in Kooperation mit serbischen Entscheidungsgremien ein Zunkunftsort entstehen, der im besten Sinne von Effizienz für die Gesellschaft, den Menschen und die Umwelt gestaltet wird.

Wir brauchen für die Unterstützung der Binnenflüchtlinge und ihrer Kinder Geld. Wer oder welche nun meint, für die Menschen in dieser Notsituation etwas spenden zu können, denen sei hier die Möglichkeit geboten:
VR-Bank HuMos, Konto Nr. 20 88 80 – BLZ: 57069806, Verwendungszweck: Binnenflüchtlinge

Vielen Dank!

INFO UND HINWEIS

* **Ivo Andric** war Vorsitzender des Jugoslawischen Schriftstellerverbandes, Abgeordneter des Jugoslawischen Parlaments und später Filmzensor. 1954 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, 1961 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

* **Salaš 84** ist ein traditionelles Bauernhaus inmitten der weiten Agrarebene der Vojvodina, wo Getreide angebaut und Viehzucht betrieben wird. Dieses besondere Bauernhaus ist 300 Jahre alt. Die Kaiserin Maria Theresia besuchte es mehrmals im 18. Jahrhundert. Auch heute sind Gäste willkommen. Alte Kachelöfen beheizen die Räume, das Essen wird in über 200 Jahre alten Tongefäßen bereitet, während der Gast auf moderne Weise seiner Ruhe fröhnt: am Fischteich ruhend oder am kleinen See mit Schwänen und Enten, auf dem Pferderücken das Umland erkundend oder einen längeren Spaziergang auf den mit Weiden gesäumten Pfaden unternehmend. Es ist eine besondere Mischung aus Altem, Idiosynkratischem und dem Neuen, Universellem zusammen mit dem Blick in die schier endlose Ebene, der nur durch entfernte Kirchtürme unterbrochen wird ...

DAS BESETZTE LANDGUT »KAN PASQUAL« IN BARCELONA

Der steile Weg zur Autonomie

Der Weg zur Autonomie ist steil und lang. In Barcelona führt er über ein paar Kilometer Serpentinenstraßen zu einem Gehöft namens »Kan Pasqual«. »Kan Pasqual« gehört zu den ältesten Besetzungen in Barcelona. Seit Ende 1996 versuchen sich die BewohnerInnen in selbstbestimmtem Wohnen, Arbeiten und Leben. Mit beachtlichem Erfolg, krisenresistent und mit immer mehr NachahmerInnen in der Hügelkette Collserola. Das Landgut gehört formal der Stadt Barcelona und real zu den ältesten Hausbesetzungen Barcelonas.

Von Martin Ling, Barcelona ● Bereits seit Ende 1996 unternimmt man dort inmitten eines Waldgebiets der Hügelkette Collserola den Versuch, der Autonomie näher zu kommen. »Die Autonomie in zentralen Bereichen des Lebens auszuweiten, in Sachen Ernährung, Gesundheit und Energie, ist der Leitgedanke«, erzählt Quim*, ein Katalane, der seit über zehn Jahren zu den BesetzerInnen zählt.

Legalisierungen von Besetzungen, wie es sie in Berlin in den 1980er und 1990er Jahren teilweise gegeben hat, gibt es in Barcelona grundsätzlich nicht. Die Besetzung von »Kan Pasqual« wird stillschweigend geduldet, rottete das Gebäude doch jahrelang vor sich hin, nachdem seine Nutzung als Landschulheim eingestellt wurde.

Hochwertige Nahrungsmittel statt Junk Food: Selbstgemachte Pasta

Mit der Polizei machten die BesetzerInnen in »Kan Pasqual« erst ein Mal Bekanntschaft: Drogenrazzia. Allerdings mit einem lächerlichen Ergebnis, erinnert sich Quim: »Fünf kleine Marihuana-Pflanzen wurden beschlagnahmt. Der Polizei war das so peinlich, dass sie selbst den Mantel des Schweigens über die personal- und fahrzeugintensive Aktion hüllte – so viel Aufwand für so wenig Ertrag ließ sich schlecht als Erfolg verkaufen.«

Schritt für Schritt mehr Autonomie

Seitdem kann in »Kan Pasqual« weitgehend unbehelligt von staatlicher Repression Schritt für Schritt am Ausbau der Autonomie gearbeitet werden. Ohne Illusionen: Vollständige Autonomie ist unrealistisch, meint Quim. Zumindest wenn man auf ein paar Errungenschaften der Moderne nicht verzichten will. Benzin für den Notstromgenerator oder das Kollektivauto, Milch und Kaffee für den Café con leche (Milchkaffee), der in Katalonien wie ganz Spanien zu den Grundnahrungsmitteln gehört. Auch an das Telefonnetz ist das Gehöft inzwischen angeschlossen, so dass auch über einen Internet-Zugang verfügt wird. Ein Anschluss ans Stromnetz wird dagegen kategorisch ausgeschlossen – zum Atomstrom will man keine Verbindung haben.

Die Autonomie in der Energieversorgung wurde Zug um Zug erweitert. Solarpaneele und ein kleines Windrad auf dem Dach bringen Energie – anfangs reichte das nur für den Gemeinschaftsraum und die Küche, nach und nach wurden auch die Privaträume von Kerzenlicht auf Energiesparlampen umgestellt. Auch die externe Dusche, die mit idyllischem Blick ins Tal in einem kleinen überdachten Gemäuer angebracht ist, gewinnt ihr Warmwasser über auf dem Dach installierte Solarpaneele. Der Praxistest zeigt, dass das Heißwasser sprudelt, auch im Winter würde es funktionieren, erzählt Quim. Das Duschwasser wird wieder verwendet, zum Beispiel für die Bewässerung in den Gärten, nachdem es zuvor durch ein ausgeklügeltes Pflanzenreinigungssystem gereinigt worden ist. Das Denken in Kreisläufen wird groß geschrieben. »Wir orientieren uns am Ansatz der Permakultur«, beschreibt Quim das Konzept. Organische Abfälle werden kompostiert und zu verringern versucht. So weit es geht, werden sie wieder dem Stoffkreislauf zugeführt. So wie aus Duschwasser Bewässerungswasser wird, wird aus Kompost Dünger. Ein paar externe Bekannte experimentieren gerade mit einer Biogasanlage auf dem Gelände.

Das Wissen um umweltfreundliche Techniken haben sich die BewohnerInnen entweder über Bücher angeeignet oder haben es mitgebracht. Agronomen und UmweltwissenschaftlerInnen gehörten schon zu den ursprünglichen BesetzerInnen. Einige von ihnen sind immer noch dabei. Überhaupt halte sich die Fluktuation im Vergleich zu vielen städtischen Besetzungen in Grenzen. Der Kern des guten Dutzend Erwachsenen sind Katalanen, einige BesetzerInnen kommen aus anderen spanischen Regionen, LateinamerikanerInnen und als Exot ein Englischlehrer aus Irland komplettieren das Kollektiv. Und nicht zu vergessen eine Handvoll Kinder, wobei das Altersspektrum von rund 18 Monaten bis zu ein paar Teens reicht.

Selbst gemachte Pasta und Gemüse der Saison

Das gute Dutzend Menschen will erst mal ernährt werden. Selbstversorgung sei auch hier noch nicht erreicht, aber man befinde sich auf dem Weg, erzählt Quim. Beim Mittagessen am Tag der journalistischen Stippvisite wird das Ziel fast erreicht: Aufgetischt werden leckere mit der Nudelmaschine selbst gemachte Pasta und ein gemischter Salat der Saison. Dazu Wasser aus dem eigenen Brunnen und selbst gebackenes Brot. Nur der Café con leche nach der Mahlzeit ist Importware.

VegetarierIn aus Prinzip ist nur eine kleine Minderheit im Haus. Fleisch und Eier gibt es dennoch so gut wie nie – Fisch zuweilen. Dass es keine Eier mehr gibt, ist das Werk eines Fuchses. Er hat sämtlichen frei laufenden Hühnern den Garaus gemacht. Damit der zweite Versuch der Hühnerhaltung Erfolg versprechender ausfällt, baut Jordi gerade einen Hühnerstall, der dem Fuchs das Wildern verleiden soll. Beim Arbeiten hört Jordi Reggaeton und Reggae – die Stimmung ist entspannt.

Der Antrieb zur Arbeit ist die eigene Motivation. Wenige Meter vom künftigen Hühnerstall entfernt liegt das »Industriezentrum«, wie es Quim ironisch nennt. Da befindet sich unter anderem eine kleine Bieranlage, mit der nach Lust und Laune hin und wieder Bier gebraut wird. Zum Verkauf? Nein, wir sind nicht wettbewerbsfähig, das würde sich nicht lohnen. Am Geschmack liegt das nicht, ergibt die Verkostung. Wettbewerbsfähig ist man dagegen beim Brot. Im Nebenraum der Bieranlage befindet sich ein alter, großer Backofen. Er ist Hauptquelle der geringen Geldeinnahmen, über die die Kommune verfügt.

80 bis 100 Kilo Brot die Woche würden gebacken, so Quim, und alles über die rund 20 Kilo Eigenverbrauch wird über eine Landkooperative in der Nachbarschaft erfolgreich vertrieben. Weitere Einnahmequellen sind zwei Pferde und ein Pony, die gegen Entgelt in Pflege sind. Klar, wenn man offizielle Statistiken zurate zieht, würden die Bewohner mit monetären Maßstäben gemessen unter die Superarmen fallen. Durchgerechnet hätten sie ihr Pro-Kopf-Einkommen freilich noch nie, es reicht gerade so, beschreibt Quim die Lage. Schließlich seien auch die Kosten niedrig, da sie für Strom, Wasser und Miete entfallen.

Windenergie und Sonnenuhr: Die Natur als nachhaltig genutzter Bündnispartner — Alle Fotos: Martin Ling

Von der Weltwirtschaftskrise, die in Spanien zu einer Verdopplung der Arbeitslosenrate binnen Jahresfrist geführt hat, ist in »Kan Pasqual« nichts zu spüren. »Der Brotverkauf läuft wie immer«, erzählt Ricky, »Essen muss man schließlich auch in der Krise. Die Krise kann uns nichts anhaben, weil wir in die Kreisläufe der Geld- und Kreditwirtschaft so gut wie nicht einbezogen sind«, ist sich Ricky sicher.

Was in der Welt und in Spanien passiert, bleibt den BewohnerInnen von »Kan Pasqual« nicht verborgen, schließlich gibt es Internet. Auch realen Kontakt mit der Außenwelt jenseits von befreundeten Zirkeln gibt es durchaus. Mitten durch das Gelände von »Kan Pasqual« führt nämlich ein offizieller Wanderweg, den auch RadfahrerInnen gerne nutzen. Die zeigen sich zuweilen irritiert, wenn sie zur Mittagszeit auf einen reichlich besetzten Tisch auf dem schmalen Weg stoßen, und machen hin und wieder Anstalten umzukehren. »Sie dürfen weiterfahren, es passiert Ihnen nichts!«, heißt dann die Parole für ängstliche Unwissende.

Heißes Wasser dank der Kraft der Sonnenenergie: Solardusche im Praxistest

Wenn außerordentliche Investitionen zum Beispiel im Zusammenhang mit Baumaßnahmen anstehen, für die die normalen Einnahmen nicht genügend Mittel hergeben, dann wird einfach eine ería veranstaltet – ein Fest zur Generierung zusätzlicher Einnahmen. Dort, abseits der Konkurrenz der Massenproduktion, ist auch das Bier Marke Eigenbrau wettbewerbsfähig.

Die Pferdepflege sichert ein geringes monetäres Einkommen

Auf der Suche nach den Rissen der Gesellschaft

Nicht nur bei den Festen schaut man über den eigenen Tellerrand. Schmoren im eigenen Saft ist die Sache der Kommunarden nicht. »Kan Pasqual« ist nur eine von inzwischen über einem Dutzend Besetzungen in der Hügelkette Collserola. Gemeinsam setzen sie sich gegen die fortschreitende Betonierung der stadtnahen Landschaft zur Wehr. Der Expansion der Metropole Barcelona ist zwar durch das Meer und das Küstengebirge natürliche Grenzen gesetzt, aber die zweite Grenze lässt sich nach hinten verschieben.

War es in den 1960er Jahren noch die industrielle, so ist es inzwischen vor allem die touristische Erschließung, die zur Versiegelung von Land führt. Wälder, Weinberge, Gemüsegärten und Bäche mussten dem Beton im Laufe der Jahrzehnte weichen. Dass die verbliebenen rund 8.000 Hektar Waldfläche der Collserola nicht dasselbe Schicksal erleiden, ist das Ziel der Landbesetzungen. Man kennt sich, ist gut vernetzt und trifft sich zum Erfahrungsaustausch, hin und wieder auch im größeren Rahmen wie bei den »Jornadas de ocupación y preocupación rural« (Tage der Besetzung und ländlichen (Vor)Sorge) im Jahre 2006 auf »Kan Pasqual«.

Dass in Barcelonas Stadtregierung inzwischen die ÖkokommunistInnen der »Iniciativa per Catalunya Verds« (Initiative für ein grünes Katalonien) als Juniorpartner vertreten sind, hat an der Problematik nicht das Geringste geändert. »Seit die Grünen mit an der Macht sind, haben sie all ihre Vorsätze aus der Opposition über Bord geworfen«, stellt Quim nüchtern fest. Bündnispartner gegen Naturverbrauch und für den Aufbau einer nachhaltigen Gesellschaft kann Quim im Parteienspektrum nicht ausmachen. Es hilft nur die Besinnung auf sich selbst.

Die Grundsätze, an denen sich »Kan Pasqual« orientiert, sind auch für die anderen Besetzungen maßgeblich: Ein möglichst großes Maß an Selbstversorgung auf der Basis lokaler Ressourcen ist die Richtschnur. Dass man »Babylon« damit nicht in Gänze entkommt, ist allen klar.

Auch wenn Autonomie groß geschrieben wird – der Staat wird nicht verbissen als militant zu bekämpfender Gegner betrachtet. Zwar wird ähnlich wie bei den Zapatisten im mexikanischen Chiapas an den Aufbau alternativer Grundschulen gedacht, aber da wie dort würde im weiterführenden Bereich noch kein Weg an öffentlichen Schulen vorbeiführen, meint Quim in gelassenen Realismus.

»Wir sind uns bewusst, dass wir trotz allem Teil dieser Gesellschaft sind, wir suchen jedoch ihre Risse und versuchen, sie zu vertiefen, in der Hoffnung, dass sie irgendwann einstürzt.« Ganz so radikal wie diese Selbstbeschreibung kommt »Kan Pasqual« nicht rüber. Man harrt gelassen, relativ frei und bescheiden der Dinge, die da kommen. Das immerhin schon seit 13 Jahren. Der steile und lange Weg ist gleichermaßen das Ziel.●

* Alle Namen von der Red. geändert

Aus: ak – zeitung für linke debatte und praxis / Nr. 545 / 18.12.2009

Über »Kan Pasqual«:
www.youtube.com/watch?v=OY3hZI2Zy5w&NR=1
Biogasanlage »Kan Pasqual«:
www.youtube.com/watch?v=wZdr7A-kubE

FAIRPLA.NET EG, MÜNSTER

Energiegenossenschaften

Klimaschutzbrücken zwischen Arm und Reich

Internationale Genossenschaft für Klima, Energie & Entwicklung

Die Münsteraner fairPla.net eG verknüpft seit Anfang 2007 den Bau von Erneuerbaren Energieanlagen mit einem genossenschaftlichen Organisationsrahmen. Ihre GründerInnen und Mitglieder sehen Energieerzeugung, wechselseitige Solidarität und Klimaschutz im globalen Zusammenhang. Das drückt sich unmittelbar in den Projekten aus, die sie finanzieren: neben Photovoltaikanlagen in Deutschland beispielsweise ein Biomasse-Dorfkraftwerk in Bihar, einer der ärmsten Regionen Indiens.

Einweihung einer Photovoltaikanlage von fairPla.net am Campus Steinfurt der FH Münster mit Angehörigen der FH und des Gebäudeeigentümers BLB NRW

Norbert Wienke, Red. Genossenschaften ● Die Mitglieder der Energiegenossenschaft fairPla.net – mehr als 720 sind es aktuell – stammen nicht nur aus allen deutschen Bundesländern und dem europäischen Ausland, sondern u.a. auch aus Afghanistan, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Südkorea und Indien. Bei allen Unterschieden in ihrer Herkunft und ihren Motiven fühlen sie sich gemeinsam den zentralen Forderungen der internationalen Klimawissenschaftler verpflichtet: Klimaschutz muss international gestaltet werden, wenn er zum Erfolg führen soll. Dazu müssen die Industriestaaten nicht nur ihre eigenen CO_2-Emissionen reduzieren, sondern zugleich die benachteiligten Regionen der Erde finanziell und technologisch so unterstützen, dass sie einen klimaschonenden Entwicklungsweg einschlagen können.

Global-gemeinschaftliches Konzept

Bei der Umsetzung dieser Erkenntnisse lässt sich fairPla.net von einer Investitionsstrategie leiten, die auf der ersten Generalversammlung von den Mitgliedern beschlossen wurde: 75% der Genossenschaftsanteile sollen in Erneuerbare-Energieanlagen und potentiell auch in Energieeffizienzprojekte in Deutschland investiert werden, 15% in nachhaltige Energie- und Entwicklungsprojekte in Armutsregionen, 10% dienen als Liquiditätsreserve insbesondere in der schwierigen Anfangsphase. Der relativ hohe Anteil an Projekten in Deutschland soll helfen, Risiken aus den Auslandsprojekten abzufedern.

Kraftwerk in Indien mit Betriebsführer

»Mit diesem global-gemeinschaftlichen Genossenschafts-Modell«, so Edgar Boes-Wenner vom fairPla.net-Vorstand, »lässt sich keine beeindruckende Rendite erzielen – aber in jedem Fall Gewinn für Mensch, Umwelt und Gerechtigkeit.« Seine Kollegin Sabine Terhaar pflichtet ihm bei: »Wir tragen nicht nur Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln, sondern auch gegenüber den anderen Hauptleidtragenden des Klimawandels: Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die im Gegensatz zu uns nicht oder kaum zum Klimaproblem beigetragen haben.«

Solarer Start in Münster

In diesem Sinne hat fairPla.net z.B. eine 151kW große Solarstromanlage auf einer Schule im westfälischen Münster errichtet, drei Photovoltaikanlagen auf Gebäuden der Fachhochschule Münster sowie weitere Anlagen auf Schul- und Kirchendächern in Hamm. Parallel finanzierten die Mitglieder ein Dorfenergieprojekt im nordindischen Bihar mit. DESI Power, Partner vor Ort, errichtete dort ein Biomassekraftwerk, das nicht nur Strom produzieren, sondern auch Arbeitsplätze schaffen soll. Das Dorfkraftwerk sorgt für eine gesicherte Energieversorgung und legt damit die Basis für Kleinbetriebe in Landwirtschaft und Handwerk.

Es ermöglicht den Betrieb von Bewässerungspumpen für die Landwirtschaft, von Reisschälmaschinen, Brikettierungsmaschinen für lokale Brennstoffe auf der Basis von Biomasse oder von Batterieladestationen. »Insgesamt können wir in dieser Kombination von Kraftwerk und kleinen Betrieben 30 bis 50 Arbeitsplätze im Dorf schaffen«, fasst Dr. Hari Sharan die besonderen Chancen dieses Ansatzes von DESI Power zusammen. So werden lokale Wirtschaftskreisläufe in Gang gesetzt, die dem Dorf einen echten wirtschaftlichen Gewinn bringen. Den Gewinn für die Welt sieht Hari Sharan in den Klimagasreduktionen. »Denn immerhin verringert dieses Dorfprojekt die Emissionen um 500t CO_2 pro Jahr, in 15 Jahren eine Summe von 7.500t«, rechnet Sharan vor.

Professionelle Erfahrungen

In gleicher Weise konnten die Initiatoren von fairPla.net schon in früheren Jahren Klimaschutzbrücken errichten: von mehreren Wind- und Solarstandorten in Deutschland nach Drushnaja, einem Dorf für Tschernobylumsiedler in Weißrussland; ins kalte Hochland der argentinischen Anden mit der Förderung von Solarheizungen und Solarkochern für indianische Kindergärten; oder zu einem Produktionsbetrieb angepasster Solar- und Windkrafttechnologie für ländliche Regionen in Afghanistan.

Auf Dauer soll den fairPla.net-Mitgliedern aus der Mischung der Projekte eine Dividende von 2-3% zufließen. »Doch bis dahin«, so Edgar Boes-Wenner, »werden in Anbetracht der Anlaufkosten und der geringen Gewinnspannen sicherlich einige Jahre ins Land gehen müssen.« Das erklären er und seine Kollegin auch allen InteressentInnen, bevor diese sich für oder gegen eine Mitgliedschaft entscheiden.

DESI Power, Kooperationspartner von fairPla.net errichtet in Indien nicht nur Dorfkraftwerke, sondern bildet auch Frauen und Männer für das Management der Kraftwerke und angeschlossenen Kleinbetriebe aus.

»Der finanzielle Rahmen«, so Sabine Terhaar, »in dem wir uns bewegen, ist begreiflicherweise eng. Der Verwaltungsaufwand für die erfreulich hohe Zahl von Mitgliedern erweist sich als beträchtlich. Unseren Aufwand für die Entwicklung der Auslandsprojekte können wir nicht in die Projektkosten einrechnen. Umso mehr sind wir darauf angewiesen, anerkannte, qualifizierte Partnerorganisationen wie DESI Power zu finden, die den Löwenanteil unseres Engagements in diesem Bereich stemmen.«

Dächer als Engpass

Das Photovoltaik-Boomjahr 2009 wirkte sich für fairPla.net eher negativ aus: Angesichts der enorm günstigen Finanzierungskonditionen sprangen vermehrt finanzkräftige Investoren auf den Photovoltaikzug auf. In Anbetracht der Pachtzahlungen, die sie – oft genug vorab – leisten konnten, zog fairPla.net bei der Dachakquise ein ums andere Mal den Kürzeren. Doch nur wenn fairPla.net auf Dauer 75% der Genossenschaftsanteile z.B. in Photovoltaik-Projekte investieren kann, bleibt auch Spielraum für die Partnerprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Deshalb hofft Edgar Boes-Wenner »für 2010 auf Dacheigentümer, die gemeinsam mit uns einen Beitrag zu global-gerechtem Klimaschutz leisten möchten.« »Und die verstehen, dass wir im Interesse unserer gemeinsamen globalen Zukunft finanzielle, ökologische und soziale Rendite gegenrechnen müssen«, ergänzt Sabine Terhaar.●

Weitere Informationen: www.fairpla.net

Anzeige

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört. Informativ, knapp und klar: Ossietzky

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Bestelladresse:
Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

www.ossietzky.net

ENERGIEGENOSSENSCHAFT ODENWALD EG

Energiegenossenschaften

Ausgeprägte Kooperation verschiedener Akteure als Erfolgsfaktor

»Odenwälder investieren in den Odenwald«, mit diesem Konzept macht derzeit die Energiegenossenschaft Odenwald bundesweit auf sich aufmerksam. Ihr wurde am 28. Oktober 2009 anlässlich der 2. Fachtagung »Regionale Energieversorgung gestalten« in Wörrstadt der GenoPortal-AWARD Energie verliehen. Zu Recht – durch die dynamische Entwicklung kommt dieser Genossenschaft eine Vorbildfunktion zu. Aktuell sind zur Absicherung der schnellen Entwicklung erste Festeinstellungen geplant.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Bei dem Wettbewerb zum Energie-AWARD des GenoPortals werden deutschlandweit Institutionen rund um das Thema Energie anhand unterschiedlicher Kriterien bewertet. Als Bewertungsgrundlage dient der Jury unter anderem die Vorgabe, dass sich die Projekte einer regionalen Energieversorgung durch ihre regionale, rückgebundene und vernetzte Struktur hervorheben. Die Möglichkeit und Umsetzung der Beteiligung unterschiedlicher Zielgruppen – Bürger, Städte, Gemeinden und Unternehmen – an der Energiegenossenschaft, wurde seitens der Jury besonders hervorgehoben. Die Energiegenossenschaft Odenwald stelle in idealer Form die Bündelung eines regionalen bürgerschaftlichen Engagements dar. Mitglied kann »jeder« werden mit der Zeichnung mindestens eines Anteils in Höhe von 100 Euro.

Schnelle Projektentwicklung

Bisher überzeugt die Energiegenossenschaft im Vergleich zu ähnlichen Ansätzen durch ihre dynamische Entwicklung. Sie wurde am 16.02.2009 gegründet und konnte in kürzester Zeit zahlreiche Projekte in der Region anstoßen – und umsetzen. Am 28.08.2009 nahm sie ihre erste Bürgerphotovoltaikanlage in Erbach in Betrieb als feierliche Inbetriebnahme auf den »Bierhallen«. Diese war Startschuss der Installation für eine Reihe weiterer Anlagen und Projekte in der Region. Beispielsweise wurde bis Ende August auf dem Dorfgemeinschaftshaus in Rehbach die nächste Bürgerphotovoltaikanlage gebaut. Diesem Projekt folgte der Bau einer Anlage auf der Fritz-Walther-Halle in Lützelbach. Bis Ende 2009 waren bereits zwölf Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und privaten Dächern errichtet und angeschlossen. Über 200 Mitglieder, die ein Eigenkapital von rund 350.000 Euro gezeichnet haben, brachten somit ein Investitionsvolumen von über 3 Mio. Euro auf die Beine.

Auf ihrer Website spricht die Genossenschaft Anfang 2010 von 38 weiteren in der Planung befindlichen Projekten. Die einzelnen Projekte in der Region können vor Ort besichtigt werden. Ein Flug in die Wüste oder die Buchung von Auslandsreisen, wie bei vielen Fondsangeboten, ist dafür nicht erforderlich. Mit Hilfe dieser »greifbaren Aktivitäten« wird aber nicht nur die Attraktivität der Region als Wirtschafts- und Wohnstandort gesteigert. Sie sind auch eine direkte Förderung der regionalen Ökonomie. Die Genossenschaft vergibt ausschließlich Aufträge an heimische Firmen. Sie stellt so sicher, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt.

Volksbank als Promotor

Die Gründung der Energiegenossenschaft Odenwald beruht auf einem Ansatz, der als Weser-Ems-Modell bezeichnet werden kann. Der dortige Genossenschaftsverband entwickelte als erster ein Konzept, in dessen Mittelpunkt eine Volks- oder Raiffeisenbank steht. Diese übernimmt die Promotorenfunktion vor Ort, steht für die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit, erleichtert die erforderlichen Finanzierungen, übernimmt eine zentrale Vernetzungsfunktion in der Region und sichert in vielen Fällen die notwendigen Kommunikations- und Verwaltungsaufgaben. Bei der Energiegenossenschaft Odenwald dient die Volksbank Odenwald als logistisches Standbein. Sie unterstützt die neue Genossenschaft als Starthilfe personell, räumlich und im Bürokostenbereich. Ihr Engagement wird von Beginn an ergänzt durch Beteiligungen der Städte Erbach und Michelstadt.

Diese drei Akteure waren bereit, die ersten Anteile zu zeichnen und holten von Beginn an weitere Partner mit ins Boot. Das führte zum Start des Unternehmens unter Mitwirkung von rund einem Dutzend öffentlicher Stellen sowie mehrerer Firmen. Damit waren von Anfang an alle drei angestrebten Zielgruppen vertreten, von denen die Bewohner der Region die wichtigste bilden. »Die Platzierung unseres Unternehmens als Bürgerzusammenschluss ist geglückt«, lautet entsprechend die erste Zwischenbilanz von Vorstandsmitglied Christian Breunig, gleichzeitig Vorstandsassistent der Volksbank. Mitglieder sind inzwischen gut 70 Einzel- und Familienmitgliedschaften, die von rund 25 Firmen- und einzelnen kommunalen und öffentlichen Beteiligungen flankiert werden.«

Einbindung von Gemeinden

Obwohl der Fokus auf die direkte Bürgerbeteiligung gerichtet ist, forciert der Genossenschafts-Vorstand immer wieder die Gewinnung von Gemeinden als Mitglieder der Genossenschaft. Dazu gehören Beitritte von Lützelbach sowie Reichelsheim. Mitgliedschaften weiterer Kommunen stehen an. »Erstens sorgen solche für die Identifikation der lokalen Bevölkerung, und zweitens verfügen gerade die Kommunen oft über Immobilien, die sich vom Zuschnitt her dafür eignen, einer gemeinschaftlich getragenen Photovoltaikanlage Platz zu bieten«, begründet Breunig seine Werbetournee durch Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Ihm gelang es so, sämtliche Kommunen im Kreis Odenwald von einer Mitgliedschaft zu überzeugen.

Städte und Gemeinden kommen dabei eher für eine passive Mitwirkung in Frage: Sie stellen kommunale Gebäude zur Bebauung mit Solarzellen zur Verfügung und erhalten dafür Mietzahlungen durch die Energiegenossenschaft. Mit dem gleichen Anliegen können sich auch Firmen und Privatleute einbringen. Die Eigenkapitalaufbringung erfolgt dabei über die Genossenschaftsanteilszeichnungen aller Mitglieder. Im Sinne des Genossenschaftsgedankens ist es aber erwünscht, dass sich alle Vermieter von Dächern zumindest mit der Mindestsumme unter die Anteilseigner einreihen.

Die Inbetriebnahme der ersten Solaranlage in Erbach wurde mit den Mitgliedern gefeiert

Symbolik und Engagement spielen für Energiegenossenschaften eine wichtige Rolle

Erweitertes Leistungsspektrum

2010 sollen der Bau einer Wasserkraftanlage sowie die Unterstützung bei Energiesanierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Im Unterschied zu vielen anderen Photovoltaikgenossenschaften ist die Energiegenossenschaft Odenwald damit auch beratend tätig. Für Privatpersonen, die eine eigene Photovoltaikanlage bauen oder ihr Dach vermieten möchten, erfolgt eine Unterstützung in sämtlichen Bereichen. Von der Angebotserstellung, bis hin zur Finanzierung und Versicherung der Anlage können Interessierte über die Genossenschaft »alles aus einer Hand« kompetent und zuverlässig erhalten.

Zusätzlich wird die Energiegenossenschaft auch die Unterstützung bei der Energieeinsparung anbieten. Hier können Privatpersonen und Unternehmen unter dem Titel »Mein Projekt« eine komplette Gebäudeanalyse im Bereich Energie erstellen lassen. Von der Wärmedämmung über die Dachsanierung, bis hin zum Heizungsbau sowie Zuschuss und Fördermöglichkeiten, ist es so möglich, ein komplettes »Energie-Exposé« seines Gebäudes zu erhalten. Mitglieder bekommen dieses Exposé mit Finanzierungsvorschlag kostenlos. Eine Finanzierung für die Genossenschaft erfolgt über den Energieberatungszuschuss und einer Provisionsvereinbarung von 4 bis 5% mit den Firmen, die einen Auftrag erhalten.

Die drei E's: 1) Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien, **2)** Energieeinsparungen und **3)** Energieeffizienz sind somit mittelfristig die strategischen Schwerpunkte für die Wertschöpfung der Genossenschaft. Die Angebotserstellung zu den unterschiedlichen Gewerken sowie für die Energieberatung wird ausschließlich bei Odenwälder Firmen eingeholt. Ausschließlich werden auch Aufträge zur Realisierung der Projekte nur an Unternehmen der Region vergeben. Aus dem erstellten »Energie-Exposé« heraus sind dann sämtliche Möglichkeiten sowie Kosten und Zuschüsse bei den unterschiedlichen Gewerken ersichtlich. Auf diese Weise kann jeder Interessierte vor Ort eine umfassende und detaillierte Übersicht bekommen, um fundiert über die weitere Vorgehensweise für »sein Projekt« zu entscheiden.

Integration von Firmen-Know-how

Durch die systematische Einbindung von Unternehmen integriert die Energiegenossenschaft das erforderliche Fachwissen. So gehören die »Schwinn Solarwerkstatt«, die Firma »eConzept« als auch die Firma »Ralos« bereits zu den Gründungsmitgliedern. Die Solarwerkstatt ist ein Handwerksunternehmen im Bereich Heizungs-, Sanitär- und Elektrotechnik. Dieser hat sich als Fachbetrieb auf die Nutzung regenerativer Energien spezialisiert. Gleiches gilt für die E-Concept GmbH, die sich als Elektro- und Heizungsfachbetrieb neben den allgemeinen Aufgabengebieten der Elektrotechnik seit 1999 immer stärker auf die regenerative Energietechnik ausrichtet. Ralos versteht sich als Systemanbieter im Bereich der Photovoltaik. Die Firma entwickelt, plant, und baut Photovoltaikanlagen. Diese Unternehmen und weitere wie »OREG«, »Brenergo« und »Quint sdi« sollen zukünftig einen Fachbeirat »Photovoltaik« bilden, um die Arbeit der Genossenschaft fachlich zu unterstützen.

Entsprechend würdigt Christian Breunig anlässlich der Urkundenübergabe für den Energie-AWARD auch diese Formen der Zusammenarbeit: »Dies ist nicht nur eine Auszeichnung für die Energiegenossenschaft, sondern für den gesamten Odenwald.« Ausdrücklich benennt er die hervorragende Zusammenarbeit und Unterstützung durch die OREG bzw. der Brenergo Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH, die seit Jahren als Impulsgeber im Bereich der regenerativen Energien im Odenwald tätig sind.

Innovative Finanzierung

Ungewöhnlich ist die gewählte Finanzierungsform der Genossenschaft. Finanziert wird über sogenannte Cap-Darlehen. Ein Cap-Darlehen ist ein Darlehen mit variablem Zins, bei dem der Zinssatz jedoch eine Zinsobergrenze (den Cap) nicht überschreitet. Ökonomisch handelt es sich um ein Kombiprodukt aus einem festverzinslichen Darlehen und einem Zinsderivat (einem Zinscap). Das entsprechende Wertpapier ist ein Cap-Floater.

Das Cap-Darlehen unterscheidet sich von einem »normalen« Darlehen dadurch, dass der Zinssatz nicht auf einen zum Teil Jahre, sondern nur auf wenige Monate dauernden Zeitraum festgesetzt und dann erneut anhand eines kurzfristigen Zinssatzes (z.B. nach dem EURIBOR) angepasst wird. Gegen einen deutlichen Zinsanstieg ist das Darlehen abgesichert, indem eine Zinsobergrenze vereinbart wird, bei der Energiegenossenschaft mit einer Obergrenze von 2,98%. Auf diese Weise gelingt bei einigen Anlagen zeitweise eine Finanzierung mit 1,75%. Auch für die Bank selbst erweisen sich diese Kredite bisher attraktiver, als wenn eine Finanzierung über KfW-Kredite oder Baudarlehen erfolgt wäre.

Unterschiedliche Mitgliederförderung

Wer die vergleichsweise schnelle Entwicklung der Energiegenossenschaft Odenwald verstehen will, sollte erkennen, dass hierfür ein fruchtbares Wechselspiel unterschiedlicher Mitglieder ausschlaggebend ist. Auch wenn bürgerschaftliches Engagement für die Außendarstellung und die emotionale Einbindung eine wichtige Rolle übernimmt. Entscheidend ist die wirtschaftlich differenzierte Förderung von jeweils anders gearteten Mitgliederinteressen. Unterschiedliche Mitgliedergruppen übernehmen jeweils andere Aufgaben und erhalten dafür verschiedene »Gegenleistungen«:

1) Die Volksbank als Promotor erschließt sich neue Kundengruppen und erweitert ihr Kreditgeschäft um ein attraktives Geschäftsfeld.
2) Die Gemeinden als Dachvermieter bekommen dafür zusätzliche Erträge über die Pacht, setzen so die politischen Klimaschutzziele um und gewinnen an Image und Attraktivität.
3) Die Firmen als Know-how-Träger erhalten preisgünstige Öffentlichkeitsarbeit und akquirieren Aufträge.
4) Die Bürger als Eigenkapitalgeber erschließen sich eine relativ sichere Geldanlage mit attraktiven Dividenden bei gleichzeitig berechtigt gutem Gewissen.

Nicht umsonst wirbt die Energiegenossenschaft Odenwald für ihren Ansatz als Modellprojekt für viele Gewinner.●

Weitere Informationen:
www.energiegenossenschaft-odenwald.de

FRIEDRICH-WILHELM RAIFFEISEN ENERGIE EG

Energiegenossenschaften

Jedem Dorf seine Energie eG

ein Modell zur Vervielfältigung

Zwei Jahre hat die »Agrokraft GmbH« (eine Tochter vom bayerischen Bauernverband und Maschinen- und Betriebsring Rhön Grabfeld), begleitet von Genossenschaftsverband Bayern und der VR-Bank Rhön-Grabfeld, an einem Konzept gearbeitet, um das Energiepotential von Solardächern zu nutzen. Gesucht, und am Ende gefunden, wurde mit der »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« eine Unternehmensform. Diese vermag, möglichst viele Projekte unter einem unternehmerischen Dach zu realisieren. Das Konzept wird zur Verbreitung – in jedes Dorf eine Energiegenossenschaft – preisgünstig zur Verfügung gestellt.

Michael Diestel, Red. Genossenschaften ● Friedrich-Wilhelm Raiffeisen (1818-1888) sah sich als junger Bürgermeister im Westerwald schier unlösbaren Problemen ausgesetzt: Hunger, Armut, Überschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe und vieles mehr. Der ländliche Raum in einer schier ausweglosen Situation. Die Not hat Raiffeisen erfinderisch gemacht. Beispielhaft ist seine Vorgehensweise »Entwicklung und Verbreitung des genossenschaftlichen Systems«. Eben dieses System war es, das aus der ersten Weltwirtschaftskrise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geführt hat. Das Zusammenrücken der bäuerlichen Bevölkerung fand Ausdruck in den Darlehenskassenvereinen, Warenbezugsgenossenschaften, Viehhandelsgenossenschaften, Winzergenossenschaften, Molkereigenossenschaften und vielem mehr.

Energieprojekte ermöglichen

Heute: Auch wir stehen vor manchmal fast unlösbar anmutenden Problemen. Und die heißen: Klimawandel, Endlichkeit fossiler Energieträger, weltweite Armut, mangelnde Perspektive in ländlichen Räumen. Von Raiffeisen zu lernen, heißt einmal mehr von der Geschichte zu lernen. Im Blick nach vorn lohnt der Blick zurück. Warum die »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG«? Nach wie vor verfügen wir deutschlandweit über ein riesiges Potential an Dächern, die gemeinschaftlich mit Photovoltaiktechnologie ausgestattet werden könnten. Zu Gemeinschaftsdächern zählen vor allem Kommunaldächer, Vereinsdächer, Kirchendächer. Aber auch Unternehmen und Landwirte verfügen oftmals über ein Dachpotential, das mit Photovoltaik auszustatten ihre eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten oft übersteigt.

Es gibt zwei limitierende Faktoren, die die Realisierung von Gemeinschaftsprojekten immer wieder schwierig machen. Zum einen der Mangel an Initiativkräften, das heißt an Menschen, die wirklich bereit sind, Projekte für andere auf den Weg zu bringen und (meist kostenlos) Verantwortung als Geschäftsführer oder Vorstände zu übernehmen. Der andere limitierende Faktor ist die Gesellschaftsform. Oft wird auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GdbR) zurückgegriffen. Wohlwissend, dass hier die Haftung in voller Höhe bis in das Privatvermögen eines jeden einzelnen Gesellschafters reicht.

Anlage in Großbardorf

Pilotprojekt zum Austesten

Die Aufgabe diese Begrenzungen aufzubrechen, mutete zu Beginn an wie die Quadratur des Kreises und doch konnte im Juni 2008 die »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« gegründet werden. Dann hat es ein halbes Jahr gedauert bis das erste Projekt, eine Photovoltaikanlage auf den Dächern des Stadtbauhofes Bad Neustadt mit 250kWp, realisiert werden konnte. Die 35 Gesellschafter sind zwischen 8 und 88 Jahre alt. Zwischenzeitlich haben 240 Gesellschafter 12 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1,4MW realisiert (Größenordnung zwischen 7 und 260kWp).

Die Vorgehensweise, hier am Beispiel Photovoltaik: Die »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« pachtet Dächer zur Realisierung von Photovoltaikanlagen an. Nach dem Kirchturmprinzip sollen sich bei Realisierung des Projektes zunächst all die Menschen an diesem Einzelprojekt beteiligen können, die an, um oder unter der Anlage leben, beten, arbeiten oder Sport treiben. Das schafft Identifikation. Und das hemmt den Neid, die Mutter aller verlorenen Projekte.

Dachmieten als Sozialförderung

Die Höhe der Dachmiete ist dabei nicht zuletzt abhängig von den Renditeerwartungen der Gesellschafter. Gerade bei Projekten mit Dächern von Kirchengemeinden oder Sportvereinen sind die Gesellschafter durchaus bereit, die Renditeerwartung herunterzuschrauben, eben zu Gunsten einer höheren, gegebenenfalls in einem einmal auszuzahlenden Betrag kapitalisierten Miete zugunsten ihrer Kirche oder ihres Vereins. Dieses Geld kann dann Verwendung finden bei der Renovierung einer Orgel oder bei einer Investition im Sportverein.

Motto »Das Geld des Dorfes dem Dorfe« (historisches Schild)

Gegenforderung zur Senkung der Einspeisevergütung:

Kleinprojekte verstärkt unterstützen

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SVF) protestiert nicht nur gegen die geplante Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom. Solarstromanlagen würden bei Fortsetzung des bisherigen Ausbautempos bereits in zehn Jahren die Hälfte des jetzigen Strombedarfs decken. Der Neubau von Kohlekraftwerken und der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken könnten unterbleiben. Eine Reduzierung der Vergütungen führt nach Einschätzung des SFV dazu, dass Investitionen in die Solartechnik unterbleiben oder sich zumindest erheblich verlangsamen. Auch den klein- und mittelständischen Solarinstallationsbetrieben wird erheblicher Schaden zugefügt. Gute Arbeit sollte angemessen bezahlt werden. Entsprechen muss sich auch das Installieren und Betreiben von Solarstromanlagen finanziell lohnen. Der Verein fordert deshalb die sofortige Rücknahme der verschärften Vergütungsdegression und stattdessen die Wiedereinführung der bis dahin geltenden Fünf-Prozent-Degression, ferner die Einführung eines Gebäude-Integrationsbonus und einer erhöhten Einspeisevergütung für Kleinanlagen bis 10 Kilowatt. Für Photovoltaikgenossenschaften wäre dies eine sinnvolle Entwicklung, weil diese sich eher auf kleine und mittlere Solaranlagen konzentrieren.
Nähere Infos gibt es im Internet unter www.sfv.de

Die Finanzierung der Anlage erfolgt zu 30% über Eigen- und zu 70% über Fremdkapital. Das Eigenkapital wird über nachrangige Darlehen von den Gesellschaftern eingesammelt. Eine Beteiligung von 2.000 Euro beziehungsweise einem Vielfachen, gliedert sich auf in 100 Euro Genossenschaftsanteil und 1.900 Euro nachrangiges Darlehen. Die Zinsen, die dem Investor für das nachrangige Darlehen gewährt werden, liegen zumeist bei 5,5%, wobei in Abhängigkeit von der tatsächlichen Leistung Boni von bis zu 5% gewährt werden. Aus steuerlicher Sicht ergibt sich der Vorteil, dass Zinseinkünfte lediglich mit dem pauschalen Abgeltungssteuersatz zu versteuern sind und nicht mit dem persönlichen (Spitzen-) Steuersatz.

In der Praxis bewährt

Die Praxis hat die Tauglichkeit des Konzeptes in vielfacher Weise unter Beweis gestellt. Herausragendes Beispiel ist dabei eine Tribünenüberdachung. Diese wünschte sich nämlich der TSV Großbardorf. Der Sportverein hatte eigentlich kein Geld für eine solche Investition. 70 Gesellschafter haben sich mit jeweils 2.000 Euro beteiligt, ihre Renditeerwartung auf 3% heruntergeschraubt und damit eine über 20 Jahre kapitalisierte und sofort ausgezahlte Miete in Höhe der notwendigen Investition für das Tribünendach ermöglicht. Win-Win-Win im ländlichen Raum. Alles erscheint nun möglich.

Mit diesem Ansatz können Energieprojekte umgesetzt werden, die sich völlig unterscheiden können hinsichtlich

● Technologie (zum Beispiel Hackschnitzel, Heizanlagen und Photovoltaik)
● Anlagengröße (zum Beispiel Photovoltaik von 7kWp bis 280kWp) und
● bei jedem Projekt separat berechnete Rentabilität für die beteiligten Gesellschafter (von 3% bis 5,5% + Boni)

Und dabei ist die »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« offen für neue Gesellschafter, die mit jedem Projekt völlig unkompliziert aufgenommen werden können.

Das Energiesparbuch

Viele Menschen haben den Überblick über ihre Geldanlagen verloren. Sie haben das Geld in die große weite Welt geschickt, es aus den Augen verloren und wundern sich nun, dass es nicht mehr zurückkommt. Überblick verschaffen als Aufgabe: Einmal jährlich erhalten die Gesellschafter über jedes Projekt, an welchem Sie beteiligt sind, einen Brief mit Klebestreifen, auf dem prognostizierte Zinsen neben tatsächlichen Zinsen und prognostizierte CO_2 Einsparung neben tatsächlicher CO_2 Einsparung vermerkt sind. Der Streifen wird in ein für jedes Projekt ausgehändigtes Energiesparbuch eingeklebt, nach dem Vorbild des guten alten Sparbuches. Für die Verantwortlichen immer wieder spannend, ob am Ende eines Jahres mehr gehalten wird als man versprochen hat.

Friedrich-Wilhelm Raiffeisen ist es gelungen, vielleicht erstmalig, in der Wirtschaftsgeschichte ein bis heute erfolgreiches »Franchise-System« auf den Weg zu bringen. Sein Konzept der Darlehenskassenvereine und der ländlichen Genossenschaften erfuhr weltweit Nachahmung. Dem Vorbild Raiffeisens folgend will die »Agrokraft GmbH« als Entwickler dieses Konzeptes allen Interessierten anbieten, ebenfalls »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eGs« zu gründen. Die Genossenschaften sind dabei nicht Ableger, sondern gleichberechtigte und völlig selbstständige Partner. Und Partnerschaft soll auch nur in dem Maße ausgelebt werden, wie dies für die jeweiligen Einrichtungen sinnvoll erscheint.

Schafft viele Energiegenossenschaften

Für einen niedrigen Betrag soll Interessierten das Gesamtkonzept der »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« zur Verfügung gestellt werden. Neben dem kompletten Businessplan sowie an den Einzelprojekte angelehnte Rentabilitätsberechnungen gehören zum Gesamtpaket Logo, Internetauftritt, Werbematerial, Prozessablaufpläne mit allen notwendigen Schreiben zur Gründung einer Genossenschaft und zur Realisierung des ersten und aller weiteren Projekte. Tatsächlich reduziert sich damit der zur Gründung einer Genossenschaft notwendige Aufwand auf ein Minimum. Interessierte können sich somit auf das Kerngeschäft konzentrieren, die Realisierung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien.

Dem Beispiel Raiffeisens folgend ist das Ziel, eigenständige Genossenschaften zu gründen, die auch nicht über einen Franchise-Vertrag an einen Franchise-Geber gebunden sind. Einzige Voraussetzung ist, dass der regionale Genossenschaftsverband die Prüfung durchführt, sodass weitestgehend gesichert ist, dass die lokale »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« (in der Bezeichnung ergänzt, durch den Namen von Stadt, Dorf oder Region) zuverlässig aufgestellt ist. Ziel ist es mit einer gewissen Systematik die oben genannten Dacheigentümer mit Realisierung eines erfolgreichen Projektes anzusprechen. Im Kampf gegen den Klimawandel haben wir keine Zeit zu verlieren, von daher ist es notwendig, prozessoptimiertes Handeln von den Großen (von Aldi bis zu Mc Donalds) zu lernen.

Für viele Dacheigentümer stellt sich die Frage: Selber bauen oder an eine »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG« vermieten. Unsere Erfahrung zeigt, dass die steuerlichen Vorteile sowie ein deutlich reduziertes Risiko durch eine Beteiligung gegenüber dem Eigenbau und die Übertragung der Verantwortung oft für eine Verpachtung der Dachfläche sprechen.

Potentiale vor Ort nutzen

Es gilt die Dörfer in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Potential in Form von Sonne oder Wind und Biomasse zu nutzen. Wer aufmerksam Prospekte von Großprojekten im Bereich der erneuerbaren Energien liest, der weiß um die Höhe der sogenannten weichen Kosten. Somit stellt sich die Frage, ob selber machen durch Kommune und ländliche Bevölkerung nicht am Ende mehr Geld in der Region verbleiben lässt. So ist dem ländlichen Raum zu raten, alles zu unternehmen, um das Potential selbst zu nutzen, das ihm nur in einem beschränkten Maße zur Verfügung steht. Und selber machen, das heißt, gemeinsam mit den Menschen eines Dorfes oder einer Region eine Genossenschaft zu gründen als Basis für das eigene Potential. Über Jahrzehnte haben die Darlehenskassenvereine mit dem Satz geworben: »Das Geld des Dorfes dem Dorfe.« Dieser Satz ist angesichts der Weltwirtschaftskrise aktueller denn je. Er fordert uns geradezu auf, das Heft in die Hand zu nehmen und es Raiffeisen gleich zu tun: Gemeinschaften zu schaffen um eigene Stärken zu bündeln.●

Weitere Informationen:
www.agrokraft.de und
www.raiffeisen-energie-eg.de

WÄRME-STROM-GEMEINSCHAFT EG

Energiegenossenschaften

Vom gemeinsamen Solarkraftwerk zur individuellen Energieversorgung

Energiegenossenschaftliche Ansätze weitergedacht

Eine Weiterentwicklung bisheriger energiegenossenschaftlicher Ansätze könnte die erste »Wärme-Strom-Gemeinschaft eG« mit Sitz in Schwabach sein. Sie wurde am 30. April 2009 von 31 Gründungsmitgliedern als Genossenschaft aus der Taufe gehoben. Die Initiatoren verstehen ihren Ansatz ausdrücklich als weiteren Baustein – neben den bereits existierenden und im Einsatz befindlichen Bürger-Solar-Anlagen – im Feld der alternativen Energie-Gewinnung.

Ralf Hansen, Red. Genossenschaften ● Die »Wärme-Strom-Gemeinschaft eG« in Schwabach verfolgt das Ziel, ihren Mitgliedern sowie interessierten Haushalten und Betrieben eine nachhaltige, umweltverträgliche, zukunftsfähige und effiziente Energieversorgung möglichst kostengünstig zu verschaffen. Ökonomie und Ökologie sollen sich zum Klimaschutz verbinden. Für Kapitalanleger eröffnet sich damit eine ethisch korrekte Möglichkeit zur Geldanlage. Umgesetzt wird dies, indem

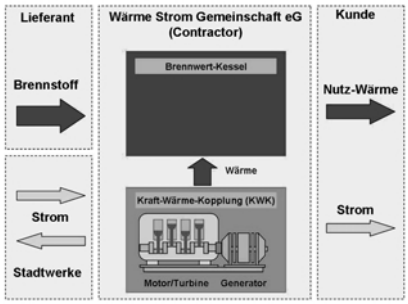
● Mitglieder, interessierte Bürger/Bürgerinnen und Betriebe angeregt werden, selbst als Energie-Unternehmer aktiv zu werden oder

● Mitglieder die technische Entwicklung zur Nutzung alternativer Energien oder zur Verbesserung der Energieeffizienz (z.B. Abwärme) fördern oder nutzen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe und die Unabhängigkeit von Monopolanbietern lassen sich auf diese Weise unterstützen.

Wärme-Strom-Zentrale

Bei ihrem Energiekonzept setzt die Genossenschaft auf eine Wärme-Strom-Zentrale mit Kraft-Wärme-Kopplung und Brennwerttechnik. Anstelle der bisherigen Heizung werden ein Verbrennungsmotor in Form einer Kraft-Wärme-Kopplung-Anlage (KWK) für den Bedarf an Wärme-Grundlast und ein Brennwert-Kessel für die Wärme-Spitzenlast treten. Auf diese Weise dienen von dieser Anlage etwa zwei Drittel der Nutzwärme und ein Drittel für Strom. Neben dem Energie-Nutzungskonzept bietet die Genossenschaft Beratung zu allen Energiefragen. Finanzierung, Installationsfragen sowie Wissen zum Betrieb von Energieanlagen zur Versorgung mit Wärme und elektrischem Strom stehen auch hier im Mittelpunkt. Gerade für Privatleute könnte dieses Konzept sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als besonders attraktiv erweisen.



Mit einem Betrag ab 1.000 Euro können Anteile der Genossenschaft und damit eine Mitgliedschaft erworben werden. Maximal dürfen fünf Anteile pro Genosse gezeichnet werden. Beitretende sichern sich so ein aktives Mitspracherecht in allen Belangen der Wärme-Strom-Gemeinschaft. Bisher machen 59 Interessierte davon Gebrauch. Kooperationspartner sind u.a. der BUND und die örtliche Raiffeisenbank: Die »Wärme-Strom-Gemeinschaft eG« befindet sich in der Geschäftsstelle des Bund Naturschutzes. Lina Rühl, Vorstandsmitglied der Raiffeisenbank Roth-Schwabach, begleitete die Gründung der Genossenschaft von Beginn an.

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Vielfältige Gründungsmotive

Hintergründe für die Initiierung der Genossenschaft gibt es viele:

● Die weltweite Klimakatastrophe erreicht das Bewusstsein der Bürger. Auch der drohende Ausstieg aus dem Atomkraftausstieg stärkt in Schwabach die gesellschaftspolitische Bestrebung, den Energiemix zugunsten lokaler umweltfreundlicher effizienter Energiepolitik zu verbessern.

● Die Beteiligung der Stadtwerke Schwabach an der Beteiligungsgesellschaft zur Errichtung eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin mobilisiert aktuell viele BürgerInnen.

● Während noch vor einigen Monaten die Rendite im Vordergrund stand, zeigen sich Tendenzen zu einem bewussteren Umgang mit Geld. Es besteht ein Bedürfnis nach ethisch korrekter Vermögensanlage gepaart mit transparentem Geldfluss.

● Die hohen Energiekosten des Jahres 2008 und die Verpflichtung zur Erstellung eines Energiepasses nach EnEV verstärkt bei Hausbesitzern das Interesse an einer energetischen Sanierung ihres Wohnungsbestandes.

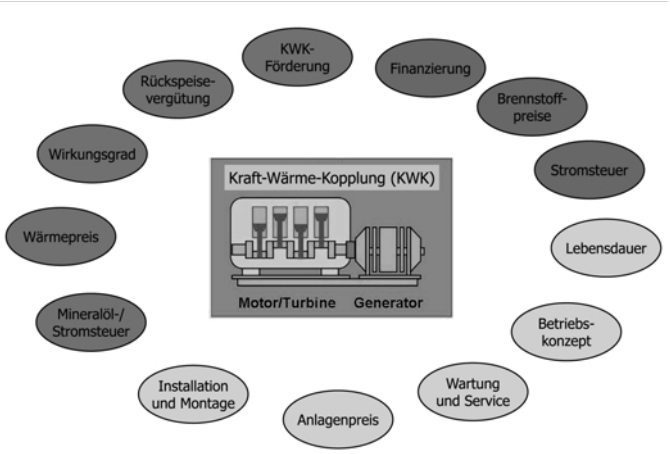
Markteinschätzung

Die Rahmenbedingungen für Mini-KWK-Anlagen (Mini-Blockheizkraftwerke) wie den Dachs sind damit so gut wie nie zuvor. Die Bundesregierung hat neue Gesetze verabschiedet und ein besonderes Förderprogramm aufgelegt, um den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) voranzutreiben. Dazu zählen das KWK-Gesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) und das Klimaschutz-Impulsprogramm des Bundesministeriums für Umwelt.

Für Strom, der mit der KWK-Anlage erzeugt und ins öffentliche Versorgungsnetz eingespeist wird, gibt es weiterhin eine Einspeisevergütung aus gesetzlichem Bonus von 5,11 Ct./kWh, dem an der Strombörse EEX gebildeten üblichen Preis sowie dem Entgelt für vermiedene Netznutzung. Der gesetzliche Bonus von 5,11 Ct./kWh wird jetzt zusätzlich auch für den KWK- Strom bezahlt, der für die Eigenversorgung im Hausnetz genutzt wird. Die Regelung gilt für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Inbetriebnahme für alle KWK-Anlagen, die ab 1.1.2009 und bis zum 1.1.2016 in Betrieb genommen werden.

Förderung von Mini-KWKs

Eigentümer von neuen Gebäuden sind verpflichtet, den Wärmeenergiebedarf anteilig mit Erneuerbaren Energien wie Biomasse, Geothermie, Solarenergie oder Umweltwärme zu decken. Alternativ können sie ihre Nutzungspflicht auch erfüllen, wenn sie mindestens 50% Wärme für Heizung und Warmwasser mit der KWK-Anlage erzeugen. Die Einspeisevergütung für den Strom aus einer KWK-Anlage, die mit Bio-Erdgas aus dem Erdgasversorgungsnetz betrieben wird, ist wie bei der direkten Biogasnutzung auf bis zu 23,67 Ct./kWh festgelegt.



Außerdem erhalten Mini-KWK-Anlagen im Rahmen dieses Impulsprogramms nicht rückzahlbare Zuschüsse. Die Höhe des Zuschusses hängt von der elektrischen Leistung der KWK-Anlage und den Jahresbetriebsstunden ab. Wer sich eine neue KWK-Anlage z.B. mit einer elektrischen Leistung von 5,5 KW anschafft und diese KWK-Anlage mit mehr als 5.000 Stunden im Jahr betreibt, erhält – beim Einsatz von Erdgas als Brennstoff – einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 7.363 Euro. Förderanträge können seit dem 1.9.2008 beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt werden.

Contracting als Chance

Als Schwerpunkte strebt die Genossenschaft effiziente Produktion von Wärme und Strom an, Dienstleistung im Bereich des Wärme-Contractings sowie Handel mit ökologischem Strom. Für die beiden ersten Schwerpunkte werden Anlagen auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) angeboten. Kleine KWK-Anlagen eignen sich besonders für kleine und mittlere Mehrfamilienhäuser und Betriebe. Ihr Leistungsspektrum bietet die Genossenschaft im Baukastensystem an: Am Anfang steht die persönliche fachkundige Beratung mit Bestandsaufnahme und maßgeschneidertem Lösungsvorschlag. Dem Kunden bleibt die Wahl, ob er die Anlage über die Genossenschaft finanzieren lässt oder selber finanziert.

In letzterem Fall kann die Genossenschaft als externer Dienstleister für den Rund-um-Service weiter beauftragt werden. Die Hemmschwelle für das alternative Energiesystem soll so verringert werden. Mittelfristig ist geplant, überschüssige Wärme-/ Stromproduktion aus einer genossenschaftlich betreuten Einzelanlage anderen Genossenschaftsmitgliedern und Drittkunden (z.B. Nachbarn) zur Verfügung zu stellen. Auch die Vernetzung mit anderen alternativen Projekten / Unternehmen wird angestrebt.

Ansatz der Genossenschaft

In Anbetracht der erheblichen finanziellen Investitionen für alle notwendigen Sanierungsmaßnahmen besteht ein Bedürfnis nach Alternativen zur Eigenfinanzierung. Insbesondere das Contracting bietet die Möglichkeit, neueste Heizungstechnik mit Rund-um-Service und Fremdfinanzierung zu kombinieren. Die freien Mittel können dann zugunsten der Wärmedämmung verwendet werden. Es besteht ein Bedürfnis nach fremdfinanzierter energetischer Wohnraumsanierung. Jeder Hausbesitzer und jeder Betriebsinhaber bekommt so die Möglichkeit, seine Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen.

Bei ihrem Geschäftskonzept verfolgt die Genossenschaft keine Exklusividee, die irgendwie (z.B. über das Markenrecht) zu schützen ist. Insoweit befindet sich die Genossenschaft in einem direkten Wettbewerb mit anderen überörtlichen gewerblichen Anbietern. Die meisten renditeorientierten Unternehmungen streben als Zielgruppe überwiegend Großbetriebe und große Wohnanlagen an. Der Kundenkreis, den die Genossenschaft betreut, ist vielen dieser Unternehmen eher zu beratungsintensiv und damit nicht wirtschaftlich genug.

Vorteile für Genossen

Bei den Genossen gibt es zwei Gruppen: diejenigen, die vom Leistungsangebot direkt partizipieren wollen oder diejenigen, die nach einer ethisch korrekten Geldanlage mit »Wohlfühleffekt« suchen. Grundsätzlich sind die Mitglieder nicht verpflichtet das Leistungsangebot in Anspruch zu nehmen und umgekehrt können auch Nichtgenossen das Leistungsangebot nutzen. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten werden allerdings den Genossen Vorteile eingeräumt werden. Dazu gehört die kostenlose Erstberatung für technische und juristische Fragen. Jeder Genosse hat darüber hinaus alle Mitgliedsrechte und Anspruch auf eine Überschussbeteiligung.●

Weitere Informationen:
www.waerme-strom-gemeinschaft.de

Qualifizierung Energiegenossenschaften

Zweiter Kurs startet im Oktober

Der zweite Kurs zur Qualifizierung von Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften startet Anfang Oktober 2010. Der erste Kurs war sehr schnell ausgebucht. Auch der zweite trifft bereits jetzt auf hohe Nachfrage. Interessenten können sich ab sofort bei der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft anmelden. Die Teilnehmer/innen erwerben in einer viermonatigen Weiterbildung die Kompetenzen, um lokale und regionale Energiegenossenschaften mitzuinitiieren und bei ihrer Gründung zu unterstützen. Die Qualifizierung stellt eine gute, innovative Mischung zwischen Online-Lernen und Präsenz vor Ort dar. Die erste Präsenzphase der Weiterbildung findet vom 4.-7. Oktober im Stiftsgut Keysermühle, Klingenmünster in der Pfalz statt. Die weiteren Termine sind: 8.-10. November 2010, Höchst im Odenwald sowie 24.-26. Januar 2011, Kronberg im Taunus. Genaue Informationen befinden sich auf der Website www.energiegenossenschaften-gruenden.de.

DER LEIPZIGER UMSONSTLADEN: GEGEN WEGWERFMENTALITÄT UND FÜR MEHR SOLIDARITÄT

Gratis einkaufen

Susanne Jeschke kommt regelmäßig hierher. Nicht weil sie es finanziell nötig hätte – die Bauingenieurin hat einen guten Job – sondern weil sie die Idee unterstützen möchte. Die Idee lautet: Wenn ich etwas übrig habe, das zum Wegwerfen zu schade, sauber und nicht kaputt ist, gebe ich es im Umsonstladen in Leipzig-Plagwitz ab. Und wenn ich einmal da bin, nehme ich etwas mit, das ich gebrauchen kann. Das kann neben Kleidung und Schuhen Geschirr sein, aber auch Bücher und CDs, ein Puppenwagen oder der gerade benötigte Schulranzen.

Von Heidrun Böger ● Die Idee zum Umsonstladen hatten Vicki Krause, Monique Rauschenbach und einige andere vor etwa vier Jahren. »Ich kannte so etwas aus Berlin«, erzählt Vicki Krause. Sie fanden den kleinen Raum in der Gießerstraße, der dem Verein für Stadtteilförderung, Wohn- und Kultur e. V. gehört. Dieses Umfeld ist ideal für den Umsonstladen, denn auf dem Gelände befindet sich ein alternatives Wohn- und Kulturprojekt von Leuten, die die Idee einer Solidargemeinschaft unterstützen. So verlangen sie vom Umsonstladen keine Miete, nur einen Unkostenbeitrag. Auf dem Gelände gibt es außerdem ein Info-Büro und Atelierräume für Bands aus der Szene. Alle zusammen sorgen mit Mund-zu-Mund-Propaganda dafür, dass die jeweils anderen Projekte bekannter werden. »Wobei«, fügt Monique Rauschenbach gleich hinzu, »wir nicht wachsen wollen im marktwirtschaftlichen Sinn.« Ihnen geht es darum, dass es in Leipzig eine Anlaufstelle gibt für Leute, die nicht mehr Gebrauchtes verschenken wollen. Das genügt.

Monique Rauschenbach

Eigene Bedürfnisse neu entdecken

Miete kann ein solches Projekt nicht erwirtschaften. Alle arbeiten ehrenamtlich. Das macht es nicht immer einfach, für die beiden Nachmittage pro Woche, an denen der Laden in Leipzig-Plagwitz geöffnet hat, jemanden zu finden. Vicky Krause: »Aber irgendwie klappt es eigentlich immer.« »Zu uns kommen Leute aus der sogenannten linken Szene, aber natürlich auch Hartz IV-Empfänger, darunter viele Plagwitzer 'Ureinwohner'«, meint Monique Rauschenbach. Beide Gruppen haben meist gemeinsam, dass sie mit wenig Geld auskommen müssen. Wobei die Betreiber betonen, dass sie keineswegs die Hartz IV-Misere lindern wollen. Monique: »Unser Ansatz ist anders.« Ihnen geht es um den Solidargedanken. »Sachen, die ich nicht mehr brauche, für die hat vielleicht ein anderer Verwendung«, erklärt Vicki Krause, die von Beruf Lehrerin ist. Sie wollen ein Zeichen setzen gegen die Wegwerfgesellschaft. Monique Rauschenbach ergänzt: »Es geht darum zu fragen, wo liegt mein Bedürfnis?« Leute, die sich im Umsonstladen eine Kaffeemaschine mitnehmen nach dem Motto, die könnte ich ja irgendwann mal brauchen, sind ihr ein Gräuel.

Ladenbesucher werden nicht bedient, jeder muss mitgebrachte Sachen selbst einsortieren. Für die meisten scheint das klar zu sein. Auch Marco Dorn ist an diesem Herbstnachmittag gekommen: »Ich habe hier eine Flasche Traubensaft, könnt Ihr die gebrauchen?« Der Mittzwanziger hat von einem Freund gehört, dass es den Laden gibt.

Wie fast immer ist es richtig voll. Es geht eng zu, dennoch ist alles übersichtlich sortiert. Kleidung und Elektrogeräte auf der einen Seite, Bücher und Haushaltsgegenstände wie Geschirr auf der anderen, alles zusammen auf 40 Quadratmetern. Im Winter sorgt ein Kohleofen für Wärme, das Geld für die Kohlen spenden oft Ladenbesucher. Gerade an diesem Donnerstagnachmittag hat eine Frau spontan 20 Euro gegeben.

Und Spaß soll das Ganze auch machen. Deshalb sind Vicki, Monique und die anderen zum Beispiel beim Straßenfest »Westpaket« in Leipzig-Plagwitz dabei oder setzen sich im Sommer mit ihren Sachen einfach in den Park.

Aber es gibt auch einen Haken bei der Idee des »gratis Einkaufens«. So befürchten die Betreiber, dass Leute Dinge aus dem Umsonstladen woanders verkaufen, denn die »Kunden« können auch nur Dinge mitnehmen, ohne selbst etwas abzugeben. Im Raum hängen Schilder, man solle doch bitteschön nicht mehr als drei Teile nehmen und eben nichts weiterverkaufen. Das ist tatsächlich schon vorgekommen. Einer verkaufte Umsonst-Sachen auf dem nächsten Trödelmarkt. Der Mann hat jetzt Hausverbot in der Gießerstraße. Monique Rauschenbach: »Das ist aber extrem selten.«

Kundinnen im Leipziger Umsonstladen. Die Verkaufsräume befinden sich im Stadtteil Plagwitz in der Gießerstraße 16 Fotos: Johannes Backes

Bestärkt durch den Erfolg des Ladens denken die Gründerinnen mittlerweile bereits über neue Ideen nach. So existiert ein Ordner, über den das Verleihen von Dingen und das Anbieten beziehungsweise der Austausch von Arbeit organisiert wird. Motto: Nicht jeder braucht eine eigene Bohrmaschine, und manche würde gern ein Hochbett bauen oder brauchen Hilfe beim Umzug. Auch ein selbst organisierter Spanisch-Kurs ganz ohne Volkshochschule und Kursgebühren steht auf der Ideen-Liste.●

Umsonstladen, Gießerstraße 16, 04229 Leipzig
Internet: www.umsonstladen-leipzig.tk
Adressenliste: www.umsonstladen.de

Aus: die Gesellschafter.de, Dezember 2009

FAU BERLIN AB SOFORT VON STRAFBESCHLUSS BEDROHT

Jens Bitters, indymedia ● Seit dem 2. Februar 2010 kann das Landgericht Berlin jederzeit ein Ordnungsgeld oder ersatzweise Ordnungshaft für die Sekretäre der FAU Berlin festsetzen. Hintergrund ist, dass die Arbeitnehmervereinigung, in der sich u.a. Beschäftigte des Babylon Mitte organisiert haben, sich nach Auffassung der Bosse des Kinos Babylon Mitte entgegen einer bestehenden Unterlassung »Gewerkschaft« genannt haben soll.

Dem Gericht liegen nun der Strafantrag der Babylon-Geschäftsführung und die schriftliche Erwiderung der FAU Berlin vor. Für eine Entscheidung des Gerichtes bedarf es abermals keiner mündlichen Verhandlung, weshalb die FAU Berlin nun keine Möglichkeit mehr hat, auf das Ergebnis des Antrages juristisch Einfluss zu nehmen.

Auch der Zeitpunkt, wann das Ergebnis verkündet wird, ist völlig ungewiss, es kann morgen passieren oder erst in ein paar Wochen. Ebenso ist nur schwer einzuschätzen, wie das Verfahren ausgeht. Die FAU Berlin hält – wie auch große Teile der Öffentlichkeit – den Antrag selbstverständlich für absurd. Allerdings hat die Berliner Justiz schon mehrfach in grotesker Weise gegen die FAU Berlin geurteilt, so z.B., dass sie sich nicht »Gewerkschaft« nennen dürfe. Jeder Irrsinn scheint zurzeit möglich.

Im Falle eines negativen Ergebnisses ist ebenso unklar, wie die Strafe genau ausfallen wird. Das Ordnungsgeld kann bis zu 250.000 Euro betragen. Ist das Ordnungsgeld für die FAU Berlin nicht zahlbar, ist ersatzweise Haft zu leisten, im schlimmsten Falle bis zu sechs Monaten.

Menschen sind also akut von Haft bedroht, nur weil sie es angeblich gewagt haben sollen, das Wort »Gewerkschaft« in den Mund zu nehmen. Es zeigt, wie irrsinnig bereits das letzte Urteil war, dass solch einen Strafantrag jederzeit möglich macht. Dahinter steckt offensichtlich der Versuch, die FAU Berlin mundtot und handlungsunfähig zu machen.●

Weitere Informationen: www.fau.org/verbot

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Offensive Reaktion auf Plakatierverbot
Plakate gegen den Naziaufmarsch am 13.2. wurden in Dresden verboten. Die absurde Begründung: Der Aufruf zur Blockade stelle eine Straftat dar (s. CONTRASTE Nr. 295, Seite 1). Die Reaktion war immerhin mutig: Eine öffentliche Plakatieraktion forderte die Polizei heraus. Bericht auf
http://de.indymedia.org/2010/01/271953.shtml.

Novum: Strafverfahren gegen FeldbesetzerInnen in Rostock
Am 27.1.2010 flatterten Strafbefehle bei etlichen mehr oder weniger beteiligten AktivistInnen an der Feldbesetzung im Frühjahr 2009 in Sagerheide (östlich Rostock am AgroBioTechnikum, www.aggrobiotechnikum.de.vu) ins Haus. Fast 20 Jahre versuchen Staatsanwaltschaften schon, Feldbesetzungen anzuklagen – finden aber keinen passenden Paragraphen. Die schon bekannt gentechnikfreundlichen Justizbehörden in Rostock machten das nun gegenteilig: Sie erließen gleich eine Art Urteil ohne jegliche Anhörung, ohne Gerichtsverfahren usw. Das dürfen RichterInnen nur, wenn sie nach Aktenlage »keine Bedenken« gegen die Verurteilung haben. Nun – die AktivistInnen werden wohl Widerspruch einlegen und dann kommt es doch zum Gerichtstermin ... irgendwann im Laufe des Jahres wird dann zu sehen sein, wieso die Rostokker Justiz »keine Bedenken« hatte und wie gut dann die Seilschaften von Uni Rostock, Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und Rostocker Justiz zusammenhalten.

AK Vorrat Hannover dokumentiert Fälle von Gängelung und Polizeigewalt
Der von der CDU und FDP vorgestellte Gesetzentwurf zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit in Niedersachsen zieht weitere Kritik auf sich. Bürgerrechtler veröffentlichten ein Dokument, in dem Erfahrungen an fünf Beispielen die teilweise rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit durch Polizei und Behörden belegen, unter anderen den rechtswidrigen Umgang von Behörden mit Protesten und Protestierenden, einen dokumentierten Fall von Polizeigewalt, die einschüchternde Wirkung von Polizeipräsenz auf Demonstranten und die fragwürdige Speicherung von persönlichen Daten friedlich Protestierender in einer Polizei-Datenbank. Download:
http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Versammlungsfreiheit_heute_-_f%C3%BCnf_beispiele.pdf.

Kreative Antirepression geadelt
In einem Verfahren gegen einen Totalverweigerer äußerten Richterin und Staatsanwalt nach zwei ergebnislosen Verhandlungstagen wenig Lust, den Prozess »wie auf der Seite Projektwerkstatt.de« (Zitat Richterin Kopf) weiter abhalten zu müssen. Gemeint war die offensive Prozessführung. Leider gelang es beiden, durch weitere Einschüchterung den Angeklagten dazu zu bewegen, sich aus Angst einen Anwalt zu nehmen und die Strategie zu ändern. Die in Robe beworbene Seite: www.prozesstipps.de.vu. Die Seite zum TKDV-Prozess: http://herrschaftsfrei.blogsport.de/.

Freispruch nach 7 Monaten Untersuchungshaft wegen 1. Mai in Berlin
Spannende Diskussionen sind immer die Folge, wenn polizeiliche Fälschungen handwerklich so schlecht sind, dass es auffällt. So kam es zum Freispruch beim Verfahren um vermeintliche Steinwürfe am 1. Mai in Berlin. Sowas soll nicht wieder passieren, polizeiliche Lügen und gerichtete Anklagen sollen in Zukunft besser konstruiert werden, damit sie nicht so schnell auffallen. Eine schöne Diskussionsseite dazu ist unter anderem
www.copzone.de/phpbbforum/viewtopic.php?f=14&t=54474&start=0.
Zum Prozess mehr unter www.yunus-rigo-prozess.de.

Zivilprozess gegen FeldbesetzerInnen in Braunschweig
dpa schrieb: »Acht Gentechnikgegner gehen nach einer Protestaktion auf einem Versuchsfeld eines staatlichen Forschungsinstituts in Braunschweig straffrei aus. Sie verpflichteten sich am Donnerstag am Landgericht Braunschweig, das Gelände des von-Thünen-Instituts nicht mehr für illegale Aktivitäten zu betreten. Im Gegenzug ließ die Bundesrepublik ihre Klage gegen die Gruppe und eine Forderung nach 2.000 Euro Schadensersatz für einen demolierten Zaun fallen. Die Gruppe hatte im vergangenen April ein Genmais-Feld auf dem Forschungsgelände für mehrere Tage besetzt gehalten.«

Was der Vergleich bringt, soll der 10. März zeigen. Dort steht nicht nur ein weiteres Verfahren an – diesmal klagt eine der damals geräumten Personen gegen die Stadt Braunschweig, weil die sich rechtswidrig auf der Seite der Genfeldbetreiber eingemischt hatte. Sondern ab 15 Uhr (Start im Ortsteil Kanzlerfeld) soll eine angemeldete Demonstration auf das Gelände führen – mal sehen, ob das klappt oder zu weiteren gerichtlichen Auseinandersetzungen führt. Wäre schön, wenn einige Menschen Lust hätten, mit dafür zu streiten, dass staatseigene Flächen nicht zu protestfreien Räumen mit versteckten Genversuchsfeldern erklärt werden können. Am gleichen Tag findet um 10 Uhr zudem ein weiterer Prozess um die Feldbesetzung im Frühjahr 2009 statt – vor dem Verwaltungsgericht. Mehr Infos zu der Besetzung und zum Gerichtsprozess unter www.projektwerkstatt.de/gen/2009.htm – dort zur Besetzung von Braunschweig springen.

Serienrechtsbrecher im Frankfurter Amtsgericht
Am 18.1. wollte ein Angeklagter (ohne Anwalt) Einsicht in seine Akte nehmen. Als er die Geschäftsstelle betrat, wurde ihm mitgeteilt, dass er kein Recht auf Akteneinsicht hätte. Auf seine Frage, dass das doch nicht sein könne, vielmehr hätte er ein Recht darauf, (§ 147, Abs. 7 StPO) wurde wortwörtlich geantwortet: »Angeklagte haben nie Akteneinsichtsrecht« und nach Protest gegen die Verweigerung: »Das machen wir hier immer so!«. Der Angeklagte setzte vor Ort dennoch die Aktensicht durch und schrieb einen offenen Brief an den Gerichtspräsidenten mit der Aufforderung, die rechtswidrigen Verhältnisse abzuschaffen (der erwartungsgemäß in Medien keine Chance hatte).

Kurz vorgestellt: Udo Branahl, »Medienrecht«
Aufgebaut als Lehrbuch mit Verständnis überprüfenden Zwischenfragen und Übungsbeispielen bietet das Buch eine Einführung in die formalen Fragen der Medienarbeit: Zugang zu Informationen, Rechte für JournalistInnen, Grenzen der Berichterstattung, Gegendarstellungsmöglichkeiten und Urheberrecht sind nur die wichtigsten Bereiche der vielen, die in diesem Buch Platz haben. Wer sich ein Bild verschaffen möchte, in welchem Rechtsrahmen Medienarbeit geschieht, welche Fallstricke und Schutzvorschriften bestehen, ist hier gut bedient.
Udo Branahl: »Medienrecht«. 2006, Verlag für Sozialwissenschaften in Wiesbaden, 312 S., 26,90 EUR●

Jörg Bergstedt

10. WELTSOZIALFORUM IN PÔRTO ALEGRE

»Buen Vivir« – Gemeingüter für ein Gutes Leben

35.000 TeilnehmerInnen kamen zum südbrasilianischen Regionalforum, das Ende Januar in Pôrto Alegre stattfand. Sie diskutierten die Wirtschaftsentwicklung und Wege, die kapitalistische Wachstumslogik zu überwinden, außerdem waren Umweltschutz und die Rechte der indigenen Völker Raum einnehmende Themen. Da während diesen Tagen auch ein Strategieseminar zum 10-jährigen Jubiläum des ersten Weltsozialforums stattfand, galt die ganze Veranstaltung als Weltsozialforum. »Elemente für eine neue Agenda« sollten am Strategieseminar diskutiert werden. Viele KommentatorInnen bewerteten die Ergebnisse als wenig konkret oder diffus, wie beispielsweise Gerhard Dilger in der taz. Nachstehend veröffentlichen wir eine Replik von der Weltsozialforums-Teilnehmerin Silke Helfrich (veröffentlicht auf Commonsblog (1) vom 1. Februar), CONTRASTE-Autorin im Commons-Schwerpunkt vom Dez. 2009.

Von Silke Helfrich, Pôrto Alegre ● Die taz brachte einen Beitrag von Gerhard Dilger zur Debatte um das *Gute Leben (Buen Vivir)* und die *Gemeingüter* auf dem 10. Weltsozialforum in Pôrto Alegre. Das WSF ist als Regionalforum am Freitag (29. Januar 2010) mit 35.000 TeilnehmerInnen zu Ende gegangen.

Dilger konstatiert zu recht, dass die politisch-programmatische Botschaft insgesamt diffus blieb. Doch warum sollten ausgerechnet die sozialen Bewegungen schon mit Klarheit punkten können, während allerorten konzeptionelle Ratlosigkeit herrscht?

»Dabei wird seit dem Weltsozialforum 2009 in Belém mit dem »Guten Leben« und dem Komplex »Gemeingüter« in Umrissen eine mögliche Plattform sichtbar, auf der sich die unterschiedlichsten Diskurse zusammenführen ließen... Die Brücke zwischen der antikapitalistischen Linken und den Gemeingütern schlug Edgardo Lander: »Als globales System steht der Kapitalismus dem Erhalt des Lebens entgegen«, sagte der venezolanische Soziologe, »wir müssen die Wachstumslogik radikal überwinden und zu einer Umverteilung des Zugangs zu Gemeingütern kommen.«

Raus aus dem Fortschrittsdenken, dem »desarrollismo«! Das war Konsens der TeilnehmerInnen eines internationalen Strategieseminars, zu dem ich im Kontext des 10. WSF (Regionalausgabe) eingeladen war, um über Gemeingüter zu sprechen. Doch sozial bewegter Konsens hin oder her, die südamerikanischen Linksregierungen hielten nicht nur am herkömmlichen Fortschrittsdenken fest, sondern hätten es sogar vertieft:

»Lula (der brasilianische Präsident) hat die Gentechnik in der Landwirtschaft zugelassen, und unter Hugo Chávez ist die Wirtschaft Venezuelas abhängiger vom Erdöl als vor zehn Jahren.«, erinnerte Lander.

Ich habe mir in Porto Alegre den Spielfilm über den brasilianischen Präsidenten »Lula, der Sohn Brasiliens« von Fabio Barretto angesehen. Seitdem glaube ich, dass dieser Fortschrittsglaube im Falle Lulas unüberwindbar ist. Biographische Prägungen sitzen tief. Lula kommt aus dem bitterarmen Nordosten des Landes. Der Zugang zu Arbeitsplätzen in der Industrie hat ihn zu dem gemacht, was er ist.

Die Aktivistin Fatima Mello aus Brasilien bringt auf den Punkt, was nicht mehr geht und was gehen könnte: »Es reicht nicht mehr, antineoliberal oder antiimperialistisch zu sein. Mit dem Kampf um die Gemeingüter hat letztes Jahr in Belém (auf dem 9. Weltsozialforum) ein neuer Zyklus für die Weltbürgerbewegung begonnen, der sich auch auf den Straßen Kopenhagens gezeigt hat.«

Demonstration am Rande des 10. Weltsozialforums in Pôrto Alegre

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

Gemeinsamkeiten finden

Ich muss mich mit dem Thema noch intensiver auseinandersetzen, aber bislang sehe ich drei Aspekte in der Beziehung zwischen den beiden Konzepten *»Buen Vivir«* und *Gemeingüter:*

1. Es gibt viele *Gemeinsamkeiten* – z.B. die Abwendung von klassischen Wirtschaftsindikatoren, die Redefinition der Rolle des Staates (der nicht etwa wiederbelebt werden soll, um die Wirtschaft anzukurbeln), die Verteidigung der Dinge die der Gemeinschaft gehören und eine Orientierung auf die Reproduktion des Lebens statt von Gütern. In beiden Debatten geht es mithin darum, »eine Alternative aufzuzeigen, die sich wesentlich von den neo-keynesianischen und neo-fordistischen Antworten unterscheidet, welche in den sozialen Bewegungen und in den linken Parteien die Oberhand haben. ... *indem die Fragestellung gewechselt wird:* Es geht nicht darum, unseren Konsum generell und in abstrakter Art zu vermindern, ... sondern darum, gegen die Konsumideologie zu kämpfen, indem von der Lebensqualität ausgegangen wird und nicht von der Menge der verbrauchten Güter.« Soweit einige Auszüge des Beitrags von Christophe Aguiton. (2)

2. Eine Gesellschaft, die die Reproduktion der Gemeingüter in ihre Formen des Wirtschaftens einschreibt, ist eine Gesellschaft, die unterschiedliche Realisierungsformen des Guten Lebens zum Zweck hat. So rum sehe ich das. Umgekehrt (aber auch in unauflösbarer Beziehung) sieht es Aguiton, der das Buen Vivir als »universelle Perspektive« beschreibt, die »auf der Verteidigung der gemeinsamen Güter beruht, also Güter, die die natürlichen Ressourcen, materielle Güter als auch die Kenntnisse und Traditionen einschließen, welche auf gegenseitigem Beistand und Solidarität beruhen.« Diese Sichtweise entsteht meines Erachtens dadurch, dass Aguiton die Gemeingüter als Ressourcen definiert (statt als Sozialbeziehung) und den Begriff nicht in Bezug auf eine alternative Produktionsweise denkt.

3. Das stark auf lokale (indigene) Gemeinschaften bezogene Konzept des »Buen Vivir« erfährt im Konzept der Gemeingüter seine notwendige Erweiterung und Verallgemeinerbarkeit. Denn die Gemeinschaften, von denen hier die Rede ist, sind vielgestaltig – eben nicht nur lokal und indigen. Auf welche Gemeinschaft Bezug zu nehmen ist, hängt letztlich von der Ressource ab. Beim Klima (d.h. bei globalen Gemeingütern) ist es eben die gesamte Weltgemeinschaft. Das ist ein Problem, welches das Konzept des »Bem Vivir/Buen Vivir« nicht aufzuarbeiten scheint. Weswegen auch der Vorschlag eines dezentralisierten und multinationalen Staates, »in dem alle Gemeinschaften ihre Beziehungen untereinander auf gleicher Ebene gestalten« (Aguiton), nicht weit genug trägt, da der hier verwendete Gemeinschaftsbegriff nicht weit genug trägt.

Das sind erste Gedanken. Zu diesem Thema wird noch viel zu diskutieren sein. Möglichkeiten dazu gibt es genug: 2010 sind noch etwa 30 regionale und thematische Foren in aller Welt geplant, darunter Anfang Juli das Europäische Sozialforum in Istanbul.●

1) http://commonsblog.wordpress.com/2010/02/01/

2) Christophe Aguiton, Gründungsmitglied von Attac Frankreich

5. STUTTGART OPEN FAIR (SOFa)

Eine andere Welt ist möglich – auch in Stuttgart!

12.000 BesucherInnen waren vom 29. bis 31. Januar auf dem Stuttgarter Festival zum zehnjährigen Jubiläum des Weltsozialforums. Die Vernetzung von 60 verschiedenen Initiativen organisierte bereits zum fünften Mal das »Stuttgart Open Fair« (SOFa) mit einem Markt in der Innenstadt und einem thematisch breiten Workshop-Programm.

Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Mehr als 12.000 BesucherInnen haben vom 29. bis 31. Januar beim Stuttgart Open Fair auf dem Schlossplatz, im Forum 3 und im Laboratorium eine andere, gerechtere Welt erlebt. Anlass war das zehnjährige Jubiläum des Weltsozialforums. Dafür haben mehr als 60 Stuttgarter zivilgesellschaftliche Initiativen am Festival teilgenommen – von Eine-Welt-Gruppen bis zur BUND-Jugend und von der GLS-Bank bis Attac. Sie forderten eine Welt, in der BürgerInnen mitbestimmen, Banken dem Allgemeinwohl dienen, alle Menschen am Wohlstand beteiligt und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden. »Wirtschaft und Politik haben es nicht geschafft, unsere Welt gerechter zu machen«, sagte Reinhard Hauff vom »Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung« bei der Eröffnung im Forum 3 am Freitagabend.

Vernetzung von Initiativen

Beim Podium über »Demokratie in Stuttgart« betonten AkteurInnen aus der Stuttgarter Zivilgesellschaft, dass BürgerInnen in vielen Fragen bessere Antworten hätten und nicht aufhören würden, diese durchzusetzen. Aktuelles Beispiel war der Protest gegen das Monster-Projekt »Stuttgart21« der Deutschen Bahn (vgl. Kasten), SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch (Stuttgart Ökologisch Sozial) stellte die Verbindung her zwischen den größer werdenden Protesten auf der Straße gegen die »Milliarden-Grube« und den konkreten Projekten, die am SOFa aufgezeigt würden.

Traude Häberle-Kik forderte für das Klima- und Umweltbündnis Stuttgart (KUS) aktive Schritte der Stadt beispielsweise zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung. Dazu reichen die InitiatorInnen demnächst ein Bürgerbegehren ein. Welche Zusammenhänge zwischen der Solidaritäts- und Aufbauarbeit mit brasilianischen Indigenen und dem Rückgang von CO_2-Emissionen existieren, zeigte Gerd Rathgeb von »Poema«. Mit seinen MitstreiterInnen unterstützt er brasilianische Dörfer in der Nähe von Belém, indem der Verein Geld für Trinkwasseranlagen sammelt und damit die BewohnerInnen unterstützt. Nur wenn sie eine Lebensperspektive im tropischen Regenwald haben, können sie sich gegen seine Abholzung – eine der größten CO_2-Schleudern – wehren.

Riesen-Mensch »DUNDU« sucht das bessere Leben inmitten der Zeltstadt des 5. Stuttgart Open Fair. Foto: Sandra Viertler-Messow/SOFa

Das Festival zeigte konkrete Auswege aus der Zerstörung der Lebensgrundlagen und Alternativen zu Ausbeutung auf: Soziale und umweltgerechte Geldanlagen, Infos zu regionaler und fairer Bio-Ernährung, Bewahrung der Menschenrechte sowie umweltschützendem Verhalten wurden an Infoständen diskutiert und in Workshops im Forum 3, an denen knapp 600 Interessierte teilnahmen, erklärt. Fazit der VeranstalterInnen: »Jeder kann für sich und in Stuttgart etwas für eine gerechtere Welt tun.«

Weltweite Verbindung

»Wesentlich war für mich der gelungene Austausch zwischen Nord und Süd sowie Alt und Jung«, sagte der irische Pater Shay Cullen, der auf den Philippinen missbrauchte Kinder unterstützt und in seinem Projekt »Preda« mit fair gehandelten Mangos die Lebenssituation unzähliger Kleinbauern verbessert. Eines der Highlights des Festivals war der Auftritt zweier Schülergruppen aus Ostfildern und Neugereut, die auf der Bühne Sketche über das Leben von Jugendlichen in Entwicklungsländern zeigten. Eindrücklich war die Verbindung der Jugendlichen weltweit, als per Liveschaltung der Kinderchor Cullens von den Philippinen im Festzelt präsent wurde. Cullen appellierte an die Stuttgarter Veranstalter, weiterhin die Jugend im Blick zu haben: »Wir müssen unsere Erfahrung und unser Wissen an die nächste Generation weitergeben. Schön, dass Stuttgart diesen Fokus schon gewählt hat.«

Der globale Riesen-Mensch »DUNDU«, der zwischen Forum 3 und Schlossplatz lief, sorgte am Samstag in der Innenstadt für Aufsehen und lockte die Samstagseinkäufer ins Festzelt. Hanna Poddig, junge Vollzeitaktivistin und Buchautorin, machte Mut, auch unkonventionell für eine gerechtere Welt zu kämpfen. »Stuttgart zeigt, wie vielfältig sich die Menschen hier engagieren und das man bei seinem Einsatz nicht allein ist.« Das nächste Stuttgart Open Fair findet Ende Januar 2011 statt.●

Kontakt: www.stuttgart-open-fair.de

WIDERSTAND GEGEN BAHNPROJEKT

Montags-Demos der Zivilgesellschaft

Die Proteste gegen das Monster-Bahnprojekt »Stuttgart21« in der Stadt nehmen zu, obwohl nach offizieller Lesart Anfang Februar Baubeginn war. Eine schöngerechnete Nachkalkulation, bei der dennoch plötzlich eine Milliarde Mehrkosten »auftauchten«, offenbarte, dass es bei dem Projekt vor allem um eine Machtdemonstration geht. Doch sowohl Deutsche Bahn, Stadt Stuttgart als auch die im Hintergrund tätigen Lobbyisten könnten ein böses Erwachen erleben:

Denn mittlerweile haben die Projektverantwortlichen, vor allem bei der Bahn und bei der Stadt, ein ernsthaftes Image-Problem. Die Stimmung hat sich deutlich gegen sie gedreht, alle Umfragen belegen, dass etwa zwei Drittel der Befragten gegen das Projekt sind. Die neuen Zahlen empfinden viele BürgerInnen in Zeiten leerer Staatskassen und maroder Schulen als massiven Affront. Der Widerstand nimmt zu, die Zivilgesellschaft geht auf die Straße, Stuttgart erlebt phantasievolle, wöchentliche Montagsdemos mit mehr als 3.000 TeilnehmerInnen – auch bei Schneefall. Bahn-Chef Grube wurde mit einem Pfeifkonzert von 8.000 BürgerInnen am Bahnhof empfangen, davon erstaunlich viele ältere Menschen. Veranstaltungen mit kritischen Verkehrsexperten platzen aus allen Nähten. Mehr als 6.000 ParkschützerInnen wollen Bäume im Schlosspark beim Bahnhof schützen, 700 wollen sich auch persönlich an Bäume ketten. Die Gemeingüter-Debatte findet nun auf der Straße statt: »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns den Bahnhof klaut!«●

Demoteilnehmer wollen keine Baugrube und auch keinen Bahnchef Grube, sondern den Ausbau des bestehenden Kopfbahnhofs. Foto: Roland Hägele

Peter Streiff

www.kopfbahnhof-21.de
www.parkschuetzer.de

CHIAPAS: FRAUENTREFFEN KÜNDIGTE ORGANISIERTEN WIDERSTAND GEGEN MACHISMO, UNTERDRÜCKUNG UND KAPITALISTISCHE POLITIK AN

»Wir können viel vom Mut der Zapatistinnen lernen«

Interview mit Nikola Siller, Teilnehmerin des »1. Treffens der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt«, vom 29.-31.12.2007 in La Garrucha, Chiapas, Mexiko.

Nikola Siller ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin des Bildungsvereins »Zwischenzeit e.V.«, Münster.

Sie haben in den vergangenen Tagen an dem internationalen Frauentreffen im zapatistischen Aufstandsgebiet teilgenommen. Wie kam es zu dem Treffen?

Den Wunsch nach einem zapatistischen Frauentreffen gibt es seit Jahren. Der konkrete Vorschlag kam von den Zapatistinnen selbst, nachdem die mexikanische und internationale Zivilgesellschaft auf dem »1. Treffen der Zapatistas mit den Völkern der Welt« vor einem Jahr deutlich machte, dass sie ein großes Interesse an der spezifischen Situation der indigenen Frauen in Chiapas sowie an der Rolle der Zapatistinnen in der Bewegung und den Veränderungen seit dem Aufstand von 1994 hat.

Wie können wir uns die Arbeitsweise des Treffens vorstellen?

Rund 150 delegierte Zapatistinnen aus den fünf autonomen Verwaltungszentren berichteten im überfüllten und nur für Frauen zugelassenen Auditorium ausführlich von ihrer Arbeit. Das allein ist schon revolutionär. Vor einigen Jahren war es noch undenkbar, dass die Frauen selbstbewusst auftreten und ihre Stimme erheben. Bemerkenswert finde ich ebenfalls, dass auch Frauen das Wort ergriffen, die nicht besonders gut Spanisch sprechen und Wert darauf gelegt wurde, dass sich möglichst viele beteiligen. Die Vorträge über die von Region zu Region teilweise sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit der Autonomie waren für die Zapatistinnen selbst und ihr Vorankommen sehr wichtig. Der Zivilgesellschaft wurde die Möglichkeit gegeben, die Kämpfe der zapatistischen Frauen aus erster Hand kennen zu lernen, Fragen zu stellen und von den eigenen Kämpfen zu berichten.

Welche Themen standen auf der Tagesordnung?

Zapatistas berichten von ihrem Leben vor dem Aufstand 1994 und über die Veränderungen für Frauen seitdem

Ein wichtiges Thema war die Frage, wie das Leben früher war, vor dem Aufstand von 1994, und wie es heute ist. Die Frauen erläuterten die seit 1994 erkämpften Fortschritte und schilderten die Schwierigkeiten, die sich bei ihrer Organisierung als häufig analphabetische indigene Frauen ohne jedwede Tradition der Partizipation ergaben. Sie bezeichneten einige Traditionen als »schlechte Traditionen«, die es abzuschaffen gelte. Seit der Durchsetzung des von ihnen erkämpften »revolutionären Frauengesetzes« können die Frauen selbst entscheiden, ob und wen sie heiraten, ob, und wenn ja, wie viele Kinder sie bekommen möchten. Sie haben zudem das Recht, sich an allen Arbeitsbereichen zu beteiligen, die für die Selbstorganisation der Bewegung wichtig sind.

Die Zapatistinnen hoben hervor, dass der Aufbau der Autonomie ein langwieriger und problematischer Prozess war, weil er inmitten eines Krieges stattfand, den die Regierung und die Paramilitärs gegen die Indígenas vorangetrieben haben. Dieser »Krieg niederer Intensität« umfasst ständige Einschüchterungen, Repression, Bedrohung, Morde, Verfolgung, Räumung von autonomen Dörfern und hält bis heute an.

Das Thema Land war ebenfalls wichtig. Früher haben viele Indígenas für die Großgrundbesitzer gearbeitet. Sie wurden wie Sklaven behandelt. Für die Frauen bedeutete dies Missbrauch und Vergewaltigung. Es war normal, dass die jungen Frauen vor ihrer Hochzeit vergewaltigt wurden, viele haben auch Kinder von den Großgrundbesitzern bekommen. Durch die Landbesetzungen sind die Zapatistas heute nicht mehr darauf angewiesen, für die Großgrundbesitzer zu arbeiten. Dadurch hat sich die Situation der Frauen erheblich verbessert.

Durch alle Wortbeiträge zog sich eine klare antikapitalistische Position. Immer wieder betonten die Rednerinnen, dass es bei ihrem Kampf nicht um Unterschiede zwischen Indígenas und Nicht-Indígenas, Frauen und Männern oder Hetero- und Homosexuellen ginge, sondern um die Überwindung des kapitalistischen Systems und des Parlamentarismus, der nur im Sinne der Ausbeuter agiere. Bemerkenswert finde ich, dass die Erziehung der Kinder durch die Mütter als Politikum gewertet wird und den anderen Aufgaben gleichgestellt ist.

Zapatistische Frauen an der Technik – vor dem Aufstand undenkbar

Die Frauen betonten, dass sie früher dreifach unterdrückt waren, nicht nur als Arme und Indígenas, sondern auch als Frauen. Sie berichteten, dass sich dies verändert hat. So gebe es zwar noch immer viele Schwierigkeiten und ihre Unterdrückung als Frauen habe sich nicht aufgelöst, aber insgesamt habe sich ihr Leben erheblich verbessert. Durch die EZLN haben sich Freiräume für die Frauen ergeben, in denen sie lernten, sich zu organisieren. Dies hat sie dazu befähigt, sich einzubringen und an entscheidenden Positionen mitzuwirken.

In welchen Bereichen der Bewegung partizipieren die Frauen heute?

Heute arbeiten die Frauen in allen Bereichen mit, als Guerilleras und Kommandantinnen der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN, als Autoritäten der zivilen Selbstverwaltungsräte und anderer Gremien, als Promotorinnen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Agrarökologie und Kollektivarbeit sowie als Beauftragte für Rechtsangelenheiten.

Einige Frauen haben als Teil der politischen Führung der EZLN im Rahmen der »Anderen Kampagne« weite Teile Mexikos bereist. Die »Andere Kampagne« ist eine zivile mexikoweite Mobilisierung der EZLN, die eine neue antikapitalistische Verfassung von unten und von links erarbeiten und durchsetzen will. Auf ihrer Reise haben die Zapatistinnen die Kämpfe anderer Bewegungen kennen- und schätzen gelernt.

Gab es auch Kritik gegenüber den eigenen compañeros?

Ja, insbesondere die Frauen aus Oventic und Morelia richteten kritische Worte an ihre männlichen Genossen. Sie kritisierten die noch immer vorkommende häusliche Gewalt und Benachteiligung innerhalb der Bewegung. Sie unterstrichen jedoch stets, dass es den zapatistischen Frauen nicht darum gehe, gegen die Männer zu arbeiten, sondern sich als Frauen in der Bewegung zu organisieren und gemeinsam mit ihren compañeros für die Autonomie der indigenen Gemeinden und eine antikapitalistische Verfassung zu kämpfen.

Aus welchen politischen Spektren stammten die Teilnehmerinnen und wie fand der Austausch untereinander statt?

Die rund 3.000 Teilnehmerinnen kamen aus unterschiedlichen Zusammenhängen und bildeten ein breites Spektrum ab. Neben den Zapatistinnen waren Frauen aus anderen bedeutenden sozialen Kämpfen Mexikos, wie z.B. der »Gemeinde-front zu Verteidigung des Landes« (FPDT) aus Atenco oder der »Volksversammlung von Oaxaca« (APPO) angereist.

Sehr präsent zeigte sich »Via Campesina«, ein Zusammenschluss, in dem über 160 kleinbäuerliche Bewegungen weltweit organisiert sind. Es sprachen Delegierte aus Guatemala, Brasilien, Ecuador, Nicaragua, Kanada, Korea und Frankreich. Schwerpunkte waren Repression, die katastrophalen Auswirkungen der globalen kapitalistischen Politik und die durch mehrfache Unterdrückung geprägte Situation der Frauen. Vereinend war der Wille und die Entschlossenheit der kämpferischen Frauen, sich über die Kontinente und Grenzen hinweg zu organisieren um gemeinsam eine andere, bessere Welt aufzubauen. Austausch und Vernetzung fanden in den wenigen Pausen zwischen den arbeitsintensiven Plena und dem allabendlichen, ebenfalls sehr interessanten Kulturprogramm statt.

Zahlreiche Frauen aus vielen Teilen der Welt reisten zum 1. internationalen Frauentreffen nach Chiapas

Es nahmen auch viele Männer teil – wie können wir uns ihre Teilnahme vorstellen? War sie unumstritten?

Die Zapatistinnen hatten explizit auch männliche Genossen eingeladen, die aber zu schweigen und den Frauen zuzuhören hatten. Die Zapatistinnen waren nicht zimperlich, wenn es darum ging, Männer aus dem Auditorium zu werfen, die diesen einzigen Frauenraum auf dem Treffen nicht respektierten. So unsensibel waren im Übrigen nur einige zugereiste Männer der mexikanischen und internationalen Zivilgesellschaft.

Den Männern wurde auf unübersehbaren Plakaten ihr Platz auf diesem Treffen zugewiesen: Sie sollten kochen, sich um die Kinder kümmern, Müll beseitigen und Feuerholz holen – eine absolute Umkehrung der Rollenverteilung. Mindestens drei Essensstände wurden dann auch tatsächlich ausschließlich von Männern betreut. Wer schon einmal in Chiapas war, weiß, dass dies als revolutionär zu betrachten ist.

Interessant zu beobachten war, dass viele zapatistische Männer vom Rande des Versammlungsraumes aus den kritischen Worten der Frauen über Stunden konzentriert zuhörten. Auch wenn die Meinung über die Teilnahme von Männern geteilt war, zeigten sich auch deutsche Feministinnen angesichts des lokalen Kontextes der zapatistischen Frauen tolerant.

Bei ihren Abschlussreden drückten mehrere Kommandantinnen der EZLN ihre große Zufriedenheit mit dem Treffen aus. Teilen Sie diese Einschätzung?

Es war ein großartiges und sehr bewegendes Treffen. Die Fortschritte der zapatistischen Frauen sind sicht- und spürbar, in immer mehr Bereichen – auch in leitenden Positionen – sind sie präsent und übernehmen Verantwortung. Besonders die jungen Zapatistinnen der dritten Generation traten mit einem ganz neuen Selbstbewusstsein auf. Sie reklamierten auf dem Treffen neben dem Anspruch auf Partizipation in allen Bereichen auch ihr Recht auf ein glückliches und erfülltes Leben, eine Forderung, die vor wenigen Jahren noch vollkommen ausgeschlossen war. Sie bekamen ernormen Applaus für ihre offensiven Ausführungen. Dieser Beifall hat die zapatistischen Männer sichtlich beeindruckt. Das Treffen hat somit nicht nur internationale Frauenaktivistinnen zusammengebracht, sondern auch vor Ort klare Spuren hinterlassen.

Auch wenn der Kampf der zapatistischen Frauen weit von hiesigen Kontexten entfernt ist: wir alle können viel von ihrem Mut, ihrer Entschlossenheit und ihrer Ausdauer lernen.●

Interview: Luz Kerkeling, Chiapas, Januar 2008

Anmerkungen:
Das Interview ist in gekürzter Form in der sozialistischen Tageszeitung Neues Deutschland erschienen:
www.neues-deutschland.de/artikel/121999.html
Quellen im Internet:
Alle Redebeiträge des Treffens finden sich unter:
http://zeztainternazional.ezln.org.mx/

Anzeige

Schutz für Menschenrechtler

Handlungsspielräume in den Philippinen als Menschenrechtsbeobachter_in ermöglichen

Aktiv werden, Team kennenlernen
I.P.O.N.: Hinrichsenstr. 40, 20535 Hamburg
040-25491947, www.ipon-philippines.org

BUCH-DVD EDITION

»Das Recht glücklich zu sein – El derecho de ser feliz«

Buch und Film über das »Erste Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt« in La Garrucha, Chiapas, Mexiko.

1994 erhob sich die zapatistische Befreiungsarmee EZLN im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas unter den Losungen »Land und Freiheit!« und »Alles für Alle!« gegen kapitalistische Ausbeutung, rassistische Diskriminierung und patriarchale Unterdrückung. Die Aufrichtigkeit und Entschlossenheit des Kampfes Hunderttausender indigener Frauen und Männer dieser Region hat seitdem nicht nur Chiapas und Mexiko verändert.

Aufgrund interner und transnationaler Diskussionen sowie zu Ehren der 2006 verstorbenen Freiheitskämpferin Comandanta Ramona luden die zapatistischen Frauen zu einem internationalen Treffen in das selbstverwaltete Aufstandsgebiet der EZLN nach Chiapas ein: 5.000 Frauen und Männer aus über 30 Ländern der Welt folgten diesem Aufruf und reisten zum Jahreswechsel 2007/2008 nach La Garrucha im Lakandonischen Regenwald und nahmen am »Ersten Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt« teil.

In den hier dokumentierten Redebeiträgen berichten die indigenen Frauen von ihren Biographien vor dem Aufstand vom 1. Januar 1994, von ihren Aufgaben, Problemen, Hindernissen und Erfolgen im Prozess der Partizipation der Frauen innerhalb der EZLN und beim Aufbau der zivilen Selbstverwaltung sowie von ihrem alltäglichen Kampf für die Anerkennung ihrer Rechte und Würde als Frauen, als Indigene und als Arme.

Ein Team von Zwischenzeit e.V. aus Münster nahm an dieser großen Versammlung teil. Die bewegten und bewegenden Bilder, Fotos, Audios und Texte vermitteln einen direkten und lebendigen Eindruck dieser historischen Zusammenkunft.

Die Buch-DVD-Edition wird ab März 2010 erhältlich sein.

Teile der Gewinne aus dem Verkauf des farbigen, reich bebilderten Buches (A5, 128 Seiten, deutsch) inkl. DVD (deutsch/spanisch, 39 Min.) fließen an zapatistische Frauenprojekte.●

Bestellungen / Fragen an:
Zwischenzeit e.V., Breul 43, 48143 Münster
buch@zwischenzeit-muenster.de
www.zwischenzeit-muenster.de
ISBN: 978-3-00-029822-6

Soziale Bewegungen und ihr Protestrepertoire

Die Definition sozialer Bewegungen räumt ihnen einen zentralen Platz ein: Neben den Prinzipien der Kollektivität, der Konfliktorientierung und einer gewissen Dauerhaftigkeit sind es die Formen des Protestes, die Bewegungspolitik eindeutig unterscheidbar von Partei- oder Lobbypolitik macht – so die akademische Disziplin der Bewegungsforschung. Die »kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen«, eine Zusammenfassung von Ergebnissen eines Volkskundeseminars an der Hamburger Universität, trägt dieser Erkenntnis Rechnung. 15 Einzelbeiträge beleuchten das Spannungsfeld zwischen vermeintlich ernsthafter Politik wie der Straßendemonstration und clownesken, vermeintlich unernsten Protestformen wie dem Torten werfen, die gängige Politikvorstellungen auf den Kopf stellen und damit weit mehr in Frage stellen, als das noch so ausgefeilte Flugblatt oder der stringent argumentierende Redebeitrag.

Protestformen sozialer Bewegungen und anderer, etablierter politischer Akteure lassen sich heute allerdings immer schwerer unterscheiden. Wenn etwa politische Institutionen der Bundesrepublik zu einer Demonstration gegen Rassismus aufrufen – und damit eigentlich ihre Unfähigkeit oder ihren Unwillen zum ihrer Institution adäquaten politischen Handeln zur Schau stellen – oder, wie Roland Kochs Hessen-CDU eine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft initiieren, übernehmen sie das Protestrepertoire der sozialen Bewegungen und wollen sich das frische Image einer Bewegung verleihen.

Demgegenüber betreiben soziale Bewegungen allzu oft das Geschäft der visuell orientierten Medien: Sie liefern die spektakulären Bilder, die eine Bundestagsdebatte oder eine Wahl nicht bieten kann. Wer hier wen instrumentalisiert – dazu fehlen in vielen Beiträgen des Buches Hinweise und Problematisierung.

Insbesondere im Beitrag, der sich mit der Rolle der Medien auseinander setzt, fehlt der Bezug auf die Wechselwirkungen zwischen Bewegungen und Medien. Andrej Mischerikow beschränkt sich allzu sehr auf technische Fragen und schwärmt von der »massenhaften Aneignung« von der Drucktechnik über audiovisuelle Medien bis hin zum Internet. Den sozialen Bewegungen wird somit immer auch eine Vorreiterrolle bei der Einführung neuer Technologien eingeräumt. Ob diese immer auch zur Demokratisierung beitragen, sei allerdings dahingestellt. Zudem bleibt auch die Veränderung von Bewegungen ausgeblendet, die sich in ihren Aktionsformen zunehmend auf Medienwirksamkeit konzentrieren.

Wie Form und Inhalt von Protest zusammenhängen, verdeutlicht nicht zuletzt der Prozess der Übernahme ehemals inhaltlich völlig konträr besetzter Protestformen. Sich schwarz zu kleiden, ein »Palituch« zu tragen und das Konterfei von Che Guevara zu benutzen – das machen heute auch Neonazis, um ihrem Antisemitismus und ihrer globalisierungsfeindlichen und nationalistischen Einstellung Ausdruck zu verleihen. Philipp Franz, David Höh und Ines Taube sehen mehr oder weniger frei flottierende, ehemals »links« besetzte Zeichen, die nun mit anderem Inhalt versehen werden. Diese Sichtweise stößt jedoch eindeutig an Grenzen, sind es doch keine zufälligen Symbole und Zeichen, die aufgegriffen werden. Der Antisemitismus palästinensischer Organisationen, der Nationalismus verschiedenster Befreiungsbewegungen oder der Wohlstandschauvinismus westlicher Globalisierungsgegner verdiente doch etwas mehr Ideologiekritik anstatt ausschließlich auf den symbolischen Gehalt der Protestformen zu achten.

Insofern hat die in diesem Buch aufgeworfene Frage nach Form und Inhalt von Politik keineswegs nur einen rein philosophischen Charakter. Die von Klaus Schönberger und Ove Sutter zusammengetragenen Beiträge bieten einen wichtigen Anstoß zur Debatte.●

Gottfried Oy

Klaus Schönberger/Ove Sutter (Hg.): Kommt herunter, reiht euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Verlag Assoziation A 2009. 272 Seiten, 18 EUR

Widersprüche in Bildern: 70 Jahre alpine Welt

Der in Tirol aufgewachsene Fotograf Lois Hechenblaikner hat in seinem Fotoband die vergangene Welt der alpinen Agrarkultur mit seinen Fotos konfrontiert. Je zwei Fotos liegen in einer Doppelseite gegenüber. Links die Schwarz-Weiß-Aufnahmen aus dem Fundus von Armin Kniely, der zwischen 1936 und 1970 Fotos von Siedlungen und Bauten, aber auch von Festen und bäuerlicher Arbeit in Tirol machte. Jene von Hechenblaikner sind in Farbe, stammen aus der heutigen Zeit und zeigen die dem Massentourismus unterworfenen Alpen in all ihrer Monströs- und auch Perversität.

Das Verbindende ist das Auftauchen einer geografischen Form oder einer optischen Ähnlichkeit in beiden Bildern: Ist links ein bäuerlicher Viehmarkt abgebildet, ist rechts ein Autoparkplatz zu sehen; wird links Mist ausgebreitet, so werden rechts Bierflaschen eingesammelt. Führt links ein Hirte eine Schafherde an, so huldigt rechts das Publikum einem volksmusikalischen Prominenten.

Die Spannung zwischen den Fotografien resultiert daraus, dass die Bilder jeweils »einseitig« oder »übertrieben« sind, war die bäuerliche Welt doch nicht so idyllisch und ist die Gegenwart nicht nur so grell, wie es hier dargestellt wird. Wer die Bilder länger betrachtet, wird bemerken, dass »Hinter den Bergen« vom Dialog zwischen ihnen lebt. Sie zeigen jedenfalls eindringlich die Veränderung, die die Alpen und die in ihr tätigen Menschen erfahren haben.●

Bernd Hüttner

Lois Hechenblaikner: Hinter den Bergen, Edition Braus, Heidelberg 2009, 120 S., 29,90 EUR
www.hechenblaikner.at

Staat und Krise

Diskutiert werden in diesem umfangreichen Themenheft mit über zwanzig Beiträgen unterschiedliche Probleme und Aspekte staatlichen Handelns im globalen Krisenumfeld. Im Fokus stehen sowohl die fortgesetzte Politik der Stabilisierung des Finanzmarktsystems als auch Alternativen der Krisenbewältigung und gegenhegemoniale Strategien.

So fragt E. Altvater nach den Chancen eines ökologischen Keynesianismus, eines New Green Deal im »staatsgetriebenen Kapitalismus«. B. Sauer erörtert Paradoxien feministischer Staatskritik und H. Melber einige Ursachen des Staatsversagens in afrikanischen Ländern. H.-J. Bieling hält mit Blick auf Staats-Leitbilder Brüche und Kontinuitäten im marktliberalen Diskurs fest. Während J. Wissel vor einer Rückkehr der Staatsillusion warnt, geht es U. Brand um die zukünftige Rolle des Staates im Post-Neoliberalismus.

Im Diskussionsteil werden die Potentiale eines wirtschaftlichen Pfadwechsels sowie die Aktualität demokratischer Verfassungspolitik (W. Abendroth) analysiert, Paradigmen einer post-patriarchalen Zivilisation und Gorz' »Auswege aus dem Kapitalismus« vorgestellt. Der ausführliche Marginalien- und Rezensionsteil sowie die Zeitschriftenschau schließen das Heft ab.●

dp

Mehr Informationen unter: www.widerspruch.ch
WIDERSPRUCH Heft 57, Staat und Krise, 208 S., 16 EUR

Rechtspopulisten an der Macht

Rechtspopulismus ist zu einem europaweiten politischen Phänomen geworden, das oft schwer fassbar ist und durch seine Unschärfe zu vielfältigen Spekulationen Anlass gibt. Die vorliegende umfassende Studie bietet eine differenzierte Diskussion der Begriffe Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, ohne die keine klaren politischen Erkenntnisse gewonnen werden können.

Der Autor zeichnet das alte italienische Parteiensystem nach, erklärt die Hintergründe für seinen Verfall (1994) und widmet sich dann ausführlich dem mehr als umstrittenen rechtspopulistischen italienischen Führer und seiner Partei. Dabei ist es erstaunlich, dass Berlusconis Aufstieg teilweise im Dunkeln liegt, vor allem ist unklar, wie er zu dem Kapital für seinen kometenhaften Aufstieg kam. Urbat zitiert italienische Studien und journalistische Recherchen, denen zufolge Berlusconi Kontakte zur Mafia unterhielt und Mitglied der faschistischen Geheimloge P2 war. Thesen besagen, dass aus diesen Quellen Geldflüsse den Aufstieg des skandalträchtigen politischen Führers ermöglichten. Berlusconi, ewig im Kampf mit der Justiz und überzeugt, über geltendem Recht zu stehen, beherrscht mit seiner medialen Macht einen beachtlichen Teil der öffentlichen Meinung in Italien. Die italienische Bevölkerung hat sich nach der überwundenen scharfen Grenzziehung zwischen antikommunistischer und prokommunistischer Politik (1989) von ihrem hohen Politisierungsgrad abgewendet und verharrt heute, vergleichbar der Situation in anderen europäischen Ländern, in großteils unpolitischer, egozentrischer Nabelschau.

Das Buch, das streng wissenschaftlichen Kriterien folgt, liest sich dennoch wie ein Kriminalroman, d.h. der Autor schafft die Kunst, geballte Informationen spannend an den interessierten Leser zu bringen. So entsteht das Bild und die Analyse einer rechtspopulistischen Partei zwischen oberflächlicher, klischeehafter, manchmal rassistischer, sexistischer Agitation und bedenklichen Verflechtungen bis hin zur Cosa Nostra. Unter all dem leidet die italienische Sozialpolitik und andere wichtige gesellschaftliche Bereiche. Urbat schließt sein Buch mit der Frage ab, ob Berlusconi eine Gefahr für die italienische Demokratie bedeutet. Seine Antwort sei hier nicht verraten.

Die vorliegende Studie ist sicherlich für alle politisch interessierten Italienfans ein Muss, bietet darüber hinaus aber auch allgemein an politischen, zeitgeschichtlichen und faschismuskritischen Inhalten Interessierten wertvolles Informationsmaterial.●

Roman Schweidlenka

Jens Urbat: Rechtspopulisten an der Macht. Silvio Berlusconis Forza Italia im neuen italienischen Parteiensystem, LIT Verlag, Hamburg, 39,90 EUR

Gemeinschaften und Ökodörfer

Mehr denn je sind vielfältige und kreative Alternativen zu unserem Gesellschaftsmodell gefragt, welches immer mehr seine Grenzen erfährt. Gemeinschaften und Ökodörfer können mögliche Alternativen und Inspirationen für unsere Zukunft bieten. Das *eurotopia-Verzeichnis* erzählt von den vielen Menschen in ganz Europa, die in unterschiedlichen Formen eigeninitiativ und selbstbewusst den immer drängender werdenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen ihre eigenen Visionen entgegensetzen. Sie entwickeln dabei ernst zu nehmende Lösungsansätze für existentielle Fragen, die sich viele Menschen stellen.

Dieses Verzeichnis ist das umfassendste und aktuellste Werk über Gemeinschaftsprojekte in Deutschland und Europa. In der aktuellen, im November 2009 veröffentlichten Fassung des seit über 15 Jahren erscheinenden Buches, stellen sich fast 400 Gemeinschaften und Ökodörfer in 27 Ländern dar: mit ihren Visionen und Zielen, ihren Charakteristika und Besonderheiten. Sie geben damit den LeserInnen einen lebendigen Eindruck einer Lebensform, von der sich immer mehr Menschen einen Gewinn an Lebensqualität erhoffen.

Ein Buch, welches viele Fragen aufwirft und beantwortet wie: »In welchem Kontext stehen Gemeinschaften zur Gesellschaft? Wie gründet man erfolgreich eine Gemeinschaft? Was braucht Gemeinschaft um lebendig und lebenswert zu bleiben?« Auch praktische Fragen für an Gemeinschaft interessierte Menschen werden beantwortet: »Welchen Gemeinschaften kann man sich unter welchen Bedingungen anschließen? Welche Gemeinschaften empfangen arbeitende Gäste gegen Kost und Logis? Wie sind finanzielle Fragen in einzelnen Gemeinschaften geregelt?...«●

Selbstdarstellung eurotopia

eurotopia-Verzeichnis: Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa. Einfach Gut Leben e.V., 11/2009 Paperback, 544 Seiten, 19,50 EUR
Bestellung unter:
www.eurotopia.de oder Fax 039000-51232

Nazi Paradise

Kein Zweifel. Angelo Petrellas Nazi ist ein Degenerierter, ein »low-life«, ein allseits diskriminierender Weißer, der den Angriffen seiner Umgebung schutzlos ausgesetzt ist. Wir werden Zeuge eines Spießrutenlaufs des namenlosen Skinhead-Hackers im Chaos der Müllstadt Neapel.

»Game over« ist also allgegenwärtig. Die Welt, soweit man sie jenseits der Müllberge sieht, ist ein einziges Ghetto, ein Affen-, Armen- und Irrenhaus, und unser Namenloser nur ein Außenseiter unter vielen, die ihr Dasein fristen.

In einer unflätigen und bitter-galligen Sprache erzählt Petrella sein Neapel von unten, beobachtet die gewalttätigen Splittergruppen, den Anarchismus und die Fassadenideologie, die Widersprüche einer Realität, die groteske Züge annimmt. Ein Höllentrip durch jenes verkommene und verstörte Unterholz, das es nicht einmal bis zu einer Art organisiertem Verbrechen bringt.●

dp

Angelo Petrella: Nazi Paradise. Pulp Master, Berlin 2009, 115 S., Paperback, ISBN 978-3-927734-43-2, 12,80 EUR

Die Wahrheit sitzt im Backstage

Textbücher von Bands waren schon immer etwas fragwürdige Angelegenheit. Als Fan hat man meistens die Texte bereits in Form der Booklets vorliegen und in den Zeiten des Internets offerieren etliche Homepages kostenlos die Texte von bekannteren und weniger bekannten Bands. Warum also auch noch ein Textbuch von einer Band, die gar auf ihrer Homepage ihre Texte kostenfrei zur Verfügung stellt?

Bei anderen Bands würde man hier vielleicht Kommerzstreben unterstellen, bei dem Duo von »Die Bandbreite« hingegen scheint es politisches Sendungsbewusstsein zu sein. Das sich vor gut zehn Jahren formierte Projekt, das sich aus Sänger Wonja und DJ Tobe zusammensetzt, bezieht in seinen Texten Stellung zu aktuellen Problemen und Entwicklungen, streckenweise in Agit-Prop-Manier. Die Textauswahl liest sich zeitweise wie ein Sammelsurium von Flugblättern (einmal die Probleme der Welt rauf und runter) – unterbrochen von Stellungnahmen zur Vermarktung des Berliner Eisbären Knut oder dem Rauchverbot in Kneipen, was dem ganzen eine unbeabsichtigte sureale Note verpasst. Das ist aber auch die einzige Feststellung, die einem beim Lesen Freude macht. Die Texte verfallen häufig in stupide Floskeln und Verallgemeinerungen. Sie lassen jeglichen intellektuellen Witz vermissen, der eine solche Band ausmachen sollte. Streckenweise taucht stattdessen eine sehr gefährliche, unreflektierte Auseinandersetzung mit dem Israel-Palästina-Konflikt auf oder die beiden Musiker lassen sich zu Gleichsetzungen von Antideutschen und Faschisten hinreißen. Bestenfalls ist dieses Buch eine Zumutung...●

DJ Chaoz

Die Bandbreite: Die Wahrheit sitzt im Backstage, Culex Verlag Duisburg 2009, 115 S., Preis: 15,90 EUR, ISBN 978-3-924003-02-5

Ein Tag im Gefängnis von Virginia

Der Bereich der Gefängnisliteratur ist recht übersichtlich, um so erfreulicher ist es, wenn ein authentisches Zeugnis des Gefängnissystems auf den Markt kommt, so wie nun Jens Sörings autobiografischer Bericht »Ein Tag im Leben des 179212«.

Söring ist seit 1986 inhaftiert, deutscher Staatsbürger und wie er sagt, zu Unrecht von den USA zu Lebenslang verurteilt. In seinem detailreichen Buch schildert er auf über 200 Seiten den Alltag in einem US-Gefängnis, wobei er stets wichtige Zusammenhänge aufzeigt (und erfreulicherweise durch umfangreiche Quellenangaben seine Aussagen auch belegt).

Es geht um Gewalt, Rassismus, menschenverachtende Haftbedingungen, Willkür, Erniedrigung, all das was man sich, gemeinhin unter Knast, zumal einem US-Knast, vorstellt. Bei alledem wird Söring nicht weinerlich, auch wenn der Leser spürt, wie sehr die Situation an Sörings Nerven zehrt. Leichte Kost ist das Buch nicht, denn Jens Söring beschreibt ganz ungeschminkt die Brutalität des Haftalltags, die Hoffnungslosigkeit der Gefangenen, aber auch das Fehlen nahezu jeglicher Solidarität, da jedermann darauf bedacht ist, zu überleben.

Das Buch beginnt mit einer Einführung einer Freundin des Autors und stellt seinen Strafprozess dar. Ab Seite 37 kommt dann Jens Söring zu Wort, es ist 4.20 Uhr und die Klospülung rauscht. So geht es im Stundentakt durch den Haftalltag, wobei sich Episoden täglichen Erlebens und allgemeinere Ausführungen abwechseln und gut ergänzen.

Ein Zahlenvergleich bleibt im Gedächtnis: 1973 gab es rund 300.000 Gefangene in den USA – 2003 waren es etwa 2,1 Millionen. Das wäre schon tragisch genug, aber es kommt hinzu, dass die Verbrechensrate 1973 genau die gleiche war wie 2003!

An einer anderen Stelle des Buches erzählt Söring von einem Mitgefangenen, den er im Isolationstrakt traf. Einen Rastafari (einen Anhänger der auf Jamaika entstandenen religiösen Wertegemeinschaft RASTA), der sich weigerte, die für Rastas typischen Dreadlocks abschneiden zu lassen und alleine deshalb schon seit Jahren im Isolationstrakt sitzt, denn die Dreadlocks gefährdeten die »Sicherheit«.

Weshalb sind die Sicherheitstrakte und Supermax-Knäste in den USA so auf dem Vormarsch? Vielleicht auch deshalb, weil es pro Gefangenen 16.000 Dollar pro Jahr weniger kostet, einen Gefangenen derart zu verwahren, als in einem normalen Knast oder Trakt.

Gegen 19.45 Uhr werden die Zellen verschlossen und damit endet dann auch Sörings Buch, dem eine breite Leserschaft zu wünschen ist.●

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsal
www.freedom-for-thomas.de

Jens Söring: Ein Tag im Leben des 179212, Gütersloher Verlagshaus, ISBN 978-3-579-06997-5, Preis 19,90 EUR

Anzeige

Stadt-Land-Genossenschaft eG

Die Genossenschaft ist durch Beschluss der Generalversammlung am 28.06.2009 aufgelöst. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Genossenschaft zu melden.
Hamburg, den 22.12.2009
Stadt-Land-Genossenschaft eG,
c/o Robert Jarowoy, Ottenser Hauptstraße 35, 22765 Hamburg

PROJEKTE

Linke Landkommune zwischen Bremen und Bremerhaven: wir wagen einen Neustart und suchen dafür viele neue MitkommunardInnen bzw. Interessierte, die das zumindest mal ausprobieren wollen. Wir sind politisch stark stadtorientiert (Bremen) und lieben das alltägliche Landleben – ein alter Resthof ist vorhanden. Viele unserer Arbeitsbereiche liegen gerade auf Eis, sind noch nicht fertig usw. Wenn ihr interessiert seid, mehr zu erfahren: Infos gibt's unter
☎ (0 42 96) 74 82 25
kommune-p-u@gmx.de
www.kommune-uthlede.org
(ab demnächst)

Kommuneprojekt bei Leipzig sucht Mitmacher: großer Obstgarten und Schwimmteich, keine Landwirtschaft.
www.kommunetau.lima-city.de

Tischlerei in Leipzig sucht **Genossen** zur Gründung eines Kollektives. Grundbestand an Maschinen sowie kleiner Kundenstamm sind vorhanden. Näheres unter
traumdose@hotmail.com

OLGASHOF

Liebe Gäste vom Olgashof
Im März ist schon der Frühling bei uns sehr deutlich zu spüren. Ende März werden die meisten Segler, die Langkieler, die Dickschiffe, die Viertelтonner, die 32 Fuß langen und die ganz Großen mit Kränen oder über den Slipgraben wieder ins Wasser gelassen. Kaum liegen sie an ihrem Platz, werden die Masten gesetzt, die Segel angeschlagen, die Leinen losgemacht und endlich, endlich geht es wieder jeden Mittwoch mit allem, was das Zeug hält, mit Bliester, Genua oder Spi hart um den Walfisch zur Tonne 22 und dann zu den Schwedenköpfen zurück. Wer zuerst über die Ziellinie brettert, muß am nächsten Mittwoch 1 Minute später starten.
Die Themen dieser Tage:
Das Grundeinkommen – ein Gespenst geht um. Wie können wir die Weichen stellen?
War der **Gipfel in Kopenhagen** wirklich ein Reinfall? Wo können wir ansetzen, wie können wir unsere Verantwortung wieder in unsere Hände nehmen?
Welche Bedeutung können Kommunen und Gemeinschaften in diesem Zusammenhang haben?
Für interessierte Gruppen bieten wir das von uns entwickeltes Spiel an: »Wir gründen eine Kommune«.
Besonderes Angebot:
Und nach wie vor: Führungen zu den jungzeitlichen Megalithgräbern, den Dolmen und Hünengräbern, für die diese Gegend berühmt ist.
Wir haben noch Termine frei.
Mit lieben Grüßen
Das Tagungshausteam aus der Gemeinschaft Olgashof
Seminar- und Ferienhaus
23966 Olgashof, Haus 1
☎ (0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38
und
Mail: Kurzbein@aol.com

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/ koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricarda-buch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuemaostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Arianne Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎ (07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne Chef:In und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 30.4.-2.5.2010

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie fördert und entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen, ohne Abwehr und Feindseligkeiten;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

In der Kommune Niederkaufungen gibt es ein eigenes Kollektiv, das ganz verschiedene Veranstaltungen zur Gewaltfreien Kommunikation anbietet: Einführungs- und Vertiefungsseminare, Bildungsurlaube, Jahrestrainings, Tagungen, Beratung und Mediation.
Die meisten davon finden in unserem Tagungshaus statt, wir kommen aber auch mit unseren Angeboten zu Euch.
Die nächsten Termine hier bei uns sind:
9.-14.3.: Intensivseminar für Fortgeschrittene
18.-21.3. : GFK und Gefängnisarbeit
27.4.-2.5.: Vertiefungsseminar
9.-13.6.: GFK als kreativer Prozess
18.-20.6. Einführungsseminar
Weitere Infos auf unserer Homepage: www.gewaltfrei-niederkaufungen.de

PERMAKULTUR

Permakultur
und Lebensraumgestaltung
In diesem Permakultur-Einführungsseminar legen wir einen Schwerpunkt auf das Thema Lebensraumgestaltung, mit Blick auf die spezifischen Gegebenheiten Schleswig-Holsteins und der Kommune Hof Rossee. Schutz vor Wind und neugierigen Blicken sind dabei genauso erwünscht, wie ein Beitrag zur Selbstversorgung der Kommune.
Das Seminar beinhaltet sowohl eine allgemeine Einführung in Hintergründe und Grundsätze der Permakultur und die Arbeit mit diesem Gestaltungsansatz, als auch eine Vorstellung der Kommune Hof Rossee.
Termin: 12.-14.3.2010
Kommune Hof Rossee bei Kiel
Info:
www.hof-rossee.de
www.permakultur-akademie.net

ANARCHISMUS

LiMesse
Vom 3. bis 5. September 2010 wird in Oberhausen im westlichen Ruhrgebiet die erste libertäre Medienmesse für den deutschsprachigen Raum stattfinden. Im größten europäischen Ballungsgebiet mit mehr als 8 Millionen Menschen im näheren Umkreis, werden drei Tage lang libertäre Verlage, Zeitschriften, Radio-, Video- und Internetprojekte ihr Programm vorstellen und dafür sorgen, dass den BesucherInnen Hören und Sehen inmitten der globalen kapitalistischen Krise nicht vergeht. 2010 wird das Ruhrgebiet europäische Kulturhauptstadt sein. Die LiMesse sieht sich in diesem Rahmen als Teil einer widerständigen Kultur gegen die industriegesponserte Kommerz- und Schönwetterkultur des offiziellen Kulturhauptstadtprojektes.
An der Schnittstelle zu den Niederlanden und Belgien und in einer Region mit traditionell vielfältigen Communities wird es auch Kostproben libertärer Literatur in verschiedenen anderen Sprachen geben.
Während der LiMesse wird es eine Vielzahl von Lesungen und Buchvorstellungen durch die beteiligten Verlage geben. Darüber hinaus werden Medienprojekte ihre Arbeit in Bild und Ton vorstellen.
Im Rahmen der Libertären Medienmesse wollen wir auch über die zunehmend prekären Arbeitsbedingungen und das PraktikantInnen-Unwesen bei den Medien-ArbeiterInnen sprechen und werden dafür Möglichkeiten zum Austausch und zur (Selbst-)Organisation in Kooperation mit der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft »Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union« (FAU) anbieten.
Für die vielen auswärtigen BesucherInnen geben wir Hilfestellung bei der Suche nach günstigen Unterkünften. Für Essen, Kaffee und Getränke auf dem Messegelände sorgen libertäre Kollektive aus diesem Bereich.
Die Libertäre Medienmesse ist ein Non-Profit-Projekt, das von verschiedenen Gruppen in der Region organisiert wird. Zur Deckung der Unkosten werden wir von den AusstellerInnen eine kleine Standgebühr erheben. Der Eintritt zur Messe selbst ist frei.
Info:
Erste libertäre Medienmesse
www.limesse.de

BUKO

BUKO-Kongress
Der BUKO33 wird vom 13.-16.5.2010 in Tübingen stattfinden und es haben sich zwei Schwerpunktideen herauskristallisiert:
1. Wir in Europa, die EU in der Welt:
Oder: Der innere und äußere Kolonialismus Europas. Das Wissen über die EU, über ihre Funktions- und Herrschaftsweise ist lückenhaft. Und das Verhältnis einer internationalistischen, herrschaftskritischen Linken zur EU ist unklar. Vielleicht weil wir die Utopie einer »postnationalen Konstellation«, eines Europas von unten in einer Welt von unten nicht weitergedacht haben?
Gibt es eine europäische Linke und welche Rolle spielt diese in Europa? Wie tragen wir zu Diskursen um Entwicklung, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Klimawandel usw. bei, die der EU zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen? Um das herauszufinden, müssen wir zunächst in Erfahrung bringen wie die EU im Rest der Welt, von den Bewegungen des globalen Südens, wahrgenommen wird, was dort an der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungs-, Umwelt/Klima- und Migrationspolitik kritisiert wird. 125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz bietet sich hierfür als Anlass an.
2. Commons, Allmende, Gemeingüter
– Gemeingüter, das kann vieles sein: Boden, Wasser, Luft, Wissen, Geschichten, die Räume der Städte, die soziale Infrastruktur für Gesundheit, Materielles und Immaterielles, sehr Altes oder ganz neu Geschaffenes. Wo liegt überhaupt das emanzipatorische Potential einer Diskussion um Gemeingüter? Wie kann das neoliberale Dogma entzaubert werden, Wissen und Wohlstand entfalte sich dort am besten, wo jeder frei vor sich hin programmiert?
Viele Fragen – all das wollen wir weiter gemeinsam diskutieren. Ein Einstieg in den Vorbereitungsprozess ist jederzeit möglich und erwünscht.
Kontakt: mail@buko.info
☎ (0 40) 39 31 56

FRAUEN

Goldmarie oder Pechmarie?
Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Frauen. Vortrag Gisela Notz zum Internationalen Frauentag.
Termin: 8. 3. 2010, 16 Uhr, Trier
Anmeldung: Stephanie.Hepper@fes.de

Frauenarmut
Vortrag von Gisela Notz
Termin: 26.3.2010, Frauenzentrum
Weitere Informationen:
fz@frauenzentrum-mainz.de

Sind Frauen das friedlichere Geschlecht?
»Der Mann soll zum Kriege erzogen werden und das Weib zur Erholung des Kriegers: alles andere ist Torheit« (Friedrich Nietzsche). Dahinter steht eine Vorstellung von Weiblichkeit und Männlichkeit die Teil der Kriegslogik ist. Wir wollen den Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in Friedens- und Kriegszeiten von der Zeit des Nationalsozialismus bis heute nachgehen.
Wir arbeiten vormittags und wandern nachmittags, Filme bereichern das Programm.
Mit Gisela Notz und Monika Jarosch
Termin: 14. bis 21.8.2010
Ort: Stiftung Salecina (Majola Schweiz)
Information: info@salecina.ch

JUNGE LINKE

We don't want a piece of cake – we want the whole fucking bakery!
Einführung in die Kapitalismuskritik
Vor einer unbewohnten Bleibe haust ein Obdachloser: Guckt man sich genauer um, stößt man auf einen Haufen Reichtum in dieser Gesellschaft. Und auf noch viel mehr Armut. Wie kommt es, dass es so viele Produktionsmittel und Produkte gibt und trotzdem Leute hungern? Sind daran gierige ManagerInnen schuld, einfach das ungerechte System oder alle, weil alle viel zu viel konsumieren wollen? Wir wollen mit euch diskutieren, was diese Ökonomie am Laufen hält und welche Rolle Menschen und ihre Bedürfnisse darin spielen und warum das Problem kein »Zuviel« ist – weder an Produkten, noch an Bedürfnissen. Wir hielten übrigens auch dann nichts vom Kapitalismus, wenn die Armen reicher und die Reichen ärmer wären.
Termin: 13.3.2010, Salzburg
Information & Anmeldung:
www.junge-linke.de

ANTIZIGANISMUS

Fachtagung: Vorurteil, Diskriminierung, »Antiziganismus« am Beispiel rumänischer Roma
Zwei Jahrzehnte ambivalenter gesellschaftlicher Entwicklung prägen die osteuropäischen Gesellschaften. Sie stehen einerseits für die Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Erlangung demokratischer Rechte sowie für den Beitritt zu Nato und Europäischer Union. Andererseits tragen sie Zeichen sozialer, politischer und kultureller Krisen. Diese ambivalenten Züge treten an den osteuropäischen Roma besonders deutlich hervor. Konnten zum einen men-schen- und minderheitenrechtliche Mindeststandards sowie Elemente gesellschaftlicher und politischer Teilhabe durchgesetzt werden, so ist zum anderen ihre Lage in weiten Teilen von extremer Verarmung, Diskriminierung und rassistischer Gewalt geprägt. Dieser gesellschaftliche Zustand hat seine Protagonisten und Nutznießer und erfährt öffentliche Rechtfertigung.
Hierbei handelt es sich keineswegs um ein osteuropäisches Phänomen. Im Zuge der Ost-West-Migration seit 1990 kam es in fast allen westeuropäischen Ländern zu öffentlicher Diffamierung von Roma seitens der Medien und Politik, die auch von rassistischen Übergriffen begleitet wurden. Länderübergreifend zeigen sich vergleichbare Vorurteils- und Diskriminierungsformen.
Was aber lässt Roma regelmäßig zum Ziel von Angriffen seitens der Mehrheitsbevölkerung werden? Erfüllen sie nur eine krisenbedingte Sündenbockfunktion oder handelt es sich um die zeiträumliche Kontinuität eines europaweiten »Antiziganismus«? In beiden Fällen ist nach den historischen wie aktuellen Grundlagen zu fragen. Wie tauglich ist die Beschreibung als europaweites Phänomen und lässt sich ein gemeinsamer Diskursraum von Ost und West empirisch belegen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede? Wie gestaltet sich vor diesem Hintergrund die soziale Realität, Verwaltungspraxis und Politik?
Der Fokus des Workshops liegt auf Rumänien und der Lage rumänischer Roma. Hierunter sind auch die Situation in westeuropäischen Ländern, der Umgang mit Roma und der Diskurs darüber zu fassen. Gleichfalls willkommen sind Beiträge, die der Gleichsetzung von »Rumänen« und »Roma« sowie deren Rückkopplungen auf Rumänien nachgehen.
Die Tagung wird veranstaltet vom Zentrum für Antisemitismusforschung.
Sie findet am **9. und 10. Juli 2010** in den Räumen der Technischen Universität Berlin statt. Vortragssprachen sind Deutsch und Englisch.
Information:
Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität
Berlin, TEL 9-1, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin
☎ (0 30) 31 47 98 70
markus.end@zfa.kgw.tu-berlin.de

MEDIEN

Web 2.0 Werkstatt
Ohne das Web 2.0 geht in der Jugend- und in der Medienarbeit nicht mehr viel. Deshalb bietet das Pressenetzwerk für Jugendthemen vom **16.-18. April 2010** in Berlin eine »Web 2.0 Werkstatt« an, die vor allem (aber nicht nur) die Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen und Verbänden in der Jugendarbeit beleben soll.
Lektion 1 für alle EinsteigerInnen: Das Blog bietet vieles, aber nicht alles. Was es kann und wo man seine Grenzen akzeptieren sollte, das lernen die TeilnehmerInnen bei der PNJ Web 2.0-Werkstatt. Am Ende des Seminarwochenendes gehen Sie mit einem ersten eigenen Testblog nach Hause. Wir zeigen, welche Software gebraucht wird, wie man ein Weblog anlegt und womit es gefüllt werden kann. Außerdem gibt's Infos rund um Podcast, Sprechen fürs Radio und vieles mehr.
Information & Anmeldung:
Pressenetzwerk für Jugendthemen e.V. (PNJ), Jörg Wild, Beethovenstr. 38a, D-53115 Bonn
☎ (02 28) 21 77 86, Fax: 21 39 84
buero@pressenetzwerk.de
www.pressenetzwerk.de

BERLIN

Veranstaltungsreihe
Frisch serviert vom Krisenherd:
Über Agarpolitik von Oben und Widerstand von Unten
Viva La Via Campesina!

»Europa überrollt Afrikas Kleinbauern«
Ausstellung zu den geplanten Freihandelsabkommen (EPA's) zwischen der EU und u.a. den Staaten Afrikas, die akut das Recht auf Nahrung afrikanischer Kleinbauernfamilien bedrohen. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Tomatenbauern aus Ghana und Milchbauern aus Sambia. Die Ausstellung ist bis **17. April 2010** zu sehen.
ab 14.3.2010, 16 Uhr
RegenbogenCafé, Lausitzer Str. 22, 10999 Berlin
Weitere Infos zur Kampagne gegen die EPA's gibt es unter:
www.stopepa.de

»Geraubte Zukunft«:
Von der Kontrolle des Saatguts und der Zukunft unserer Lebensmittelproduktion
Bei der Veranstaltung wird der Film »Geraubte Zukunft« (2009, 45 min, engl. mit dt. UT) und die europaweite Saatgut-Kampagne »Vielfalt säen – Zukunft ernten« vorgestellt.
Termin: 17.3.2010, 19.30 Uhr
Galerie Zeitzone, Adalbertstr. 79, 10997 Berlin
Für mehr Informationen über die Kampagne siehe:
www.saatgutkampagne.org

Filmvorführung:
»Alptraum im Fischerboot«
Afrikas Flüchtlinge und Europas Fischereipolitik: Die Reportage thematisiert die Überfischung westafrikanischer Küstengewässer und Migrationsströme nach Europa.
Termin: 18.3.2010, 20 Uhr
RegenbogenKino, Lausitzer Str. 22, 10999 Berlin
Mehr Informationen:
www.inkota.de

Filmvorführung:
»Kein Brot für Öl
– Palmöl in Kolumbien«
Ein Film über den Biosprittboom in Kolumbien, der die Lage der Opfer von Landvertreibung und Lebensmittelpreisexplosion deutlich macht. Anschließend Vortrag der Regisseurin. Für den Film wurde die Regisseurin mit dem Medienpreis der Deutschen Geographie und dem Medienpreis der Entwicklungspolitik ausgezeichnet.
Termin: 25.3.2010, 20 Uhr
RegenbogenKino, Lausitzer Str. 22, 10999 Berlin
Für mehr Informationen siehe:
www.inkota.de

Schlafender Riese Afrika?
Rolle von Agrobusiness, Weltbank und Stiftungen. Die Veranstaltung beschreibt die Gefahr einer neuen »Grünen Revolution«, die selbstbestimmte Lösungsansätze für die Landwirtschaft in Afrika zu überrollen droht.
Termin: 26.3.2010, 19 Uhr
Mehringhof, Versammlungsraum, Aufgang 3, 1.Stock, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Für mehr Informationen siehe:
www.globespotting.de

Erst das Fressen, dann die Moral ...?
Ernährungsautonomie zwischen Krise, Utopien und Realität
Ein Austausch über Stadtgärten, kollektive Landwirtschaft und andere Gegenentwürfe.
Termin: 29.3.2010, 19.30 Uhr
Cafe Morgenrot, Kastanienallee 85, 10435 Berlin

Filmvorführung:
»Monsanto mit Gift und Genen«
Der Film enthüllt die krasse Einflussnahme des Konzerns auf Politik und Kontrollbehörden bei seinem weltumspannenden Griff nach der Macht über unser Essen.
Termin: 7.4.2010, 19 Uhr
RegenbogenKino, Lausitzer Str. 22, 10999 Berlin

Buchvorstellung:
»Die Politik des Hungers«
von Walden Bello
Bellos Buch fragt nach den Ursachen des Hungers und der Brotaufstände und verortet sie v.a. in der Kapitalisierung der Landwirtschaft. Buchvorstellung und Diskussion.
Termin: 9.4.2010, 20 Uhr
Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Mehr Informationen:
www.assoziationa.de/vor/Politik_des_Hungers.htm
Weitere Informationen:
www.globalelandwirtschaft.net/veranstaltungsreihe

Was ist Anarchismus?
»Der Anarchismus ist veraltet und unterkomplex«, behaupten Staatsfreunde gerne. Wir versuchen, die Bandbreite und Aktualität anarchistischer Ideen anhand folgender Themen aufzuzeigen: Staatskritik, Medienkritik, Ökologie, Perspektiven des Anarchismus und libertäre Philosophie.
Termin: 26.3.2010, 19 Uhr
Info:
Bibliothek der Freien. Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin
E-Mail:
DieFreien@BibliothekderFreien.de
www.BibliothekderFreien.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg